

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538  
Entgelt bezahlt  
Sommer 2005  
Nr. 148, 34. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

## Die Artisten unter der Reichstagskuppel: Ratlos.



**S**ie haben doch alles richtig gemacht und die neoliberalen Rezepte treulich befolgt. Die Unternehmen wurden entlastet: Die Steuerreform 2000 reduzierte drastisch die Körperschaftsteuer für die Konzerne. Das Finanzkapital muß für Gewinne aus Unternehmensverkäufen keine Spekulationssteuer mehr zahlen, die Riester-Rente fror die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung ein und bescherzte dem Finanzkapital neue Kunden für staatlich geförderte Lebensversicherungen. Die Gesundheitsreform stabilisierte die Beiträge zur Krankenversicherung (vorläufig) und rettete der Pharma- und Apparate-Industrie trotzdem die Profite, indem sie einen großen Teil der Kosten auf die Kranken überwälzte. Mit den Hartz-Gesetzen I – IV wurde die Arbeitsfreude der Arbeitslosen gefordert und gefördert.

Die Unternehmen hätten – so jedenfalls die weise Erkenntnis der neoliberalen Propheten Friedman, Sinn, Rürup und anderer – mit Feuereifer investieren und Personal einstellen müssen, die Arbeitslosigkeit wäre damit beseitigt oder zumindest stark reduziert, die Konsumenten hätten mehr Geld gehabt und wären fleißig

zum Shopping gegangen. Die Finanzminister in Bund und Ländern hätten dadurch mehr Steuern kassiert und damit Schulden abgebaut. Der Standort wäre gesichert, Schröder würde zum Bundeskanzler auf Lebenszeit ernannt und die SPD-Mehrheit stünde bis zum Jahr 2100 (mindestens) fest.

**Pustekuchen.**

Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat überall das Gegenteil der versprochenen Ergebnisse gebracht.

Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung...

...ist wohl das schwerwiegendste und folgenreichste – zugleich aber auch unvermeidbare Ergebnis des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. „Ihre Erzeugung ist unzer trennlich von der und wird beschleunigt durch die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die sich in der Abnahme der Profitrate ausdrückt.“ (Marx, Kapital Bd. III, Kap. 14, IV)

### Inhalt

- Die Artisten unter der Reichstagskuppel: Ratlos.	Seite 1
- In eigener Sache	Seite 2
- Treffen in Landshut	Seite 8
- Drohen „Weimarer Verhältnisse“?	Seite 9
- Bildungspolitische Konzepte von Arbeitgeberverbänden	Seite 15
- NPD-Aufmarsch in Nürnberg zum 1. Mai	Seite 19
- „Leverkusen II“ – eine Konferenz der Marx-Engels-Stiftung	Seite 21
- Zustand der Klasse und Ursachen	Seite 25
- CDU-Geissler: „Unser Wirtschaftssystem ist pervers...“	Seite 26
- Aus für Huhtamaki	Seite 29
- Genosse Joseph Bergmann ist tot! Nachruf	Seite 32
- Kontroversen auf dem DKP-Parteitag	Seite 34
- über die soziale Katastrophe in Polen und linke Alternativen	Seite 36

### Rezensionen

- „Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns“	Seite 38
- „Antideutsche Linke“: Pseudolinke Hilfstruppe des Kapitals	Seite 40
- „Bildungs-Schulz“ – ein sozialdemokratischer Parteisoldat	Seite 42

## In eigener Sache

Wie vorauszusehen, nimmt der Niedergang der rosa-olivgrünen Regierung seinen beschleunigten Fortgang. Nachdem sie im sozialdemokratischen Kernland NRW ihre Quittung erhalten hat, sieht die SPD nahezu ungerührt der Niederlage bei der vorgezogenen Bundestagswahl entgegen. Neun verlorene Landtagswahlen, sowie Mitgliederflucht und –frust haben nicht vermocht, in der SPD Kräfte zu mobilisieren, um dem selbstherrlichen neoliberalen Kanzlerkurs entgegenzutreten. Das zeigt, daß dieses Rechtsabdriften der Sozialdemokratie nicht nur eine Sache der Führung ist. Orientierungslosigkeit und Flickschusterei, wohin man blickt, aber auch bei der in den Startlöchern stehenden Union. Mit dem gesellschaftlich und systembedingten Hintergrund befaßt sich deshalb der Artikel: „*Ratlos – Artisten unter der Reichstagskuppel*“.

Als Ergebnis unseres Treffens mit den Gruppen International Dorfen und Landshut drucken wir die dort gehaltenen Referate über den „*Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Rechtsradikalismus*“ und das „*Bildungskonzept der Arbeitgeberverbände*“ ab.

Die Debatte in der Linken schlägt sich auch nieder im Bericht über das Leverkusener Treffen und im dort gehaltenen Referat unserer Gruppe zum Zustand der Arbeiterklasse.

Das zwiespältige Verhalten der Gewerkschaften zu den zunehmenden Provokationen der NPD konnte man leider am 1. Mai in Nürnberg erleben. In einer Kritik wenden wir uns gegen den Widerspruch zwischen Wort und



Genosse Josef Bergmann

Tat, der, wenn er nicht beendet wird, den Neonazis weiter Auftrieb gibt.

Ein Gastautor nimmt sich Geißlers „Kapitalismuskritik“ vor, die ähnlich wie Münteferings Wahlkampf-Kampagne keine grundsätzliche Kritik am System ist, sondern nur an dessen angeblichen Entartungen. Immerhin ist das Thema „Kapitalismus“ weithin wieder ins Gespräch gekommen. Die Aufgabe von Marxisten ist es, die Ursache des Anstößigen auf den Kern der Sache, auf das kapitalistische System und seine Gesetzmäßigkeiten zurückzuführen und nicht nur an Symptomen herumzukritisieren.

Wir bringen wieder einige Rezensionen und einen Leserbrief zur Gewerkschaftseinschätzung in Zeiten des politischen Niedergangs. Einige Nachdrucke entnehmen wir der „Arbeiterpolitik“, so zum Tod von Josef Bergmann und einen Artikel zum DKP-Parteitag. Ein Nachdruck aus der „jungen welt“ befaßt sich mit der politischen Lage in Polen.

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns noch ein Artikel zur Zerschlagung des finnischen Huhtamaki Standorts Göttingen.

Ein weiterer Artikel über die soziale Demontage, das Erstarken der Faschisten und Konzepte der Herrschenden kam leider erst nach Redaktionsschluß und konnte in dieser Ausgabe nicht mehr abgedruckt werden.

Mit Namen oder Initialen gezeichnete Artikel müssen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion entsprechen.

**Wir gratulieren dem politischen Schriftsteller und kritischen Autor Gerhard Zwerenz zum 80. Geburtstag!**

**Für die Überweisungen und Spenden danken wir herzlich. Eine Reihe Abo-Zahlungen für 2005 stehen aber noch immer aus.**

**Denkt daran – ohne euren finanziellen Beitrag kann die „Arbeiterstimme“ nicht erscheinen!**

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Thomas Gradl, Bucherstraße 20,  
90408 Nürnberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail:

redaktion@arbeiterstimme.org

Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung

Hans Steiger  
Postbank München  
BLZ 700 100 80  
Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit an-

deren Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Die Zahlen der offiziell arbeitslos gemeldeten sind, mit geringen und den üblichen saisonalen Schwankungen, kontinuierlich gestiegen (vgl. Grafik 1). Auch nach Hartz IV ab dem 1. 1. 2005 ist keine Abnahme erkennbar. Die Zahlen seit dem in Kraft treten dieses Gesetzespakets sind zwar nur bedingt vergleichbar mit denen vor dem 31. 12. 2004; die erhoffte Wende blieb aber offensichtlich aus.



Grafik 1

Sie ist auch nicht zu erwarten, denn die Arbeitskraft in den entwickelten Ländern ist einer mehrfachen Konkurrenz ausgesetzt.

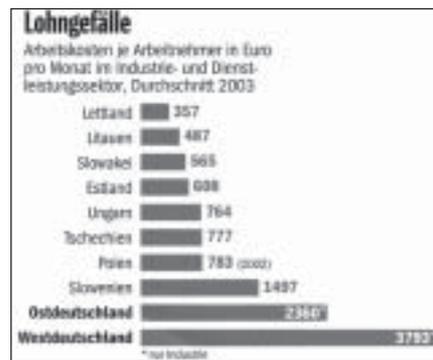
Die Konkurrenz der toten gegen die lebendige Arbeit, der Maschine gegen den Arbeiter, verschärft sich wenn auch mit geringerer Geschwindigkeit weiter (vgl. Grafik 2). Die



Grafik 2

Masse der Produkte, die in einer Arbeitsstunde geschaffen werden, nimmt zu, d. h. bei stagnierender Wirtschaft ist immer weniger lebendige Arbeit notwendig. Ursache ist die weitergehende Rationalisierung insbesondere durch elektronische Steuerungen. Wenn das Wirtschaftswachstum geringer als der Produktivitätszuwachs ist, wird die Arbeitslosigkeit allein schon aus diesem Grunde wachsen. Doch nicht **allein** deshalb:

Die Lohnkonkurrenz der weniger entwickelten Länder äußert sich in Verlagerung von Arbeitsplätzen in „Billiglohnländer“ ebenso wie in legaler und illegaler Einwanderung von Lohnarbeitern und der Zunahme prekärer und Niedriglohnarbeit. Manche Verlagerungspläne mögen nur zur Erpressung von Belegschaften zu längeren Arbeitszeiten oder Lohnneinbußen dienen, doch der Druck billigerer Lohnkosten ist durchaus real (vgl. Grafik 3). Der Ef-



Grafik 3

fekt durch Verlagerung und der Einsatz von Billigarbeitern vor allem aus den neuen EU-Ländern ist der gleiche. Das Kapital kann zwischen billigen und teureren Lohnkosten wählen. Nicht schwer zu erraten, wie diese Wahl ausgeht. Tarifliche Mindestlöhne und/oder Zuwanderungsbeschränkungen können dies vielleicht etwas abmildern und verzögern aber nicht verhindern.

Einerseits sucht das Kapital Dumpinglöhne; andererseits suchen Arbeiterinnen und Arbeiter im In- und Ausland Löhne, die immer noch besser sind als in den jeweiligen Herkunftsländern bzw. als das Alg 2. Gesetze und Kontrollen kann man immer unterlaufen. Das Reservoir der Zuwanderung ist groß. Daraus ergibt sich ein Verdrängungsdruck, der schon vor den EU-Grenzen beginnt.

Weißrussen und Ukrainer drängen (meist illegal) in polnische, tschechische und slowakische Arbeitsplätze. Die internationalen Konzerne verlegen Werke vom billigen Ungarn ins billigere Rumänien usw. In den USA laufen ähnliche Prozesse gegenüber Lateinamerika und Südostasien.

Die Personalkosten der Unternehmen sind zwar gesunken (vgl. Grafik 4), doch die Lohndrückerei wirkt auch jenseits der deutschen Grenzen.

In den jeweils aktuellen Auseinandersetzungen wird die Konkurrenzsituation als statisches Verhältnis dargestellt. Das ist falsch. Ebenso wie ausländische Lohnarbeiter gegen deutsche ausgespielt werden, findet dasselbe in umgekehrter Richtung statt. Die Konkurrenzsituation bleibt trotz aller Zugeständnisse des Staats und der Gewerkschaften in alter Schönheit erhalten.

In den entwickelten Ländern wie z. B. Deutschland findet verstärkt Lohnkonkurrenz auch im Inland statt. Nicht erst seit Hartz IV (doch dadurch noch mehr) erleben wir eine ähnliche Verdrängung der in Vollzeit- und zu tariflichen Bedingungen Arbeitenden durch Leiharbeiter/innen. Was Marx „industrielle Reservearmee“ nannte, wird immer noch vom Kapital als Instrument der Lohndrückerei verwendet. Die 1-Euro-Jobs werden ähnliche Verdrängungseffekte haben, auch wenn dies angeblich vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt war.

Die Tendenz läuft zu weiterem Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen zu prekären (unsicheren) Arbeitsplätzen und weiter zunehmender Arbeitslosigkeit. Da hilft weder Fordern noch Fördern: Wenn die Unternehmen



Grafik 4



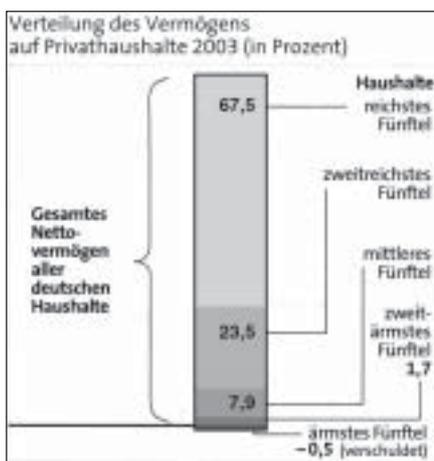
nicht zusätzliche Arbeitsplätze anbieten, kann auch die beste Arbeitsvermittlung nichts bewirken.

## Investitionen und Konsum

Kein Unternehmer wird Kapital zur Erweiterung seiner Produktion akkumulieren, wenn er mit stagnierenden oder gar sinkenden Umsätzen rechnen muß. Es entstehen keine neuen Arbeitsplätze zum Ausgleich der durch Rationalisierung, Leiharbeit und Abwanderung vernichteten regulären Stellen. Gesamtgesellschaftlich stehen Produktion und Konsumtion in Wechselwirkung. Gerät das labile Gleichgewicht aus der Balance treten Überakkumulationskrisen ein.

Überschüssige Kapitale werden bei stagnierender Wirtschaft entweder in Rationalisierungsinvestitionen oder als Geldkapital am Kapitalmarkt angelegt. Diese Verlagerung von zuschüssigem Kapital aus Profiten vom Produktions- in spekulatives Kapital findet seit Jahren statt. Das Geldkapital dominiert das produktive Kapital.

An Erweiterungsinvestitionen, also zusätzliche Arbeitsplätze, ist solange nicht zu denken, solange die Nachfrage auf gesamtgesellschaftlichem Niveau nicht zunimmt. Das kann sie aber nicht, wenn die Löhne, aber auch Renten und andere Sozialleistungen (also Einkommen) real sinken, die Massenkauftkraft abnimmt. Da die allgemeine Verunsicherung vor allem wegen der Unsicherheit des Arbeitsplatzes steigt, spielt auch eine



Grafik 5

höhere Sparquote (bei denen, die sich das noch leisten können) eine Rolle. Aufrufe des Bundeskanzlers zu mehr Konsum (Neujahrsansprache 2002) ähneln dem Regenzauber indianischer Schamanen und haben vergleichbare Wirkung.

Der Widerspruch zwischen dem Interesse des Einzelkapitals an geringeren Lohnkosten (einschließlich Lohnnebenkosten usw.) und dem Interesse des Gesamtkapitals an steigender Massennachfrage ist im Rahmen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses nicht lösbar.

## Die Rolle des internationalen Finanzkapitals (vulgo: Heuschrecken)

„Das Finanzkapital, das in wenigen Händen konzentriert ist und faktisch eine Monopolstellung einnimmt, zieht kolossale und stets zunehmende Profite aus Gründungen, aus dem Emissionsgeschäft, aus Staatsanleihen usw., verankert die Herrschaft der Finanzoligarchie und legt der gesamten Gesellschaft einen Tribut zugunsten der Monopolisten auf.“ (*Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Kap. III*)

Die Formen der „Herrschaft der Finanzoligarchie“ haben sich seit 1916, als Lenin die genannte Schrift verfaßte, stark verändert, z. B. kann man heute wohl nicht mehr von „wenigen Händen“ sprechen; doch die Dominanz des internationalen Finanzkapitals hat sich noch verstärkt.

Die elektronische Informations- und Kommunikationstechnik erlaubt fast zeitlose Transfers des Geldkapitals über den Globus. Das produktive Kapital steht unter dem Druck des Finanzkapitals, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, damit letzteres seine Zinsansprüche realisieren kann. Vorgegebene Umsatzrenditen müssen eingehalten werden, sonst steigen für das jeweilige Einzelkapital (wie z. Zt. bei General Motors) die Kreditzinsen, die Aktienkurse fallen, d. h. das in Aktien angelegte Kapital wird ganz oder teilweise entwertet.

Eine nicht ganz neue aber immer mehr verbreitete Form der Spekulation wird vor allem von internationalen Fonds (Hedgefonds, Private equity usw.) betrieben. Als unterbewertet geltende Konzerne

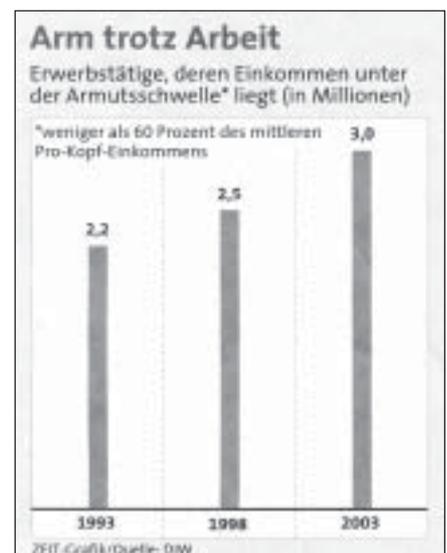
werden übernommen, ausgeschlachtet oder auf das Kerngeschäft reduziert und dann mit Gewinn (falls die Spekulation aufgeht) wieder abgestoßen. Fast immer kostet das eine große Zahl von Arbeitsplätzen. Neu an dieser Form des Geldkapitals ist ihre größere Unabhängigkeit von staatlicher Aufsicht oder Gesetzgebung, da sie fast ausschließlich in Off-shore-Finanzplätzen (z. B. Cayman Islands, Gibraltar usw.) ihre Firmensitze haben.

Nicht mangelnder Patriotismus treibt also Unternehmen zu Produktionsverlagerungen, Entlassungen und Lohndrückerei sondern die Gewinnerwartungen des Finanzkapitals in Form von Zinsen und steigenden Aktienkursen. Es ist überhaupt unsinnig, Begriffe wie Patriotismus, soziale Verantwortung usw. zu verwenden. Das Kapital ist und war immer ein „vaterlandsloser Geselle“, der den höchstmöglichen Profit anstrebt. Weltweit vereinheitlichte Maßstäbe für zu erzielende Gewinne allerdings verschärfen die weltweite Ausbeutung noch zusätzlich. Das trifft auch auf die in Deutschland ansässigen Produktionsbetriebe zu. Die Treiber sind Getriebene.

Das macht es für die Arbeiterklasse in Deutschland allerdings nicht einfacher sondern für diejenigen, die sich gegen verschärfte Ausbeutung wehren wollen noch schwieriger.

## Sozialsysteme

Renten, Leistungen der Krankenkassen, der Pflegedienste oder der Arbeitslosenversicherung speisen



Grafik 6



sich offiziell aus Gewinn- und Lohnbestandteilen. Das war zumindest so, als die Sozialversicherungssysteme noch paritätisch finanziert wurden. Die Kosten steigen u. a. wegen des höheren Anteiles alter Menschen, der steigenden Umsätze und Profite des „medizinisch-industriellen Komplexes“, der Abkehr von der Parität zu-



Grafik 7

gunsten der Gewinne, d. h. der Umverteilung der Sozialkosten zugunsten der Unternehmer.

Natürlich ist das kein Naturgesetz sondern eine Frage der **Verteilung** des gesellschaftlichen Mehrprodukts.

Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeitsverhältnisse nehmen die Einnahmen der Sozialkassen stetig ab. Arbeitslose, illegal Arbeitende und 1-Euro-Jobber zahlen keine bzw. die prekär Beschäftigten nur geringe Beiträge.



Grafik 8

Nicht in erster Linie die demographische Entwicklung sondern Arbeitslosigkeit und Reallohnabbau sind für die immer knapper werdende Kassenlage der Sozialversicherungen verantwortlich. Auch hier kann man die vorgeschobenen Gründe (immer mehr Alte...) vergessen. Aber die Einnahmeausfälle der Sozialversicherungen sind real. Mit der Senkung von Leistungen (Gesundheits-„reform“, demnächst auch der Pflegeversicherung) versucht der „Sozialstaat“ dagegen anzugehen. Doch weil die Beiträge an die Lohnhöhe gebunden sind, faßt er damit nicht die Ursache der Schieflage: Die Senkung der Masseneinkommen durch Arbeitslosigkeit und Reallohnkürzung. Deshalb jagt eine „Reform“ (sprich: Verschlechterung) die nächste. Was heute noch als „Sicherung der Renten“ gilt, ist morgen schon überholt.

## Verarmung

Die relative Verelendung erreicht in Deutschland immer neue Rekorde. Das Nettovermögen verteilt sich immer ungleicher unter der Bevölkerung (vgl. Grafik 5). Nun wird relative Verelendung kaum wahrgenommen oder mindestens toleriert, solange auch die Vermögenslosen mit steigendem Lebensstandard und Existenzsicherung rechnen können. Damit ist es vorbei. Immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter rutschen unter die „Armutsschwelle“, d. h. sie verdienen mit ihrer Arbeit weniger als 60 % des „mittleren Pro-Kopf-Einkommens“ (vgl. Grafik 6).

Ihnen und noch mehr den Arbeitslosen droht Überschuldung, also eine Schuldenlast, die durch ihr jeweiliges Einkommen nicht mehr abbezahlt werden kann. Überschuldung ist nicht mehr Folge von Leichtsinn, Spiel- oder Verschwendungssucht, dergleichen gab es zu allen Zeiten, sie ist zum Massenphänomen geworden (vgl. Grafik 7).

Man kann dagegen einwenden, daß „Armut“ im heutigen Deutschland ein sehr relativer Begriff ist. Auch wer weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens verdient, hat immer noch mehr als Arbeitslose in der Weltwirtschaftskrise oder Arbeiter/innen im „Manchester-Kapitalismus“ des 19. Jahrhunderts, wie es Friedrich Engels in „Lage der arbeiten-



Grafik 9

den Klassen in England“ beschreibt. Vom Elend in Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas ganz zu schweigen.

Solche Einwände sind richtig was die quantitative Seite betrifft. Sie vernachlässigen aber, daß Armut und Überschuldung subjektiv an dem „normalen“ Lebensstandard gemessen werden. Wenn alle im Viertel wenig zu Essen haben, wird es nicht als so schlimm empfunden, als wenn die Betroffenen dadurch in eine gesellschaftliche Außenseiterposition gedrängt werden. Unterschichtenkinder haben schlechtere Chancen auf gute Ausbildung und sind dadurch prädestiniert wieder Unterschichtler zu werden. Die herrschende Ideologie der Elite-Bildung verschärft diese Entwicklung.

## Staatsfinanzen

Nach liberaler Ideologie soll sich der Staat nicht in wirtschaftliche Prozesse einmischen, weil der Markt alles zum Besten richtet. „Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt“ meinte der frühere Wirtschaftsminister Rexrodt, FDP. Da widerlegen sich die Ideologen allerdings selbst. Wenn es darum geht Subventionen abzugreifen, ist der Staat sehr gefragt (vgl. Grafik 8).

Die Steuereinnahmen in Deutschland sind vor allem durch die Steuerreform 2000 drastisch zurückgegangen (vgl. Grafik 9). Zugleich wächst die Kluft zwischen dem Steueraufkommen aus Kapitalerträgen und Lohnsteuer (Grafik 10).

Das hindert die neoliberalen Raffkes und ihre Helfer in Politik, Medien und „Wissenschaft“ allerdings nicht daran, weitere Steuersenkungen für Unternehmen zu fordern.



Grafik 10

Auf den globalisierten Finanzmärkten werden Investitionen verhöckert wie Schnäppchen bei e-bay. Die Nationalstaaten sind zu einem Unterbietungswettbewerb gezwungen was Unternehmenssteuern, Umwelt- und Sozialstandards und gleichzeitig zu einem Überbietungswettbewerb was Subventionen angeht. Wenn ein Konzern wie Porsche einmal keine Subventionen für ein neues Werk beantragt, ist das sensationell. Wie alle Konkurrenzsituationen kennt auch diese kein natürliches Ende. Zugehörnisse einzelner Staaten an das Kapital werden durch gleiche, meist höhere Nachlässe anderer Staaten übertroffen. Dann müssen die ersten wieder nachziehen und so weiter und so fort. Dieser Automatismus

sorgt für den Fortbestand der Erpreßbarkeit von Nationalstaaten durch das Kapital und auch von Staatenverbänden wie etwa der EU.

Osteuropäische Staaten, die am 1. 5. 2004 in die EU aufgenommen wurden, tun sich hier besonders

hervor. Kein Wunder: Großzügige EU-Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Kommunikationstechnik usw.) entlasten die Staatshaushalte dieser Länder. Die Staatsfinanzen der entwickelten Staaten bluten aus.

Hier liegt ein wichtiger Grund für die Defizite im Haushalt des Bundes und der Länder. Steuernachlässe sollten kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bringen und damit auch zu höheren Steuereinnahmen führen. Doch die Prognosen der „Wirtschaftsweisen“ waren wenig weise und schon gar nicht zutreffend (vgl. Grafik 11). Die Steuereinnahmen blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Die Finanzminister sitzen auf Defiziten, müssen Staatsvermögen verscherbeln und neue Schulden aufnehmen.

Eine übernationale Angleichung der Steuer- und Subventionspolitik zumindest auf EU- besser noch auf WTO-Ebene wäre theoretisch ein Gegenmittel gegen die Erpressungen der transnationalen Konzerne und Fonds. Doch während bei der Aufhebung von Handelschranken und vor allem für die Freiheit der Kapitalmärkte die internationale Zusammenarbeit der Nationalstaaten vorzüglich funktioniert, gibt es auf diesem Gebiet allenfalls mal flockige Absichtserklärungen aber keine konkreten Ansätze. Das Finanzkapital weiß sich solche Zumutungen vom Leib zu halten.

Dabei ist gerade Deutschland bis an die Grenze gegangen was Steuerentlastungen für Unternehmen angeht (vgl. Grafik 12).

Das hindert das Kapital, seine Verbandsprecher und seine neoliberalen Propheten natürlich nicht daran, noch weitere Entlastungen zu fordern. Insbesondere die „Wirtschaftsweisen“, (die sich dauernd verschätzen) an deren Gutachten die Politiker aller Parteien in fast schon religiöser Inbrunst aber völlig erfahrungsresistent glauben, führten zu der oben beschriebenen Politik immer neuer Haushaltslöcher bei Bund, Ländern und Gemeinden. Nach neoliberalen Dogma (siehe oben) müssen Investoren steuerlich entlastet werden, dann würden sie investieren, Personal einstellen, die Steuereinnahmen des Staates würden steigen und dadurch würden die Steuerermäßigungen mehr als kompensiert. Durchaus mit grundsätzlicher Zustimmung der Opposition legte die Bundesregierung die Steuerreform 2000 auf, die große und Kapitaleinkommen stark und geringe Einkommen gering entlastete. Der Konjunkturaufschwung und die erhöhten Steuereinnahmen blieben allerdings aus (siehe oben Grafik 11).

Trotzdem glauben Regierung und Opposition nach wie vor an die alten Rezepte. Beim „Job-Gipfel“ im März 2005 einigten sich SPD/Grüne und CDU/CSU auf weitere Ermäßigungen bei den Unternehmenssteuern. Allerdings müßten die Steuerausfälle „gegenfinanziert“ werden. Wodurch? Darauf blieb die „große Koalition“ der Parteivorstände bisher die Antwort schuldig. Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten um



Grafik 11



auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu kommen. Das wird zwar noch offiziell dementiert, doch nach aller Erfahrung heißt Dementi in solchen Fällen Bestätigung. Allerdings soll dieser neue Schnitt in die Geldbeutel der Verbraucher, also wieder überwiegend zu Lasten der Gering- und Normalverdiener, erst nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen - egal wer gewinnt.

Steuererhöhungen zu Lasten des Kapitals (Vermögens-, Erbschaftssteuern) tauchen ab und zu in Sonntagsreden „linker“ SPD-Politiker auf. Unter der Hegemonie des Neoliberalismus bleiben sie leeres Gerede.

## Tarifpolitik

Auf die Nachgiebigkeit der Gewerkschaften gegenüber Forderungen der „Arbeitgeber“ in den letzten Tarifrunden und in Verhandlungen auf Grund von Öffnungsklauseln (Härtefallklauseln) z. B. bei Siemens, Daimler/Chrysler, VW, Opel (um nur die größten zu nennen) sind wir in der Arbeiterstimme schon oft und kritisch eingegangen. Wir ersparen unseren Lesern Wiederholungen. Doch der Vollständigkeit halber muß darauf hingewiesen werden, daß auch die Tarifpolitik zur Umverteilung von unten nach oben beitrug und noch immer beiträgt.

Besonders gilt dies für die Arbeitszeitpolitik. Der Verdrängung lebendiger durch tote Arbeit, also durch die Rationalisierung, könnte zumindest teilweise durch Verkürzung der tariflichen Arbeitszeiten entgegengewirkt werden. Bis 1984, als IG Metall und IG Druck und Papier einen Stufenplan zur 35-Stunden-Woche durchsetzten, war eine solche Politik in den Gewerkschaften Diskussions- und in 2 Gewerkschaften (IGM und IG Drupa) mehrheits- und streikfähig. Heute hat sich die neoliberale Ideologie auch in den Gewerkschaften (leider nicht **nur** in den Vorständen) weitgehend durchgesetzt. Auf mittlere Sicht scheint mir Arbeitszeitverkürzung, die mit Sicherheit durch Streik erzwungen werden müßte, keine mehrheitsfähige Politik in den Gewerkschaften zu sein.

Die Lohnkonkurrenz kann nur durch die Angleichung der Löhne, Arbeitsbedingungen und -zeiten auf internationaler, zumindest auf EU-Ebene eingeschränkt und tendenziell beseitigt werden. Auch dies haben wir in dieser Zeitschrift schon ausführlich dargestellt und begründet. Fortschritte in diese Richtung (von Sonntagsreden abgesehen) sind nicht erkennbar.

Auch die Gewerkschaften stehen dem neoliberalen Markt- und Konkurrenzdenken hilflos gegenüber.

## Wahlen ohne Wahl

Die SPD versucht sich in altbewährter Weise als das „kleinere Übel“ darzustellen. Das scheint mir unglaubwürdig. Auch die Union hat gelernt, daß Einschnitte in das was vom „sozialen Netz“ noch übrig ist, von bedeutenden Teilen der Bevölkerung abgelehnt und – wenn auch nur mit dem Stimmzettel – bestraft wird. Natürlich ist es unmöglich, die Politik einer unionsgeführten Bundesregierung in den nächsten 4 Jahren vorherzusehen, doch nach ihrer bisherigen Programmatik sind grundsätzliche Unterschiede zur rot/grünen Politik nicht erkennbar. Die „Reform“-politik soll fortgesetzt werden. Der Sozialabbau muß weitergehen. Beide großen Parteien und auch die Grünen haben die Marktideologie verinnerlicht. Da muß die Unterwerfung unter die internationale Konkurrenzsituation logisch erscheinen. Daß mit den gleichen neoliberalen Konzepten, die schon unter Rot/Grün erfolglos waren, eine nennenswerte Verminderung der Arbeitslosigkeit erreichbar wäre, nur weil die Kanzlerin nun wahrscheinlich Merkel heißen wird, sind in der Ökonomie sehr selten.

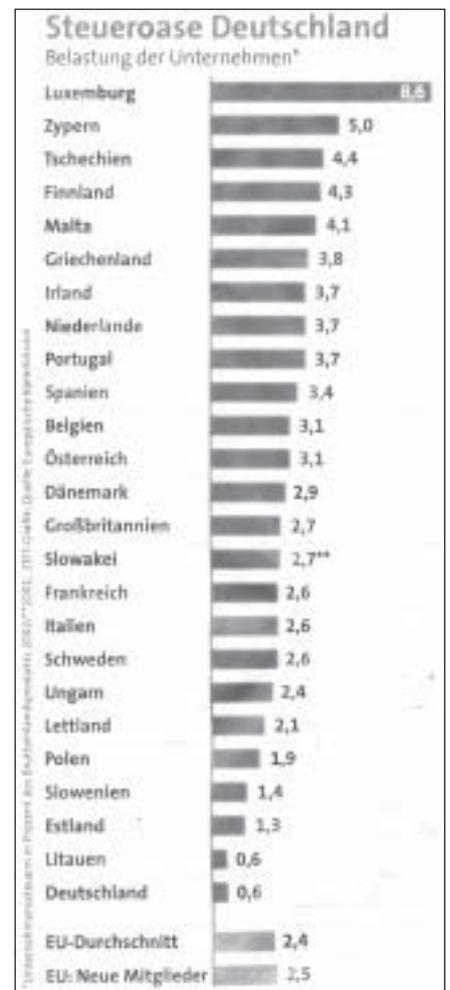
Ob sich graduelle Unterschiede deutlich bemerkbar machen werden, scheint mir wenig wahrscheinlich. Gesundheits„reform“, Hartz-Gesetze, Steuerpolitik waren schon in den letzten Jahren Gemeinschaftswerke einer faktischen großen Koalition. SPD und Grüne waren durch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat dazu gezwungen, was auf eine CDU/CSU/FDP-Regierung in den nächsten Jahren nicht zutrifft, aber grundsätzlich steht eine „schwarze“ Regierung im gleichen Dilemma wie Schröder &

Co. Die Vernachlässigung der Massenkaufkraft als wichtigem Faktor der Konjunktur wird auch Schwarz/Gelb weiter betreiben.

Wo das Scheitern der Wirtschafts- und Sozialpolitik so offensichtlich ist, soll Demagogie helfen. Die „Kapitalismuskritik“ Münteferings allerdings ist so dünn, daß sie die Enttäuschung vieler SPD-Stammwähler nicht beheben konnte, wie die Wahlergebnisse in NRW zeigen. „Die SPD verdammt die Unternehmer - und überhäuft sie mit Geschenken“ spottet selbst die erzliberale und marktgläubige Wochenzeitung „Die Zeit“ (v. 19. 5. 05, S. 1).

Trotz der offensichtlichen Unehrlichkeit dieser „Kritik“ hat sie mehr Aufmerksamkeit in Medien und vor allem bei Kolleginnen und Kollegen erzeugt, als der Urheber vermutlich beabsichtigte. Das Unbehagen gegenüber dem Kapitalismus, so diffus und oberflächlich es auch derzeit (noch?) ist, scheint doch mehr verbreitet als der SPD lieb sein kann.

Ob allerdings die „linken“ Wahlalternativen davon profitieren werden scheint fraglich. Sie werden



Grafik 12

sich wohl (nach jetzigem Stand Anfang Juni 05) gegenseitig Stimmen abjagen und sich dadurch blockieren. Daß ein gemeinsames Auftreten bei der Wahl im September gelingen kann ist unwahrscheinlich. Sowohl WASG als auch PDS sind reformistisch, bei letzterer ist der Reformismus mit einigen scheinsozialistischen Sprechblasen garniert. Eine Umwälzung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses wird von der WASG nicht und von der PDS nicht glaubwürdig angestrebt. Damit werden auch die oben skizzierten Ursachen für Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben nicht angetastet. Sie sind allerdings die (bisher) einzigen zur Wahl stehenden Parteien, die sich immerhin deutlich gegen weiteren Sozialabbau aussprechen.

Wichtiger als Proteststimmen, die man ja trotzdem abgeben kann, wird es für Kommunisten auch weiterhin bleiben, wirkliche Kapitalismuskritik zu leisten und – soweit es bei unseren geringen Kräften möglich ist – zu verbreiten.

Stand: 3. 6. 2005

## Treffen in Landshut

**A**uch heuer fand wieder, wie schon in den vergangenen Jahren, in den Räumlichkeiten des Infoladens in Landshut, am 4. und 5. Juni, ein gemeinsames Seminar der Gruppen International Dorfen und Landshut zusammen mit der Gruppe Arbeiterstimme statt.

Der Teilnehmerkreis hatte sich gegenüber den vergangenen Jahren verringert. Die Ursache dafür lag neben Terminüberschneidungen und privaten Gründen auch darin, daß fast zeitgleich mit der Tagung, am Samstag vormittag, in Dorfen wieder einmal ein Naziaufmarsch stattfand, der noch bis in den Nachmittag hinein dauerte, (so daß Gegendemonstranten verständlicherweise keine Energie aufbrachten, anschließend noch nach Landshut zu kommen).

Der Teilnehmerkreis bestand so aus insgesamt 16 Genossinnen und Genossen aus Dorfen, Landshut, München und seinem Umland, aus Nürnberg, der Oberpfalz und aus Österreich.

Sie hörten ab Samstag nachmittag zunächst ein Referat zum Thema: „Gibt es einen Zusammenhang zwischen Armut, Arbeitslosigkeit und Rechtsradikalismus“, ein Thema, das im Zusammenhang mit Zuständen in unserem Land kurz in die Öffentlichkeit geraten war, dort polemisch und sehr schief abgehandelt wurde und dann unter den Teppich gekehrt. Nach einer solidarischen und überwiegend am Thema bleibenden Diskussion, die die vorgetragenen Thesen bestätigte, referierten anschließend zwei Teilnehmer einer Venezuela-Informationsreise, die im Herbst letzten Jahres stattfand, auf Anfrage über bestimmte Aspekte in diesem südamerikanischen Land, dessen Entwicklung zwar aufgrund seiner Sonderfaktoren (Erdöl!) nicht für diesen Kontinent verallgemeinert werden kann, aber dennoch dorthin ausstrahlt und so Einfluß ausübt. Besonderes Interesse fanden bei den Anwesenden die „misiones“, d.h. Programme im weitesten Sinne, z.B. auf dem Gebiet der Gesundheit, der Bildung und Alphabetisierung, der (Berufs)ausbildung und dem landwirtschaftlichen Anbau und der Viehzucht.\*

Am Abend trug dann der Referent schließlich noch zum Thema „Das Bildungskonzept der Arbeitgeberverbände: Neue Einsichten oder alte Hüte?“ vor. Der Vortrag zeigte, daß auch auf Arbeitgeberseite durchaus verschiedene Interessenlagen bestehen und sich daraus verschiedene Konzepte ergeben können, wie hier auf dem Sektor Bildungspolitik. Besonders anschaulich wurde das Thema, als der Referent sehr lebendig die alltägliche Praxis schilderte, was Konzepte und Studien wie PISA sehr relativierte.

Das ursprünglich am Sonntag vorgesehene Thema war aufgrund der geschilderten Umstände abgeändert worden: Es wurden „Thesen zur gegenwärtigen Situation der Linken und zu den Fragen, die sich der revolutionären Linken hierzulande im Zusammenhang damit stellen“, vorgetragen. Erfreulicherweise war auch ein Genosse der DKP anwesend, der sich stark in der WASG engagiert. Er schilderte begeistert, wie vor kurzem in München eine Veranstaltung mit über 150 Interessierten stattfand. Seine Beweggründe, die WASG bzw. auch ein Wahlbündnis/Zusammengehen mit der PDS zu unterstützen, sind unter anderem, daß man auf diese Weise an Menschen herankäme, die sich sonst nicht um die eigene Organisation scherten, diese links liegen ließen. Linke, die sich sonst nirgends mehr blicken lassen, seien hier ansprechbar. Man müsse diskutieren über Hartz IV, da sehe man schon, daß man an die Grenze des Systems stoße. Andererseits waren aber die Darstellung der Bandbreite der Motive der verschiedenen Menschen in der WASG, vom überzeugten Katholiken, der den Kapitalismus in seiner jetzigen Ausformung nicht mit seinem Glauben in Übereinstimmung sieht, bis zum (antikommunistischen) Gewerkschaftsfunktionär, und die Einschätzung, die WASG bzw. ein Bündnis seien für die Linke notwendig und vorwärtsweisend, weil „man den Menschen nicht vermitteln kann, warum die Linken nicht gemeinsam auftreten“, nicht schlüssig in Einklang zu bringen.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, Unterschiede (zwischen den Gruppierungen) würden über den Haufen geworfen, weil po-

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In akt. Ausgabe (5/05) u.a.:

- ◆ R. Müller: »Nach der Wahl ist grad' egal«, eher Kontinuität als Zäsur: Das Ende von Rot-Grün
- ◆ T.G.: »Rechte Kapitalismuskritik«, von der Schwierigkeit eines Kommentars angesichts der Effekte eines ranzigen Eimers roter Klassenkampfparbe in den Medien
- ◆ AST: »Medien-Mogul zockt«, Transmedia Mannheim dicht gemacht
- ◆ Komitee für Grundrechte und Demokratie: »Weltmeister im Lagerbau«, Flüchtlingslager der EU
- ◆ »Selbstorganisation von MigrantInnen«, Kampagne zur Unterstützung der SOC in Gewächshausregion von Almeria
- ◆ Klaus Dräger: »Angriff auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie«, Kommission und Parlament wollen Schutzstandards aufweichen

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vkl.)

PF 10 20 62 - 63020 OFFENBACH  
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16  
Email: express-afp@t-online.de

express

litische Führer ins Parlament wollten. Selbst bei einer Vertretung im Parlament sei die Frage: Was kommt davon bei den Menschen an? Wieviel berichten die Medien überhaupt? Wie objektiv? usw. - Hellhörig werden sollte man allerdings, wenn im Zusammenhang mit dem angesteuerten Wahlbündnis die Rede ist von „Ende einer Ära - Neugründung der politischen Linken“ (Leitartikel in „Sozialismus“ 6/2005 von der „Redaktion Sozialismus“) Zurecht wurde darauf

hingewiesen: „Wenn es keine Bewegung gibt an der Basis, wird das da oben immer was abgehobenes sein!“ Es wurde gefragt, was ist möglich bei der „Herausbildung des Klassenbewußtseins“? D.h., wie kann man die gegenwärtige Situation aufbrechen? Kann man Leute/Argumentationen wie z.B. Lafontaine nutzen?

Dem Hinweis, mit Gelassenheit die Dinge, die am Laufen sind, zur Kenntnis zu nehmen, vor Gefahren zu warnen und dem Appell: „Nicht

in ein Abenteuer reingehen, nüchtern einschätzen, keine Illusionen erzeugen, dann kann man das machen“, ist nichts mehr hinzuzufügen!

Die beiden oben erwähnten Referate werden im Anschluß abgedruckt.

\* Wir verweisen hier nochmals auf das Buch zu den Innenansichten des bolivarianischen Prozesses: „Venezuela - Welcome to our Revolution“ (siehe letzte Seite!)

## Gibt es einen Zusammenhang zwischen Armut, Arbeitslosigkeit und Rechtsradikalismus? Drohen „Weimarer Verhältnisse“?



Der ehemalige SPD-Vorsitzende, Bundesminister und Münchner OB Hans-Jochen Vogel erklärte am 8. Mai im Deutschlandfunk, die Neonazis seien „keine Gefahr für die Demokratie“ und was in Sachsen passiert sei, wäre ein „Ärgernis“. Mehr nicht, möchte man doch fragen? Auch die ehemalige SPD-Vorsitzende in Bayern, Renate Schmidt, heute Bundesfamilienministerin, hatte schon vor Jahren auf einer 1. Mai-Veranstaltung der IG-Metall in Nürnberg abgestritten, daß jemals wieder „Weimarer Verhältnisse“ in der BRD zu befürchten seien. Die Zustimmung zur Demokratie sei nun dermaßen verankert, daß von den Rechtsradikalen keine ernsthafte Gefahr mehr ausgehe. Man könnte auch

eine Menge Zitate von Politikern aus anderen Parteien anführen, die ähnliche idealistische Einschätzungen teilen. Auch als der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Stoiber erklärte, Massenarbeitslosigkeit sei „die Hauptursache für das Wiedererstarken der NPD“, erhielt er nicht nur von den Regierungsparteien heftigen Widerspruch. SPD-Generalsekretär Benneter und Christa Sager von den Grünen stellten gar die Dinge auf den Kopf, indem sie Stoiber beschuldigten, seine Argumentation sei „verharmlosend und unverantwortlich, weil er damit Neonazis von der Täter- auf die Opferrolle schiebt.“

Den Kritikern ist gemein, daß sie den Zusammenhang zwischen einer ökonomischen und sozialen Krise einer kapitalistischen Gesellschaft und dem politischen Überbau gering schätzen. Sie schreiben die gegenwärtige, durchaus zwielichtige demokratische Verfasstheit der großen Mehrheit der Bevölkerung einfach statisch fort. Ob in der politischen Kaste das alle wirklich so glauben, steht dahin. Doch haben sie als Verteidiger der kapitalistischen Ausbeutungsordnung die Aufgabe, von der gesellschaftlichen Funktion des Faschismus einst und des Rechtsradikalismus heute und morgen abzulenken. Denn im Zentrum jeder bürgerlichen Politik steht immer die Erhaltung des kapitalistischen Systems und die Förderung entsprechender Bedingungen für die Profitmaximierung. Von daher werden die Formen politischer Machtausübung be-

stimmt und – wenn nötig – mit allen Mittel durchzusetzen versucht.

### Zum Aufstieg der faschistischen Bewegungen in der Weimarer Republik

Die deutsche Vergangenheit hat gezeigt: Der Faschismus hätte – wenn überhaupt – nur durch die Einheit und den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse besiegt werden können. Der Faschismus in Deutschland war kein Zufall, sondern Ausdruck eines sozialen Erdbebens und des Bestehens großer konfrontativer Kräftegruppen vor einem bestimmten geschichtlichen Hintergrund.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik waren sowohl eine wirtschaftlich-soziale, wie auch eine politische Katastrophe. Das kapitalistische System und die verkommene Politik angeblicher Demokraten waren völlig diskreditiert. Breite Massen der Bevölkerung sahen nur noch **den** Ausweg, entweder im internationalen Sozialismus-Kommunismus (Heil Moskau) oder im angeblich „nationalen Sozialismus“, wie ihn die Hitlerpartei als Massenbewegung – als Heil aus der Misere – anpries. Wir wissen, wie es gekommen. Dabei war beim Aufstieg der Nazi-Bewegung der Zusammenhang mit der Tiefe der gesamtgesellschaftlichen Krise unübersehbar.

1928 hatte die NSDAP bei der Reichtagwahl nur 2,6 % der Stimmen

erhalten. Auf dem Höhepunkte der Krise 1932 schnellten die Stimmenanteile der Nazipartei auf 37,4 % an und im März 1933 – bereits unter der Kanzlerschaft Hitlers – auf 43,9, bei 99 % Wahlbeteiligung. Der Stimmenanteil der KPD sank von 16,9 % im November 1932 auf 12,3 % im März 1933, das war ein Verlust von einer Million Wähler. Die Arbeitslosigkeit hatte mit offiziell 6 Millionen die 30 % - Grenze überschritten. Die Deflation stürzte die Menschen ins soziale Elend. Die Wirtschaftszahlen waren verheerend. Der Produktionssektor sank 1932 auf 46 (1929 = 103), der Investitionsgütersektor ebenfalls von 103 auf 35 Punkte.

Durch den wirtschaftliche Zusammenbruch war das politische System, das zudem die Folgen des verlorenen I. Weltkriegs zu tragen hatte (Stichwort: Versailler-Vertrag, Reparationen), am Ende. Der Hauptpfeiler der Weimarer Republik, die Sozialdemokratie, hatte mit der unsäglichen Politik des kleineren Übels den rigorosen Sozialabbau mitgetragen und verlor dadurch ihre Glaubwürdigkeit, die Militanz der Anhänger wurde zersetzt. Die einzigartige Katastrophe des Kapitalismus versuchte die herrschende Klasse zuerst mit undemokratischen Präsidentialregimes und Notverordnungen politisch in den Griff zu bekommen, was angesichts der in Bewegung geratenen Massen nicht gelang. Den Ausweg sah die kapitalistische Klasse nun in der Diktatur der Faschisten. Um ihre wirtschaftliche Macht und ihren Reichtum zu retten, mußte sie ihre politische Macht der Nazi-Bewegung überlassen, deren „falscher“ Sozialismus die Massen immer mehr in den Bann zog. Hitlers rassistisches und militaristisches Programm war ja auch im Sinne der Mehrheit des deutschen Kapitals, das die Nazi-Bewegung schon lange finanziert hatte.

Der bisherige politische Überbau zerbrach. Die bürgerlichen Parteien reagierten entsprechend mit der Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz. Sie beschlossen ihre Selbstaflösung und machten der Nazibewegung



Plakat der Antifaschistischen Aktion, 1932

den Weg frei zur Macht ergreifung. Damit hatten die bürgerlichen Parteien ihre angeblich demokratische Gesinnung über Bord geworfen, um angesichts einer erstarkten Arbeiterbewegung – die jedoch tief gespalten war – die Rettung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung über alles zu stellen. Um eine sozialistische Revolution zu verhindern, waren sie bereit, selbst mit dem Teufel zu paktieren. Hinsichtlich

der nationalistisch-chauvinistischen Ziele und der Aufrüstungspläne der Nazis fiel ihnen die Zustimmung ja nicht schwer. Sie nahmen den Rassenwahn der Nazis in Kauf oder teilten ihn sogar. Neben dem späteren Effekt der Bereicherung durch arische Geschäftsleute hatten die Judenhetze und die Judenverfolgung noch ein besonderes Ziel – das der politischen Täuschung. Die Juden wurden zum Sündenbock gestempelt und für krass-kapitalistisches Ausbeutertum verantwortlich gemacht. Der antikapitalistische Anspruch der NSDAP sollte solchermaßen untermauert werden, ohne das System und die deutschen Kapitalisten angreifen zu müssen. Zu diesem Zweck unterschied die Propaganda der Faschisten zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital. Die Kampagne kam der antikapitalistischen Volksstimmung weit entgegen.

Die Bindung an die bürgerliche Gesellschaft und an das kapitalistische System war auch der Grund des damaligen Lavierens der SPD. Statt zusammen mit der KPD und anderen revolutionären Kräften Widerstand zu leisten, waren beide verfeindeten Parteien nicht bereit, der von der KPD-O und anderen vorgeschlagenen Losung „Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ zuzustimmen. Als die Kommunisten längst verfolgt wurden, stimmte die SPD im Reichstag noch Regierungserklärungen der Nazis zu, wie zu Hitlers außenpolitischem Kurs, obwohl die Kommunisten

längst wußten: „Hitler, das ist der Krieg“.

In der Illusion, ihre Organisation so noch retten zu können und in ihrer Verkommenheit, waren am 1. Mai 1933 die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften zu den Nazis übergelaufen. Der 2. Mai zeigte dann gnadenlos mit dem Sturm auf die Gewerkschaftshäuser die wirklichen Machtverhältnisse.

Soweit die Rekapitulierung der deutschen Geschichte, die Max Horkheimers Feststellung unterstreicht: „Wer nicht vom Kapitalismus sprechen will, soll vom Faschismus schweigen.“

Bert Brecht lehrte uns, daß die faschistische Bedrohung nicht nur etwas mit der Vergangenheit zu tun hat: **„Ihr aber lernet wie man sieht statt stiert und handelt, statt zu reden noch und noch so was hätt einmal fast die Welt regiert! Die Völker wurden seiner Herr, jedoch daß keiner uns zu früh da triumphiert – der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch.“**

### Ein neuer Boden für den Rechtsradikalismus?

Soweit zum Grundsätzlichen und Geschichtlichen. Und wie sieht es heute mit der rechtsradikalen Gefahr aus, in einer Welt, die sich seit den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts so umwälzend verändert hat? Wer sich ernsthaft damit beschäftigt, für den gibt es nach den historischen Erfahrungswerten beim Aufkommen des Faschismus keine Zweifel mehr an einem Zusammenhang von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit. Auch die Studien über das Auf und Ab der heutigen rechtsradikalen Parteien NPD, DVU, Republikaner etc. zeigen deutlich den Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlicher Fehlentwicklung, sozialer Not und Verkommenheit des politischen Establishments. Dabei ist die soziale Lage bereits schlechter, als es im politischen Wahlverhalten zugunsten Rechtsradikaler zum Ausdruck kommt. Meist wird erst mal passiv



Plakat der SPD, 1932

reagiert, was an der abnehmenden Wahlbeteiligung abzulesen ist. An der OB-Wahl in Leipzig z.B. haben kürzlich von 403 000 Wahlberechtigten gerade mal 177 000 teilgenommen. In der ehemaligen DDR steht zudem die PDS als linke Protestpartei bereit, was eine Besonderheit ist.

Armut und Arbeitslosigkeit haben neue Höchstmarken erreicht und sie nehmen laufend zu. Nicht zuletzt durch die Umverteilungspolitik von unten nach oben geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Noch nie war Deutschland so reich. Die privaten Vermögen betragen über 5 Bill. €, davon haben die oberen 10% über 47% in Besitz. Aber die Hälfte der Bevölkerung ist nur mit 3,8% daran beteiligt. Es gibt drei Millionen überschuldete Haushalte. Seit 1998 hat sich der Anteil der Armen von ca. 12 auf 14% erhöht. 15 Mill. Kinder leben an der Armutsgrenze. Eine unterprivilegierte Schicht ist wieder im Entstehen, mit einer passiv-fatalistischen Grundhaltung, was die politische Entwicklung hemmt.

Offiziell sind etwa 5 Millionen. Arbeitlose registriert, darunter 2 Millionen Langzeitarbeitslose. Unter Berücksichtigung aller Kategorien sind es viel mehr. Die konservative „Welt“ spricht von 7 Millionen, Stefan Baron, der rechtslastige Eiferer der „Wirtschaftswoche“ von 9 Millionen. 635.000 Jugendliche unter 25 Jahren, 27% mehr als im Vorjahr, sind arbeitslos gemeldet. Zehntausende Jugendliche stehen ohne Ausbildungsplatz perspektivlos da. Nach dem neuen Arbeitslosengeld II erhält ein Alleinstehender 345,-€, plus Miet- und Heizungszuschlag und begrenzt für nur zwei Jahre 160,- / bzw. 80,-€. Die Zukunftsangst wächst. Über die Hälfte der Lohnabhängigen fürchtet um ihren Arbeitsplatz. Nur noch 28% glauben, daß man in 10 Jahren noch gut in Deutschland leben kann. Die Reallöhne und Realrenten sinken weiter, während die Bereicherung derer an der Futterkrippe der Konzerne und in der politischen Kaste immer größere Ausmaße annimmt. Der Grund, warum sich die soziale Gefährdung politisch nicht stärker für Parteien mit einer radikalen Lösung links oder rechts bemerkbar macht, dürfte zwei Gründe haben: 1. Weil die meisten Betroffenen der Meinung sind, daß es eine solche radikale Lösung unter den heutigen

Bedingungen der Globalisierung und EU-Einbindung in der Realität nicht geben kann und 2. Weil die bestehenden demokratischen Rechtsparteien einen Teil des rechtsradikalen Gedankengutes bereits abdecken. Man braucht sich nur in Erinnerung zu rufen, daß 1993 die größte politische Krise in der BRD von der Regierung Kohl/Genscher in Verein mit SPD und Grünen überwunden wurde durch eine Übernahme der rigorosen rechtsradikalen Forderung nach strikter Asylantenbeschränkung.

Natürlich gibt es keinen Automatismus in Bezug von Armut, Arbeitslosigkeit und Rechtsradikalismus. Man muß nicht immer persönlich betroffen sein, um politische Schlüsse aus solchen Verwerfungen zu ziehen, ungeachtet dessen, daß diese Schlüsse aus unserer Sicht die Falschen sind. Das Milieu spielt oft eine wichtige Rolle für eine rechtsradikale Gesinnung, auch die Prägungen des Menschen aus der Kindheit. Wissenschaftler sprechen von autoritären Persönlichkeitsstrukturen, die Vorschub leisten, zu Starken aufzuschauen und Schwache zu unterdrücken; von Orientierungslosen im Zeichen des Werteverfalls, die zu einfachen Antworten neigen und vor der Kompliziertheit der modernen Zeit in angeblich einfache Lösungen flüchten. Da ist die Urangst vor dem Unbekannten, den Fremden, die zu unbegründeter Ablehnung und zu Rassismus führen kann und zur Suche nach dem Sündenbock. Eine nicht geringe Rolle spielt die Aussichtslosigkeit und Perspektivlosigkeit der persönlichen Lage oder des näheren Umfeldes. Oft schlecht ausgebildet oder nicht sehr gebildet, führen tatsächliche oder nur gefühlte Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen zu Protest und Empörung. Es ist kein Zufall, daß in strukturschwachen Regionen, wie der Sächsischen Schweiz, in denen liberale Demokraten wie auch militante Linke kaum zu finden sind, die Rechtsradikalen dominieren. Nach einer Umfrage halten 50% der Ostdeutschen und 20% der Westdeutschen „die Demokratie“ in Deutschland nicht für die beste Staatsform. Es ist anzunehmen, daß dies keine Absage an die Demokratie an sich ist, sondern an die Verkommenheit der in BRD praktizierten Form von Demokratie. Wen wunderts auch, beim fortschreitenden Verfall

der politischen Kultur, den gegenseitigen Beschimpfungen und Unterstellungen und der Konzeptionslosigkeit der Parlamentsparteien. Die Glaubwürdigkeit der Bundestagsparteien ist auf dem Hund. Die ständig neuen Widersprüche kommen vor allem daher, daß alle Parteien vorgeben, das Wohl des Volkes zu vertreten, wo es ihnen doch darum geht, die Interessendurchsetzung im Sinne der herrschenden kapitalistischen Klasse zu kaschieren. Da sind CDU/CSU, die das christliche und soziale im Namen führen und es ständig mit Füßen treten. Da ist eine FDP, die die „Freiheit des Individuums“ postuliert und dabei nur die Freiheit für ungehemmte Gewinnmaximierung im Sinne hat. Besonders schlimm war es in den letzten Jahren mit einer Sozialdemokratie, die immer vorgab, sich für den Frieden einzusetzen und für die sozialen Belange der kleinen Leute und die sich nun selbst kastrierte. Zusammen mit den Grünen „Alternativen“ sind sie verantwortlich für die Kriegsbeteiligung Deutschlands gegen Jugoslawien und Afghanistan. Bei den Grünen ist von einer alternativen Politik wenig mehr zu spüren. Beider „Kapitalismuskritik“ ist nur eine scheinheilige Kampagne gegen die angeblichen Auswüchse des Kapitalismus, wo diese doch in Wirklichkeit Ausfluß des Wesens dieses Systems sind. Ihr angeblicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist verbunden mit der zynischen Subventionierung der Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland in Höhe von jährlich 5 Mrd.€!

Das alles ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen. Wäre da nicht der welthistorische Niedergang und Untergang des Realsozialismus Ende des vorigen Jahrhunderts, könnten solche Anfänge der Kenntlichmachung des Kapitalismus einem Neubeginn sozialistischer Bewegungen Auftrieb geben. Bekanntlich „bestimmt die Summe des gesellschaftlichen Seins das Bewusstsein“ (Marx), doch stehen einer radikalen linken Bewegung nicht nur die negativen Erfahrungen mit einem pervertierten „Sozialismus“ entgegen, sondern auch die empfundene Aussichtslosigkeit eines solchen Strebens, angesichts einer wirtschaftlichen und politischen Übermacht ohnegleichen. Radikal nach rechts zu gehen war schon immer leichter, nach links zu gehen erfordert ein Minimum an Wissen und Zivilcou-

rage. Nicht nur aus diesem Dilemma der Linken zieht der Rechtsradikalismus seinen Nutzen. Sein Gift wirkt ja nicht nur in jener Minderheit der Bevölkerung von einigen Prozenten, die heute schon rechtsradikal wählen. Es ist durchaus die sog. Mitte der Gesellschaft, in der das Gift der Ausländerfeindlichkeit, des Rassismus und des Law und Order-Denkens vorhanden ist. Oft genug gehen die rechten Parolen von den bestehenden demokratischen Parteien aus. Die Rechtsradikalen brauchen nur die Konsequenzen auszubauen und aus etwas Halbem etwas Ganzes zu machen. Das ist z.B. an der Asylanten-Politik abzulesen, als, entgegen dem Grundgesetz, 1993 alle Fraktionen das Asylrecht aushebelten. Roland Koch kam mit der CDU in Hessen nur deshalb an die Regierung, weil mit seiner Unterschriftenaktion gegen die Doppelstaatsbürgerschaft Hunderttausende animiert wurden, „gegen die Ausländer“ zu unterschreiben. In der CSU, die schon immer einen Rechtsaußen-Flügel hatte, wurde nach Bedarf die Ausländerfeindlichkeit bedient, mit dem Motto „Das Boot ist voll“. Auch der heutige Ministerpräsident Stoiber hatte einst die Hetze angefacht mit seinem Ausspruch von der „durchrassten Gesellschaft“. Franz-Josef Strauß meinte einst, die Deutschen könnten nicht ewig im Büberhemd herumlaufen. Vor nicht allzu langer Zeit wollte die CDU/CSU mit einer neuen „Leitkultur“ Furore machen. „Deutschland muß in Kreuzberg wieder erkennbar werden“ hieß eine der Parolen. Gegenwärtig sind wir wieder einer Welle der „Vergangenheitsbewältigung“ ausgesetzt, in der die eigenen Opfer aufgerechnet werden sollen. Eine Sinus-Studie in den 80er Jahren hatte festgestellt, daß die Hälfte der Menschen mit rechtsextremen Weltbildern in Westdeutschland CDU wählten. Das dürfte auch heute noch so sein, denn das Sozial-Reaktionäre scheint bei den demokratischen Rechtsparteien gegenwärtig noch besser aufgehoben, als bei dem wirren und zerstrittenen Haufen der Rechtsextremen. Es gibt genug Beispiele, die zeigen, daß „demokratische“ Abgeordnete in Wirklichkeit rechtsradikale Einstellungen haben. Im sächsischen Landtag wurde das kürzlich offensichtlich, als mehrere Abgeordnete zusammen mit der NPD stimmten. Das zeigte auch das Verhal-

ten der CDU-Fraktionen in zwei Berliner Bezirken anlässlich der Debatte um den 8.Mai 1945.

Offiziell werden die neofaschistischen und rechtsradikalen Umtriebe von den Regierungen und etablierten Parteien bekämpft und vom Verfassungsschutz überwacht.

Das Verhältnis des bürgerlichen Staates gegenüber dem Rechtsextremismus ist zwiespältig. Zum einen möchte man diese Parteien mit Rücksicht aufs Ausland, und besonders die USA und Israel, am liebsten ausschalten, verbieten. Auch gibt es keine kämpfende Arbeiterbewegung und kommunistische Bewegung mehr, auf die loszulassen die herrschende Klasse stets jemand brauchte, um die schmutzige Arbeit zu tun. Doch die, die den Verbotsantrag gegen die NPD gestellt haben, das Bundesinnenministerium, mit dem Hardliner Schily an der Spitze, haben gleichzeitig die Fakten geliefert dies zu verhindern. Ob taktisch so geplant oder ungewollt, mit einer so dichten Durchsetzung der NPD-Führungsschicht mit Agenten des Verfassungsschutzes konnte der Verbotsantrag vor Gericht keine Chance haben. Wollte man den Rechtsextremismus ernstlich zu Boden zwingen, würde bei den vielen offensichtlichen Propagandadelikten und Gewalttaten auch die heutige Gesetzgebung ausreichen. Doch in Deutschland war die Justiz nur zu oft auf dem rechten Auge blind, was auch ein bezeichnendes Licht auf das Justizpersonal wirft. Das offene Bekenntnis zu Hitler, zur NS-Zeit als Vorbild, zum Rassismus und die Leugnungen des Holocaust werden oft gar nicht oder nur nachsichtig verfolgt. Rechte Gewalttaten werden von den Behörden oft absichtlich nicht als solche eingestuft oder mit einer Milde verfolgt, die empörend ist. Es gibt aber auch im Staatsapparat und in den etablierten Parteien die Absicht, rechtsradikale Strömungen zu instrumentalisieren. Die Umtriebe deren Schläger dienen allemal der Einschüchterung der Linken, bis zur Zerstörung ihrer Logistik, der Umfunktionierung oder Beseitigung von Jugendzentren, Kulturläden usw. Bleiben die rechtsradikalen Parteien weiter legal, bis in Zeiten noch größerer sozialer Erschütterungen, würde das Protestpotential in Rechts- und Linksaußen gespalten. Für manche Deklassierten und Ausgegrenzten

böte sich ein neuer Irrweg an, der die Erkenntnis verhindert, die Ursache der Misere im kapitalistischen System zu suchen. Andererseits, nähmen die rechtsradikalen Parteien relevant zu, könnten sich auch in Deutschland demokratische Parteien im Koalitionsbett so prostituieren, wie die ÖVP mit Haider oder Forza Italia mit Fini. Im Falle einer neuen tiefen Weltwirtschaftskrise ist ein neuer Faschismus zur Rettung der ökonomischen Macht des Kapitals auf Deutschland alleine bezogen kaum mehr denkbar und wahrscheinlich, aus Kapitalisten-Sicht auch nicht mehr nötig. Da kann man sich andere, autoritäre Strukturen vorstellen. Im Zeichen der Globalisierung, des nationalstaatlichen Machtzerfalls ist Deutschland dermaßen eingebettet in die EU und in das multinationale Geflecht, daß es kein Zurück mehr gibt in einen nationalistischen, chauvinistischen Sonderweg, der das letzte Mal in einer Katastrophe geendet hat.

### Konzentration auf die NPD

Die letzten Landtagswahlergebnisse der NPD vor Augen – in Schleswig-Holstein 1,9 %, in NRW 0,9 % für die NPD und 0,8 % für die Repts – plädieren manche Demokraten dafür, die Rechtsparteien nicht allzuernst zu nehmen. Es ist aber so, daß man die Dinge in ihrem Fluß sehen muß, in der Veränderung. Insofern kommen schwere soziale Zeiten auf Deutschland zu, ein Finanzdesaster kündigt sich längst an. Die Rechtsradikalen haben in den letzten Jahren abgenommen, nehmen jetzt aber wieder zu. Die NPD konnte in gewissen Gebieten bereits feste Strukturen schaffen und mit ihrem neuen Auftreten als Biedermänner. Wie ein Paukenschlag kam dann das Landtagswahlergebnis in Sachsen, mit 9,2 %, wo sie sensationellerweise mit der SPD fast gleichzog. Wie hatte doch Sachsen Ministerpräsident Biedenkopf einst gemeint? Die Sachsen seien „völlig immun gegenüber den rechtsradikalen Versuchungen“. Und verharmlosend fügte er hinzu: „In Sachsen haben noch keine Häuser gebrannt, es ist auch noch nie jemand umgekommen“. Doch bereits die letzten Kommunalwahlen waren ein Alarmzeichen gewesen.

Der Verfassungsschutzbericht beziffert für 2004 die Zahl der Rechtsextremen und Neonazis zusammen

auf 40.700, darunter 10.000 gewaltbereite. Die neonazistischen Aktivisten haben am stärksten zugenommen, nämlich von 3.000 auf 3.800. Sie besicken ca. 170 „Kameradschaften“. Immer wieder werden Waffen und Sprengstoff gefunden, Anschläge wie in München geplant. Fast die Hälfte der Skinheads sind in Ostdeutschland anzutreffen, viele gewaltbereit. Durch 80 Skinhead-Konzerte versuchten sie im vorigen Jahr, die Jugend zu gewinnen. Dazu stellte der linke Rapper Adé Bantu von den „Brothers Keepers“ fest: „In den neuen Bundesländern ist es einfach ‚in‘ Fascho zu sein.“ Die drei wichtigsten rechtsextremen Parteien hatten 2004 24.800 Mitglieder. Die mitglieder- und finanzstärkste ist die DVU, die unter der Fuchtel des Verlegers Frey steht, aber auch viele Inaktive unter den 11.500 Mitgliedern hat. Sie stellt auch 5 Abgeordnete im Landtag von Brandenburg und einen in Bremen. Die Auflage der „National-Zeitung“ beträgt 41.000. Die „Republikaner“ haben etwas an Boden verloren und sanken von 9.000 auf 8.000 Mitglieder. Die bayerische Landtagswahl erbrachte für sie nur 2,2%. Die Zeitschrift „Der Republikaner“ wird 12.000 mal gelesen.

Nach der Öffnung für Neonazis und nach dem Pakt mit der DVU scheint die NPD mit 5.300 Mitgliedern die gefährlichste rechtsradikale Gruppierung zu werden. Sie besteht in allen Bundesländern und hat 187 Kreisverbände. Ihre Verankerung, vor allem in Sachsen, wurde schon erwähnt. Als Nahziele gibt der Bundesvorsitzende Voigt aus: Kampf um die Straße, um die Parlamente, um die Köpfe. Die „Deutsche Stimme“ hat etwa 10.000 Leser.

Immer noch sind die Rechtsextremen unter sich zerstritten, trotz Teilvereinbarungen. Sie ließen sich im vorigen Jahr über 12.000 Straftaten zu schulden kommen, in der Mehrzahl Propagandadelikte. 776 mal (2003:759 mal) handelte es sich um Gewalttaten, mit einer Aufklärungsquote von 50%.

Besondere Bedeutung in intellektuellen Kreisen hat die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Man kann nur den Kopf schütteln wer sich alles für ein Interview darin hergibt. Die Liste geht von Peter Glotz zu Egon Bahr, Ex-Minister Farthmann, SPD-Bezirksbürgermeister Buschkowski bis zum

CSU-Abgeordneten Wolfgang Götzer und Jörg Schönbohm. Daß sich ein Rolf Hochhuth gleich zweimal interviewen lässt, schlägt aber dem Faß den Boden aus. Sieht so der Kampf der „Anständigen“ gegen rechts aus?

Sollte die sozialistische Linke doch mal wieder Boden unter die Füße kriegen, könnte sie sich bei dem fehlenden Klassenbewusstsein und der geringen politischen Bildung der Masse der Lohnabhängigen und Ausgegrenzten neuen Schwierigkeiten gegenüber sehen. Die NPD hat in letzter Zeit vermehrt ihre Parolen linken Lösungen entnommen. Einige Kostproben davon: „Sozialabbau, Rentenklau,



Oktober 2002, München

Korruption – nicht mit uns“. „Nein zur Sklaverei, Geldherrschaft, Besatzung und Imperialismus!“ „Das Volk blutet – das Kapital profitiert!“ Die NPD machte gegen die Hartz-Gesetze Front und versuchte auch bei den Montagsdemonstrationen Fuß zu fassen, nicht ganz erfolglos. Viele andere Parolen sind dann wieder vermischt mit ausländischerfeindlichen oder rassistischen Inhalten. Unterschätzen sollte man diesen Versuch, wieder einen „nationalen Sozialismus“ zu kreieren, jedoch nicht, denn die zunehmende soziale Destabilisierung könnte einen entsprechenden Resonanzboden schaffen. Bestünde letztere Gefahr nicht, so könnte man in der Tat den Rechtsradikalismus als garstige, im Einzelnen auch gefährliche gesellschaftliche Randerscheinung abtun. Würde der Staatsapparat sich nicht querlegen, könnten die demokratischen und antifaschistischen Kräfte durchaus damit fertig werden. Dramatischer würde die Lage, sollten die Alarmrufe der

Warner von links bis rechts zutreffen, die ein Hineinschlittern der Berliner Republik in Weimarer Verhältnisse prophezeien. Es erhebt sich deshalb die Frage, lässt sich die jetzige Entwicklung mit „Weimarer Zuständen“ vergleichen?

### Ist Deutschland auf dem Weg in Weimarer Verhältnisse?

Der CSU-Vorsitzende Stoiber, dem man durchaus wahltaktische Motive unterstellen kann, vergleicht die heutige Situation und die Arbeitslosigkeit mit 1932 und sieht darin die Ursache für die Zunahme des Rechtsradikalismus. Kardinal Lehmann befürchtet gar, Deutschland stünde „vor vorrevolutionären Zuständen“. Oskar Lafontaine vergleicht Gerhard Schröder mit dem Reichskanzler Brüning und die Agenda 2010 mit Brünings Notverordnungen.

Die Reaktion auf diese Ansichten war ein Sturm der Entrüstung von unterschiedlichster Seite. Doch so einfach sollte man es sich nicht machen. Ob Deutschland auf dem Weg zu Weimarer Verhältnissen ist, bleibt auch für die sozialistische Linke eine ernsthafte Frage, da davon auch ihre eigenen Zukunftsaussichten berührt wird. Auch wenn wir das Thema jetzt anschneiden, eine gründliche Untersuchung aus marxistischer Sicht steht noch aus.

Die Mahner haben recht, wenn sie fordern, den Zusammenhang zwischen politischer Radikalisierung und Massenarbeitslosigkeit, Armut, Verzweiflung und Perspektivlosigkeit nicht länger zu verleugnen. Wo es gewaltig hinkt, dies ist die **Gleichsetzung** von damals und heute. In diesem Rahmen müssen wir uns auf einige wichtige Punkte beschränken.

### Wirtschaftskrisen, die sich nicht vergleichen lassen

Eine Weltwirtschaftskrise, die nahezu alle Länder umfasst, wie in den 30er Jahren, gibt es gegenwärtig nicht. Damals waren besonders die USA und Deutschland betroffen. Die gegenwärtige Weltkonjunktur weist ein Wachstum von etwa 4% auf. Die Bundesrepublik geriet nach den ers-

ten Jahren des DDR-Anschlusses in eine Periode der wirtschaftlichen Stagnation, mit zunehmenden Finanzproblemen. Alle Verwerfungen geschehen auf der Basis eines erreichten hohen Niveaus. Deutschland ist – im Gegensatz zur Weimarer Endzeit – Exportweltmeister mit vorher nie erreichten Rekordzahlen. Die Industrieproduktion auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise brach damals um horrenden 40% ein, verbunden mit Deflation und Preisverfall durch vorherige Überproduktion. Abbau von Sozialleistungen und Rückgang der Reallohne gab es damals wie heute, doch von der Größenordnung her ist das unvergleichbar. Die Reallohne derer, die noch Arbeit hatten, sanken von 1928 auf 1932 um 14%, das Sozialprodukt ging sogar um 24% zurück. Brünnings rigoroses Sparprogramm ist

mehr gemeldete genannt. Das wären zusammen 7,6 Millionen. Damit würde die 40%-Marke überschritten, eine gewaltige Verheerung! Dazu kamen noch die vielen Kurzarbeiter und Tagelöhner und die vielen Menschen, die schon von der Wohlfahrt abhängig waren. Eine Situation, die mit der heutigen überhaupt nicht zu vergleichen ist, betrachtet man die ärmlichen Unterstützungssätze, von denen damals die Familien leben mußten. Nach den Notverordnungen im Oktober 1931 z.B. schlüsseln sich die Betroffenen wie folgt auf: Es bezogen 43% Arbeitslosengeld (also nicht einmal die Hälfte der Arbeitssuchenden), 21% die niedrigere Krisenfürsorge, 23% die rückzahlpflichtige kommunale Wohlfahrtsunterstützung und 13% erhielten überhaupt

keine Unterstützung. Das Arbeitslosengeld wurde nun nur noch 20 statt 26 Wochen bezahlt. Von den heutigen Abfindungen und dem jetzigen Arbeitslosengeld hätten die Menschen damals nicht mal zu träumen gewagt.

sind, bremst in vielen Fällen deren sozialen Abstieg ab, soweit der Familienbestand noch funktioniert. Deutschland ist heute kein verarmtes Land, wie damals nach dem verlorenen I. Weltkrieg. Viele, die noch Arbeit haben, sind mit ihrem Verdienst noch relativ zufrieden. Die erste Erbschaftsgeneration nach 1945 ist abgetreten – nicht nur die Millionäre – und hat ihren Nachkommen einiges hinterlassen. 44% besitzen ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung. Das sind Fakten, die auch zur konservativen Einstellung vieler Lohnabhängiger beitragen und den Zugang zur antikapitalistischen Linken versperren. Andererseits ist das auch nicht der aufgewühlte Boden, der rechtsradikalen Parteien Masseneinfluß verschafft. Das könnte sich ändern, sollten mittelfristig Wirtschafts- und Finanzkrise dramatische Züge annehmen.

Die Linke muß auch diesen Fall im Auge haben und alles daransetzen, um zu verhindern daß die Rechtsradikalen schon heute Strukturen auf- und ausbauen, um dann sofort in Aktion treten zu können. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie ihren selbst erklärten Zielen, dem „Kampf um die Straße, um die Parlamente und um die Köpfe“, näher kommen!

Im Flugblatt gegen die Provokation der Nazis in Dorfen heißt es ganz richtig: „Ein Ignorieren der Nazis würde es ihnen ermöglichen, ähnlich wie in vielen kleineren und größeren Städten der neuen Bundesländer allmähliche Aufbauarbeit zu leisten, sich in soziale Initiativen und Jugendeinrichtungen einzunisten und so eine Verankerung in der Bevölkerung zu erreichen. Eine wirksame Bekämpfung der Nazi-Bewegung muß deshalb auf mehreren Ebenen stattfinden: Wo Nazis in der Öffentlichkeit auftreten, muß ihnen die Möglichkeit zur Verbreitung ihres nationalsozialistischen Gedankenguts genommen werden. Wo sich Rassismus, Antisemitismus oder Nationalismus artikulieren, sei es in der Arbeit, in der Schule oder am Stammtisch, muß dem energisch widersprochen werden. Wo sich die soziale Situation zusehends für viele verschärft, muß eine gesellschaftliche Perspektive her, die nicht auf dem „Kampf der Nationen“ gründet, sondern bei den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung ansetzt.“

Daten zum Verlauf der Weltwirtschaftskrise (1928 = 100)							
	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
<b>Produktion und Beschäftigung</b>							
- Produktionsgüter	100	103	86	61	46	54	77
- Investitionsgüter	100	103	84	54	35	45	75
- Verbrauchsgüter des elastischen Bedarfs	100	97	91	87	74	80	90
- Verbrauchsgüter des unelastischen Bedarfs	100	101	101	95	85	88	98
- Beschäftigte	100	99	92	80	71	74	85
<b>Preise und Löhne</b>							
- Produktionsgüter	100	102	101	96	86	83	83
- Konsumgüter	100	98	91	80	67	64	67
- Lebenshaltung	100	102	98	90	80	78	80
- Reallohn	100	101	97	93	87	91	95

Berechnet nach: Konjunkturstatistisches Handbuch 1936 (Hg. Ernst Wagemann), Berlin 1935, S. 52 f., S. 12, S. 104, S. 106 f.; Statistisches Handbuch von Deutschland, a. a. O., S. 472.  
Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 190.

nicht zu vergleichen mit dem heutigen Zustand, in dem die Politik der Schuldenmacherei den Enkeln die Hauptlast aufbürdet.

Mag es manche Parallelen geben, wie den grundsätzlichen Wertverfall der Ware Arbeitskraft, so sind doch die sozialen Folgen unvergleichbar. Damals wie heute ist die Massenarbeitslosigkeit ein die Menschen entwürdigender und zerstörender Skandal, wofür das kapitalistische System verantwortlich ist. Heute in der Bundesrepublik springen die offiziellen Zahlen um die 5 Millionen, das sind 12 %, alles einbezogen lauten die Schätzungen 7 Millionen, das wären ca. 16%. Anders in der Weltwirtschaftskrise: Im Februar 1932 wurden 6,1 Millionen gezählt, das waren 33%. Ferner wurden ca. 1,5 Millionen nicht

Ihr Alltag war Not, Hunger und Kälte, es ging um die nackte Existenz. Manche mußten barfuß laufen, sie wussten nicht, was sie ihren Kindern am nächsten Tag zu Essen geben sollten. Viele Berliner Arbeiterfamilien wohnten in Kellerwohnungen, andere mit zwei Kindern in einer Ein- oder Zwei-Zimmerwohnung mit Trockenabort. Die Höfe vieler Bauern mußten versteigert werden. Der untere Mittelstand, der schon in der Hyperinflation verarmt war, ging pleite. Diese Deklassierten liefen scharenweise zu den Nazis über.

Wenn sich auch die Situation zunehmend verschlechtert, so sind doch die Ausgangspositionen ganz andere als in der Weimarer Republik. Die Gesamtlage, in der auch die einzelnen Betroffenen eingebettet

# Bildungspolitische Konzepte von Arbeitgeberverbänden: Neue Einsichten oder alte Hüte?

Verabschieden sich Teile des organisierten Kapitals von der bildungspolitischen Einheitsfront?

**D**ass mit der Bildung, wie immer man diesen Begriff definieren mag, vieles im Argen liegt, ist nicht nur seit den diversen OECD-Studien (PISA etc.) unbestritten. Von einer ausgewachsenen Bildungskrise ist vielfach die Rede (dazu auch der Artikel „Bildung (noch) für alle?“, *Arbeiterstimme*, Aug. Sommer 2004). Bildung ist wieder öffentliches Thema und wird in Wahlkämpfen thematisiert (z.B. Landtagswahl Schleswig – Holstein).

Die Bildungsgewerkschaft GEW sieht für eine zukunftsorientierte Bildungsdebatte Land in Sicht und propagiert „Eine Schule für alle“. Die rechtskonservativen Parteien, durch PISA in Erklärungsnot, warnen vor dem Einstieg in eine neue Bildungsstrukturdebatte, die längst begonnen hat und nicht mehr aufzuhalten ist. SPD-Bildungspolitiker plädieren vorsichtig für eine Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit, machen dabei aber keinen besonders glücklichen Eindruck. CDU/CSU bleiben trotzig bei ihrem selektiven Schulmodell und plädieren für Studiengebühren, hängen die Themen aber eher tief. Die PDS kann auf die in der DDR geschaffenen Grundlagen eines erfolgreichen Schulmodells verweisen, dessen rigorose Zerschlagung durch die Siegermacht 1990 zu einem nicht enden wollenden bildungspolitischen Desaster führte und weiterhin führt. (Bsp. Sachsen: Schulschließungen, Zwangsteilzeit für päd. Personal)

Gelegentlich wird die Bildungsmisere zur Erklärung krisenhafter Prozesse in der „deutschen Wirtschaft“ bemüht. Weit kommt man damit auch nicht, denn entweder war das deutsche Bildungswesen das Erfolgsmodell, als das es immer hingestellt wurde, oder es ist wirklich für aktuelle Probleme mitverantwortlich. Dann haben die vehementen Verteidiger dieses Bildungswesens ein größeres Problem.

Letztendlich kommt man in der Sache nur weiter, wenn die Auseinandersetzung um Bildungsfragen in den gesamtgesellschaftlichen Kontext ge-

stellt und zugleich historisch eingeordnet wird.

## Chancen für ein demokratisches Bildungswesen?

An dieser Stelle nur soviel: Der Kampf des deutschen Bürgertums gegen das kirchlich-feudale Bildungsmonopol hatte sich über Jahrhunderte hingezogen. Dabei war das bürgerliche Lager in der Zeit des Frühkapitalismus ökonomisch und politisch gespalten (Patrizier, Zunfthandwerker, Stadtarme). Diese Spaltung hatte ihre negativen Auswirkungen u.a. in schulpolitischer und pädagogischer Hinsicht.

Erst gegen Mitte des 19. Jahrhunderts – die Entwicklung des Kapitalismus verlangte eine neue Struktur der Volksbildung – schien die Zeit reif zu sein, das feudale durch ein bürgerlich-demokratisches Bildungs- und Erziehungswesen zu ersetzen. In den revolutionären Ereignissen der Märztag des Jahres 1848 kündigte sich dieser Bruch an. Die Bourgeoisie entschied sich jedoch anders – mit weitreichenden Folgen. Sie sah sich mittlerweile von zwei Seiten bedroht: vom Feudaladel und vom aufstrebenden Proletariat. Das Ergebnis war ein Schutz- und Trutzbündnis mit der feudalen Reaktion. 1848 endete mit einer Niederlage für alle fortschrittlichen Bestrebungen mit Auswirkungen bis heute.

Die weitere Entwicklung sollte nicht dazu führen, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in Deutschland so zu verändern, dass ein konsequent bürgerlich-demokratisches Bildungswesen ohne Bildungsprivilegien hätte realisiert werden können. Die Umgestaltung in der DDR seit Ende der 40er Jahre sollte eine Episode bleiben.

Zentrale Aufgabe des Bildungswesens in Deutschland war immer, die bürgerliche Gesellschaft zu reproduzieren, wobei dem Schutz von Bildungsprivilegien der herrschenden Klasse Vorrang eingeräumt wurde.

Immer noch kommt das in der Sonderstellung des Gymnasiums zum Ausdruck. So können sich manche Befürworter des selektiven Schulsystems eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule vorstellen, keinesfalls aber eine Kombination von Realschule und Gymnasium. Ein derartiger Vorschlag würde als absurd betrachtet.

In der Abwägung der Erfordernisse, die sich aus Veränderungen in der materiellen Produktion ergaben und der Rücksichtnahme auf bestehende Privilegien, kam es schon mal wie etwa in den 60er/70er Jahren des 20. Jahrhunderts zu Disharmonien (z.B. Studentenrevolte), die gelegentlich überinterpretiert werden.

Nicht zufällig wurden durch den damals eingeleiteten Modernisierungsschub eine beachtliche Anzahl derer, die sich heute in höchsten Staatsämtern tummeln, aktiviert. Sie besorgen die Aufgaben, für die sie ausgewählt wurden, durchaus anerkennenswert. Die Jugendsünden werden ihnen verziehen, solange sie nicht vergessen, wem sie das alles zu verdanken haben.

Obwohl sich die Bildungseinrichtungen und dabei vor allem die an zentralen Stellen sitzenden Verantwortungsträger redlich bemühen, den wesentlichen Anforderungen gerecht zu werden, sehen sie sich einer nicht nachlassenden Kritik ausgesetzt. Der Standort sei in Gefahr und man mache sich Sorgen um die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt. Diese Klagen gab es schon vor Jahrzehnten, sie ließen nie nach und trotzdem ist das deutsche Kapital heute Exportweltmeister.

## Veränderungen ja, aber welche?

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es objektiv Wertungsschwierigkeiten des Kapitals gibt. In diesem Zusammenhang spielt die Qualifikation der Arbeits-

kraft der Produzenten eine Rolle. Veränderte Verwertungsbedingungen des Kapitals ziehen in der Regel eine Veränderung der Qualifikationsprozesse nach sich und erfordern somit Veränderungen in den Bildungseinrichtungen. Und genau an diesem Punkt wird es schwierig. Welche Veränderungen sollen durchgeführt werden? Welche Qualifikationen werden in naher oder ferner Zukunft benötigt? Soll Bildung mehr kosten dürfen? Breitenbildung oder Eliteförderung? Mehr Allgemeinbildung oder rasche Spezialisierung? (dazu mehr in „Bildung (noch) für alle?“ s.o.)

In Stellungnahmen und Verlautbarungen der Interessensvertretungen der verschiedenen Kapitalfraktionen werden zumeist ähnliche Forderungen erhoben, wobei sich bei genauerem Hinsehen oft die Schwerpunktsetzung unterscheidet. Die „Bayerisch-Sächsische Zukunftskommission“ sollte Licht ins Dunkel bringen und trug letztlich zu größerer Verwirrung bei. Nach den Erkenntnissen der Kommissionsmitglieder würden in Zukunft eh nur mehr 20 bis 50 Prozent eines Schülerjahrgangs für produktive Zwecke benötigt, was für eine Verschärfung der Selektion bis Klasse 4 sprechen sollte, um dann die Fitteten für eine Elitebildung herauszufiltern. Nach den diversen internationalen Vergleichsstudien war die Zukunftskommission mit ihren Ergebnissen aus der Diskussion verschwunden. Wenn es darum geht, Veränderungen im deutschen Bildungswesen einzufordern, meldet sich die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) über ihren Präsidenten Dieter Hundt regelmäßig zu Wort. So z.B. anlässlich der diesjährigen „didacta“ Bildungsmesse, wo er „Das Konzept der Arbeitgeber für eine bessere Bildung“ präsentierte.

Was ist nun das Konzept der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)?

D. Hundt hält sich in seiner Rede nicht lange bei der Analyse der aktuellen Bildungsmisere aus Sicht des Kapitals auf. Er konzentriert sich auf die Forderungen. Zunächst ergeht er sich in Understatement, wenn er betont: „Die Arbeitgeber engagieren sich seit langem aktiv in der Bildungspolitik.“ Sie müssten es nicht,

tun es aber trotzdem: Akt einer Uneigennützigkeit, wie sie fürs Kapital so signifikant ist.

Die BDA setzt sich ein „für eine zielgerichtete und umfassende Verbesserung der Qualität in den Schulen und Hochschulen.“ Diese Option



SZ, 18.5.02

ist nicht überraschend, schließlich wird niemand, der sich bildungspolitisch zu Wort meldet, das Gegenteil einfordern.

Wer etwas verbessern will, ist mit dem aktuellen Zustand nicht zufrieden. Nicht zufrieden ist die BDA mit „knapp 25 % der Schüler (...) (die) nicht Ausbildungsreif (sind) und (...) große Probleme beim Schreiben, Lesen und Rechnen“ haben

Ähnlich wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen erkennt der Arbeitgeberpräsident die neoliberalen „Reformen“ von Bund und Ländern „ausdrücklich“ an und dringt auf „weitere notwendige Schritte.“

Diese bestehen für ihn darin „die erfolgreichen (!) Prinzipien der Marktwirtschaft im Bildungswesen durchzusetzen.“ Zu marktwirtschaftlichen Problemlösungen hat sich kürzlich Fredmund Malik, Chef des Malik Management Zentrum St. Gallen in der SZ vom 28.2.05 ernüchternd geäußert: „Der Markt als solcher bewirkt nichts Positives und er hilft nicht, Fehler zu vermeiden. Er bestraft sie nur – aber erst, wenn sie schon passiert sind und daher eben zu spät. Das sollte gerade von Befürwortern marktwirtschaftlicher Problemlösungen klar gesehen werden.“ Dabei ist Malik ein überzeugter Marktwirtschaftler.

Hundt schlägt vor, dass Schulen und Hochschulen „im Wettbewerb ihr individuelles Profil prägen und kontinuierlich ihre Qualität überprüfen und verbessern.“ Damit dies erreicht werden kann, benennt er

zwei Voraussetzungen, nämlich die „Selbstständigkeit der Bildungseinrichtungen in finanziellen, personellen und Verwaltungsfragen“ sowie „die konsequente Entbürokratisierung.“

Ob sich D. Hundt bei seiner Forderung nach „Selbstständigkeit der Bildungseinrichtungen“ der Tragweite bewusst ist, muss bezweifelt werden. Er fordert damit nicht weniger als die Zerschlagung einer Organisationsstruktur, zu der man sich unterschiedlich positionieren kann, die aber historisch ihre Funktionalität bewiesen hat, nicht zuletzt zugunsten der Interessen der herrschenden Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft.

Am Beispiel des Schulsprengeles lassen sich die Vorteile des immer noch staatlich verantworteten und verwalteten Schulwesens aufzeigen.

Durch die Schulsprengeleinteilung weiß etwa eine Grundschule ziemlich genau, auf wie viele SchülerInnen sie sich in den kommenden Jahren einzustellen hat.

Das hat Auswirkungen auf die Räumlichkeiten, die rechtzeitig zur Verfügung stehen müssen und auf das pädagogische Personal. Die zentrale Zuweisung von Lehrkräften garantiert eine weitgehend gleiche, wenn auch nicht immer ausreichende Versorgung.

Wird diese Grundschule im Hundtschen Sinne selbstständig bzw. marktförmig, muss sie unternehmerisches Handeln entwickeln. Sie versteht sich dann als Dienstleistungsunternehmen mit einem besonderen Profil (=Angebot).

Sie verfügt über ein eigenes Budget, das ihr der Staat je nach Finanzlage des Haushalts zur Verfügung stellt. Auf dieser Grundlage stellt der Schulleiter als Unternehmer nach eigenem Gusto Personal ein und wirbt mit einem speziellen Angebot um Kunden (SchülerInnen).

Nur mit dem vom Staat zur Verfügung gestelltem Geld kann das Unternehmen Grundschule nicht wettbewerbsfähig sein, ist also gezwungen, über Sponsoring zusätzliche Gelder zu akquirieren. So wird sich die Grundschule in unmittelbarer Nähe einer BMW-Niederlassung anders entwickeln als eine Grundschule in einem sozialen Brennpunkt.

Das hat aber Hundt und sein Klientel nicht zu stören. Schließlich passiert hier nichts anderes, als dass sich die marktwirtschaftlichen Prinzipien durchsetzen. Der Staat wird auch weiterhin für eine schulische Grundversorgung garantieren, wenn auch auf wenig attraktivem Niveau. Wer es sich leisten kann, Schule auf gediegenerem Niveau zu erleben, wird eben zulegen und damit den Binnenmarkt beleben. Durch den Umbau des Schulwesens wird es Sieger und Verlierer geben, das hat aber den Verfechter des Marktrigorismus nicht zu beunruhigen. Und, seien wir uns ehrlich, die Zusammensetzung derer, die heute zu den Verlierern im Bildungswettbewerb gehören und der Kreis derer, die unter Marktbedingungen dieses Los teilen werden, dürfte sich nicht wesentlich unterscheiden. Den Status quo beschreibt PISA treffend, wenn festgestellt wird, in Bayern habe ein Kind aus einem Akademikerhaushalt gegenüber einem Kind aus einem Facharbeiterhaushalt eine 10,5 mal so große Chance, ein Gymnasium zu besuchen.

Es kann also bei einer Kritik des BDA-Bildungskonzeptes nicht darum gehen, die vorgeschlagenen „Reformen“ der Kapitalisten als Verschlechterung des Jetzt-Zustandes in düsteren Farben zu malen. Der Zustand des Bildungswesens ist vor allem in sozialer Hinsicht mehr als kritikwürdig. Ob die Vorschläge des Herrn Hundt allerdings dem Interesse des Gesamtkapitals entsprechen, muss zwar nicht unsere größte Sorge sein, sollte uns aus strategischen Gründen schon eine genauere Betrachtung wert sein.

### Sorgenkind Hauptschule

Von den verschiedenen Schularten wird in Hundts Rede nur die Hauptschule besonders thematisiert. Deren Zukunft sehe er darin, dass „alle Schüler mit ihren individuellen Stärken und Schwächen optimal gefordert und gefördert werden.“ (...) „Die wieder aufgekommene Debatte um die Schulstruktur“ sei „dagegen nicht glücklich. Denn“ – und an dieser Stelle wird der Präsident ganz tiefgründig und beinahe philosophisch – es werde „gerne übersehen, dass bei einer Auflösung der Hauptschule die Schüler nicht verschwinden.“ Das

musste ja mal gesagt werden! Nach dieser zentralen Erkenntnis addiert Hundt noch schnell ein paar Allgemeinplätze wie *Lesen, Schreiben, Rechnen(!), Kompetenzen, Werteerziehung, Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft, Kommunikations- und Teamfähigkeit, praxisnahe Berufsvorbereitung...* also alles, was der Qualifikation der Ware Arbeitskraft aus der Sicht der Abnehmer dienlich sein könnte. Der Präsident erwähnte in seiner Rede noch weitere Essentials aus dem neoliberalen Nähkästchen und hätte sich durchaus im Lichte seiner Ergüsse sonnen können, würde es da nicht bereits im eigenen Hause ganz schön rumoren.

Dieter Hundt ist nämlich nicht nur Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände. Als solcher „organisiert und moderiert er den branchen- u. regionenübergreifenden Konsens der Mitglieder. Dabei sind zum Teil Interessensunterschiede und -gegensätze zu berücksichtigen und auszugleichen.“ (aus: *Aufgaben der BDA*). Er ist auch seit 1994 Präsident der Landesvereinigung Baden – Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V.

### Schwäbische Handwerker machen Kehrtwende

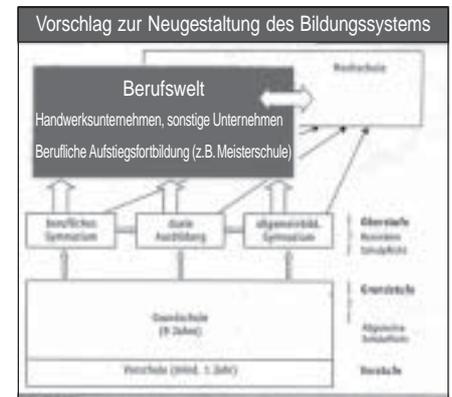
Es hat sich mittlerweile herumgesprochen: Die über Jahrzehnte und im Kern extrem unflexible Bildungsfront der Kapitalverbände hat einen tiefen Riss bekommen. Es sind die „wackeren Schwaben“, die im Baden-Württembergischer Handwerkstag (BWHT) organisierten 120 000 Handwerksbetriebe, die in der bildungspolitisch wichtigsten Frage den Konsens mit der BDA aufgekündigt haben, und das schon vor drei Jahren. Lassen wir die Leiterin der Abteilung Bildungspolitik beim BWHT selbst zu Wort kommen:

„Ihre Beobachtung ist richtig. BDA und BWHT vertreten in der Tat bei der Schulstrukturfrage unterschiedliche Positionen, die aus den unterschiedlichen Problemlagen erklärbar sind. Das Handwerk ist unmittelbar von den schlechten schulischen Leistungen betroffen, weil die Handwerksberufe am Ende der Präferenzskala der Jugendlichen rangieren. Aus diesem Grund haben sich die Handwerksorganisationen in Baden-

Württemberg mit den Ergebnissen der PISA-Studie auseinandergesetzt und haben insbesondere zwei Problemfelder identifiziert: die Leistungsdefizite und die Hierarchisierung im Schulsystem.

Um die Leistungsdefizite zu beheben und möglichst viele Schüler möglichst weit mitzunehmen, bedarf es nach Meinung des Handwerks in Baden-Württemberg einer neuen Lernkultur, die vor allem auf dem Aspekt der individuellen Förderung basiert – was im Allgemeinen nicht bestritten wird. Der BWHT geht aber in seiner Schlussfolgerung einen Schritt weiter. Wenn die individuelle Förderung ins Zentrum des Lernprozesses in der Schule gestellt und konsequent verfolgt wird, dann erscheint ihm **eine systemische Gliederung überflüssig**. Eine Überwindung der systemischen Gliederung würde auch dazu führen, dass die Jugendlichen ihre Berufswahlentscheidung nach ihren Interessen und Neigungen treffen würden und nicht nach ihrem schulischen Abschluss.“

(Ekaterina Kouli, 9.Mai 2005)



Warum das die BDA anders sieht, begründet Frau Kouli ebenso einleuchtend:

„Die BDA dagegen, die in erster Linie die Interessen von Großbetrieben vertritt, hat die Probleme des Handwerks nicht. Zwar wird es auch für Großbetriebe zunehmend schwieriger, insbesondere im gewerblich-technischen Bereich qualifizierten Nachwuchs zu bekommen, aber sie können aus der großen Nachfrage ihre Auswahl treffen.“

Nachdem der BWHT seine Kritik am gegliederten Schulsystem, untermauert mit einer Analyse der Situation und der Entwicklungsperspektiven der Hauptschule in Verbindung

mit dem Modell einer neunjährigen Basisschule (s. Abb.) als konkrete Alternative zum gegliederten Schulwesen, in die bildungspolitische Debatte eingebracht hatte, kam vor allem von GEW-Gliederungen lebhaft Zustimmung. Die regionalen Handwerksvertretungen zeigten ihre Überraschung über das klare Bekenntnis aus dem Südwesten der Republik durch Schweigen, jedenfalls sind im Internet kaum Spuren einer Debatte zu finden.

Der Deutsche Handwerkskammertag hatte in etwa zeitgleich mit dem BWHT ein „Zehn-Punkte-Programm des Deutschen Handwerks zur Schulpolitik“ veröffentlicht, in dem zwar „rasch nachhaltige Reformen des Schulsystems“ gefordert, innerhalb des „gegliederten deutschen Schulsystems“ aber lediglich eine „deutlich bessere Durchlässigkeit“ angemahnt wurde.

Und die folgende Äußerung belegt, ein Hinterfragen des Schulsystems ist nicht impliziert: „Das in Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Sonderschulen gegliederte Schulsystem verlangt(!) in fast allen Bundesländern eine Schullaufbahnentscheidung in der vierten Klasse.“

Zwar soll – wenn Financial Times Deutschland (vom 22.11.02) den Sachverhalt richtig wiedergibt – der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Dieter Philipp, den Vorstoß der B.-W. Bildungsexpertin „vorsichtig unterstützt“ und erklärt haben: „Es könnte durchaus eine Alternative sein, die Entscheidung für die Schullaufbahn auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.“ Die Äußerung war aber eher nach Innen gerichtet, um den drohenden Ausbruch eines unkontrollierbaren bildungspolitischen Konfliktes abzu blocken. Denn Herr Philipp äußerte sich zeitgleich in entgegengesetzte Richtung und scheute nicht vor Tatsachenfälschung zurück. Im Handwerks-Magazin 2/2002 wird er wie folgt zitiert: „Und PISA hat nicht zuletzt gezeigt, dass die Bestrebungen der vergangenen Jahre, über Gesamtschulen den breiten Graben zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schülern wieder zu verkleinern, nicht zu den erhofften Erfolgen geführt haben. Im Gegenteil.“ Mit solchen Aussagen werden die PISA-Ergebnisse konterkariert. Dummheit oder Böswilligkeit?

### Was fällt dem DGB dazu ein?

Anstatt verstärkt die divergierenden Interessen von Handwerk und Großindustrie ins Kalkül zu ziehen und zum Beispiel in der Frage der gemeinsamen Schule offensiv auf den Baden-Württemberger Handwerkstag zuzugehen, machte der DGB auf Bundesebene im Januar dieses Jahres mit der BDA gemeinsame Sache und ließ sich zu einer – ganz auf der Linie der BDA liegenden – Erklärung zu den Ergebnissen von „PISA II“ verleiten.

Darin wird festgestellt:

„Die Sozialpartner erkennen ausdrücklich an, dass die Kultusminister nach dem PISA-Schock 2001 mit wichtigen Reformen, beispielsweise im Bereich der Qualitätssicherung, begonnen haben. Es kommt jetzt darauf an, dass diese Reformen konsequent vorangetrieben werden.“

Beide Aussagen sind ein Schlag ins Gesicht eines jeden Gewerkschafters.

Wer nur die geringste Ahnung davon hat, was seit Jahren im Bildungsbereich unter dem Etikett „Reformen“ veranstaltet wird, müsste wissen, dass es sich um neoliberale Programme im Sinne von Privatisierung, Flexibilisierung, Deregulierung etc etc handelt.

Natürlich sind in den 10 Punkten der gemeinsamen Erklärung auch Forderungen enthalten, die unstrittig sind wie „die öffentlichen Investitionen stärker auf den Bereich der Frühförderung zu konzentrieren.“ Aussagen in dieser allgemeinen Form haben jedoch kaum Bedeutung. Jeder, der in der Bildungspolitik mitredet, unterschreibt das.

Es sind aber auch Punkte enthalten, die der DGB nicht nur nicht unterstützen dürfte, sondern entschieden bekämpfen müsste. So heißt es im Handlungsfeld 8:

„Wir brauchen die Selbstständige Schule, die genauso eigenverantwortlich über Personal- und Finanzfragen entscheiden kann wie über ihre pädagogischen Konzepte.“

Dass hier ziemlich unreflektiert der Begriff „Selbstständige Schule“ verwendet wird, muss verwundern. Denn in der bildungspolitischen Debatte gehen selbst die härtesten Befürworter der Zerschlagung des staatlichen Schulwesens öffentlich noch nicht von der Forderung nach der Selbstständigkeit, also einer vollen Autonomie der einzelnen Schule aus,

sondern verwenden lieber den besser vermittelbaren Begriff der teilautonomen Schule, was soviel bedeuten könnte, wie die stärkere Verlagerung von Entscheidungen an die Basis.

Den DGB-Kollegen, die die Erklärung zu verantworten haben, kann man Legitimerweise verschiedenes unterstellen. Eine Möglichkeit ist, dass sie das Papier nicht mitverfasst, sondern nur weitgehend ungelesen unterschrieben haben. Dann ist ihnen nur Faulheit zu unterstellen. Sollten sie aber nicht gemerkt haben, was sie da unterschreiben, weil sie die Begrifflichkeit und den gesellschaftlichen Background nicht kennen, muss ihnen Dummheit attestiert werden, vielleicht auch mangelnde Bildung. Die dritte Möglichkeit ist noch unangenehmer, weil perspektivisch die gefährlichste: Sie haben das absichtlich so formuliert.

Da gibt es aber im DGB eine Bildungsgewerkschaft, die in solchen Fragen durchaus auf der Höhe der Zeit ist, und bei der man auch hätte nachfragen können. Das scheint aber nicht üblich zu sein.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die gemeinsame Erklärung enthält in weiten Bereichen so blumige und nichtssagende Forderungen wie etwa „Der einzelne Schüler ist in den Mittelpunkt des Unterrichts und des schulischen Lebens zu stellen.“ Sie enthält weiterhin – wie eben schon ausgeführt – Forderungen aus der allgemeinen Privatisierungsdebatte und Elemente des Neuen Steuerungsmodells. Und sie weicht der einzigen relevanten Frage aus, die nach PISA mehr denn je zur Entscheidung ansteht: Selektives oder einheitliches Bildungswesen? Gegliedertes Schulsystem oder „Eine Schule für alle“? Hier scheiden sich die Geister. Würde der DGB an diesem Punkt konkret im Sinne der Beschlusslage der GEW, gäbe es derzeit keine gemeinsame Erklärung mit der BDA.

Die Arbeiterbewegung war immer für die einheitliche Schule als Fundament eines demokratischen Bildungswesens. Diese kann unter bürgerlichen Verhältnissen auf den Weg gebracht werden, wie es das Beispiel fast aller entwickelten kapitalistischen Länder belegt. Die volle Umsetzung dieses Anspruchs ist erst möglich, wenn durch die Überwindung der Klassengesellschaft die soziale Frage gelöst ist.

# NPD-Aufmarsch in Nürnberg zum 1. Mai

## Gewerkschaften und SPD bellen aber beißen nicht



**A**m 1. Mai 2005, 60 Jahre nach Kriegsende, wollte die NPD in Nürnberg ein Zeichen ihrer neuen Stärke setzen und den Gewerkschaften zeigen, wie der 1. Mai, der internationale Kampf-tag der Arbeiterklasse, den die Hitlerfaschisten in den Tag der Arbeit umgemünzt hatten, nun in einen Tag der Deutschen Arbeit verwandelt werden soll.

Ihre Kritik an Hartz IV und der Agenda 2010 und die Ablehnung der Globalisierung sind zwar ebenso einfach und platt wie eingängig aber - eben nicht ohne ein Fünkchen Wahrheit. Ein nationalsozialistischer Touch also, der ihre Parolen in manchen Gegenden auf durchaus offene Ohren treffen lässt.

Die NPD hatte hier in der Region bereits vor einigen Jahren versucht, den Gewerkschaften den 1. Mai streitig zu machen, und zwar in Fürth. Hier waren sie aber von einem breiten „Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus“, das von den Kreisverbänden der GEW und der IG-Metall initiiert und federführend gestaltet wurde, unter der Parole „keine Straße und keinen Platz den Faschisten“ in ihre Schranken verwiesen worden.

In Nürnberg, der „Stadt der Reichsparteitage“, bedeutete der Naziaufmarsch, der auf der selben Route stattfinden sollte, die der DGB traditionell einige Stunde vorher genommen hatte, eine besondere Provokation.

Dies ging den guten Demokraten von DGB, SPD, CSU(Beckstein) und offiziellen Kirchenvertretern dann doch zu weit. Unter der Überschrift „Nürnberg, bunt statt braun“ setzten sie ein Zeichen gegen den Rechtsextremismus in Form einer ganzseitigen Anzeige in den Nürnberger Nachrich-

ten. Es war der Aufruf zu einer Gegendkundgebung. Da gegen den Inhalt des Aufrufs nichts einzuwenden ist, drucken wir ihn ab:

*„Die NPD hat für den 1. Mai in Nürnberg einen Demonstration angemeldet. Die NPD ist eine rechtsextremistische Partei. Sie ist rassistisch und antisemitisch. Ihre Gefolgsleute missachten die Menschenrechte und bekämpfen Freiheit und Demokratie. Mit ihrem Aufmarsch durch die Strassen Nürnbergs knüpfen Neonazis bewusst an unselige Zeiten an. Dies ist eine ungeheure Provokation. Die rechtsradikalen Kräfte wollen den Ruf Nürnbergs beschädigen. Dies werden wir nicht zulassen.“*

*Gerade die Nürnbergerinnen und Nürnberger wissen genau, was es bedeutet, wenn Hass zur Leitlinie der Politik wird. Schon einmal haben Nazis unsere Stadt für ihre menschenverachtenden Ziele missbraucht. Am Ende war Nürnberg eine Trümmerwüste. Zigmillionen Menschen wurden Opfer des NS-Regimes. Gerade 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist diese Erinnerung besonders gegenwärtig.*

*Die Vergangenheit ist uns verpflichtende Mahnung. Wir werden weiterhin allen Anfängen wehren. Alt- und Neonazis haben in Nürnberg keinen Platz. Auch wenn der Aufzug aus rechtsstaatlichen Gründen nicht verhindert werden kann, verurteilen wir diese Umtriebe zutiefst.*

*Wir bitten deshalb alle Bürgerinnen und Bürger, ein unmissverständliches Zeichen gegen die rechtsextremistischen Absichten zu setzen.“*

Das ließ doch einiges erwarten. Sollte es sein, dass die sauberen Demokraten doch etwas aus der Geschichte gelernt haben? Schließlich steht ja auch der 72. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Zerschlagung der Gewerkschaften an. Entsprechende Äußerungen in der Aprilausgabe der Zeitschrift „metall“ lassen hoffen: *„Wir werden präsent sein, wo immer die Nazis auftauchen.“* (S. 17). Denn *„während Politik und öffentliche Meinung hilflos reagieren, haben Metal-lerinnen und Metaller längst die Gefahr erkannt. Wo die Braunen auftreten, reagieren sie mit Gegenaktionen, Aufklärung*

*und örtlichen Bündnissen. Wo die IG Metall mit ihren Partnern dagegenhält, haben die Rechten keine Chance“* (S.3).

Hier schien sich eine bedeutende Kraft herauszubilden, die den Naziaufmarsch wirklich verhindern wollte. Grund genug gab es ja gerade für Nürnberg, wie wir gelesen haben. Moralisch unterstützt fühlten sich die wackeren Demokraten auch durch die Aussage, die Bundestagspräsident W. Thierse, am 27. Januar 2005 anlässlich des nationalen Gedenktages zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus gemacht hatte: *„Wegschauen, ignorieren, schweigen, all das dürfen wir Demokraten nicht! Wir Politiker müssen diejenigen unterstützen, die sich täglich couragiert und mutig den Rechtsextremen entgegenstellen. Wir dürfen denen unsere Sprache und unsere Plätze nicht überlassen.“*

Diese Aussage hatte sich auch das „Nürnberger Bündnis gegen Rechts“ auf die Fahne geschrieben und zur Handlungsanleitung gemacht. Träger dieses Bündnisses waren u.a.: Ausländerbeirat Nürnberg; die Grünen; DIDF Nürnberg; GEW; IPPNV Nürnberg; Nürnberger Evangelisches Forum für den Frieden; Nürnberger Friedensforum; PDS; solid; VVN-BdA. Als Aufgabe hatte sich das Bündnis gesetzt, Nürnbergs Strassen und Plätze den Neonazis nicht zu überlassen.

Die Voraussetzungen waren vielversprechend und somit auch die Möglichkeit, dass „Nürnberg“ wirklich ein klares Zeichen gegen die Nazis setzen konnte.

Doch weit gefehlt.

Ihre Würde – die sollten Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen auf der 1. Maikundgebung zeigen. Dazu bestellte der DGB seine Mitglieder zur traditionellen Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus auf dem Kornmarkt ein. Kein einziges Wort über den dreisten Naziaufmarsch geschweige denn ein Aufruf, sich den braunen Horden entgegenzustellen. Wollten sie damit den Aussagen ihrer Kollegen in „metall“ Hohn sprechen?

Das Zeichen, das die wahren Demokraten der Stadt Nürnberg, der Kir-

chen und der CSU in Gestalt von Hardliner Innenminister Beckstein setzten, bestand in einer Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus in Nürnberg, weit weg von der Marschroute der NPD. Dort versammelten sich unter dem bereits angesprochenen Motto „bunt statt braun“ doch ca. 5000 Bürgerinnen und Bürger, die sonst eher nicht zur klassischen Gewerkschaftsklientel zählen. SPD Bürgermeister Maly ließ einige verbale Attacken gegen die Nazis, von denen auch einer im Nürnberger Rathaus sitzt, ab; dann hielt er es allerdings für nötig, die Teilnehmer dringlich zu bitten, seinen Nachfolger auf dem Rednerpodium nicht auszufleischen. Das war nämlich der bayerischen Innenminister Beckstein. Der zeigte der NPD nun wirklich zu welchem Verbalradikalismus ein aufrechter bayerischer CSUler in der Lage ist, wenn ihm jemand den parlamentarischen rechten Rand der Gesellschaft streitig machen will. Deshalb ist die NPD für ihn eine verfassungsfeindliche Partei, die verboten gehört.

Eine konkrete Gegenmaßnahme gegen die Braunen erwuchs aus dieser bunten Kundgebung dann tatsächlich auch noch, als OB Maly denen recht viel Vergnügen wünschte, die noch einen Sonntagsspaziergang zum venezianischen Markt machen wollten, dem Platz der NPD-Abschlusskundgebung.

Das „Nürnberger Bündnis gegen Rechts“, das bereits seit längerer Zeit Gegenmaßnahmen geplant hatte, stand nun trotz der geschilderten scheinbar guten Voraussetzungen auf einmal alleine da. Der verbalradikale Maly hatte die Verantwortlichen des Bündnisses nämlich in einem Beitrag in den NN als „linke Kleingeister“ gebranntmarkt. Diese schrecken ja bekanntlich vor nichts zurück. Nicht einmal davor, aus den Reihen der guten und wahren Demokraten auszuscheren, wenn es gegen Neonazis geht. Sie kochen sich auch hier ihr eigenes Süppchen.

Das lieferte einen willkommenen Effekt, der von der Presse gierig aufgesogen und verbreitet wurde – die messerscharfe Trennung in gute und böse Gegendemonstranten. Im Kommentar zu den Geschehnissen am 1. Mai mit der Überschrift „Nürnberg setzte erneut ein klares Zeichen gegen Nazis“ wird das ganz deutlich. Da erteilte „eine stattliche Zahl friedlicher Demonstranten in Nürnberg einer weitaus kleineren Schar von NPD-Anhängern eine Absage mit klarer Botschaft;

*anders als ein paar eher wirre „Autonome“.* Bei den „paar wirren Autonomen“ handelte es sich in Wahrheit um ca. 1.500 Demonstranten, die keineswegs nur dem autonomen Spektrum zuzuordnen waren.

Bei so geballtem massivem verbalradikalem Widerstand und der Denunziation als „Kleingeister“ aus den Reihen der Stadtoberen, des DGB und der Landespolitik taten sich die Veranstalter des „Nürnberger Bündnisses gegen Rechts“ mit der Mobilisierung zu einem Widerstand, der sich am Aufruf von W. Thierse orientierte und den Rechten eben nicht Nürnbergs Plätze überlassen wollte, natürlich schwer.

So hatten SPD und DGB bereits im Vorfeld den Protest gegen die Nazis gespalten, den schwarzen Peter dafür aber mit Hilfe der Presse dem linken Bündnis zugeschoben und somit die Tatsachen auf den Kopf gestellt.

Aber die vorweggenommene Trennung in friedliche Demonstranten und gewaltbereite wirre Autonome frei nach dem Motto wir braven Bürger wollen weder Rechts- noch Linksextreme, hatte seine Wirkung dennoch verfehlt. Die Neonazis konnten in Nürnberg nicht so aufmarschieren, wie sie es geplant hatten. Und das, obwohl der vorher von Polizei und Stadt „akribisch geplante Zeitplan“, damit sich Nazis und Gegendemonstranten ja nicht in die Quere kämen, sich schon vor Beginn des Aufmarsches als Makulatur erwies.

Im Pressedienst der Polizei liest sich das so: *„Der für 13.00 Uhr vorgesehene Abmarsch der 400 versammelten NPD-Anhänger ab Maffeiplatz verzögerte sich um 1 Stunde, weil es in der U-Bahnrohre zwischen den Bahnhöfen Hasenbuck und Frankenstraße aus noch nicht bekannten Gründen zu einer Rauchentwicklung gekommen war; was zu einer Streckensperre führte. Evtl. war ein technischer Defekt ursächlich. Verletzt wurde niemand. Da zwischenzeitlich der Maffeiplatz blockiert wurde, begann die NPD mit ihrem Auftakt erst am Aufseßplatz. Nach einer Zwischenkundgebung am Celtisplatz wurde die Wegstrecke im Bereich des Hauptbahnhofes erneut blockiert und Einsatzkräfte wurden mit Gegenständen beworfen. Polizeikräfte konnten die Situation mit Pfefferspray und unter Einsatz des Schlagstockes als Abwehrhilfe bereinigen.“* (aus der Polizeipresseerklärung).

Ganz so harmlos, wie es die Polizei in ihrem Pressebericht darstellte, war das Ganze dann doch nicht. Das

gigantische Aufgebot an Polizistinnen und Polizisten, teils in martialisch wirkenden schwarzen Kampfanzügen oder gepolsterten grünen Schutzuniformen, zielte durchaus darauf ab, die in ihrer Hauptsache friedlichen Demonstranten einzuschüchtern. Bei Versuchen, für die Faschisten die Straße frei zu machen und die Blockade der Demokraten zu durchbrechen, kam es auf Grund laufender Provokationen von Seiten der Polizei, die mit äußerster Härte hinlängte, wenn jemand nicht schnell genug aus dem Weg kam, immer wieder zu Übergriffen. Dabei wurden „Gefangene“ teilweise gleich von mehreren Polizisten mit brutaler Gewalt zu Boden gepresst, mit Kabelbindern gefesselt und beim Abführen auf die Polizeiwache regelrecht zur Schau gestellt und vorgeführt. Den besonnenen Reaktionen der Demonstranten, die hierbei auch wieder ihre Friedfertigkeit unter Beweis stellten ist es zu verdanken, dass es zu keinen größeren Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt kam.

An der Sitzblockade vor dem Bahnhof waren auch einige örtliche Gewerkschaftsfunktionäre beteiligt, sowie Thomas Händel (IGM, WASG) eine grüne Stadträtin aus Fürth, ein SPD-Bezirkstagmitglied und Horst Schmitthener vom Vorstand der IG Metall. Dieser erklärte einer Reporterin des bayerischen Rundfunks auf ihre Frage hin, warum er denn hier sei und nicht bei der eigentlichen Kundgebung des DGB vor dem Gewerkschaftshaus, dass bei einer solchen Provokation durch die Neonazis am 1. Mai alle Formen des Widerstands ausgelotet und angewandt werden müssten. Er habe für sich bewusst diese Form des Widerstands gewählt. Solche Gewerkschaftsfunktionäre aus den Führungsetagen des DGB und der Einzelgewerkschaften, die nicht nur reden, verdienen unsern Respekt. Leider sind sie dort nur noch mit der Lupe zu finden.

Nürnberg hat wiederum gezeigt, dass die staatstragenden Kräfte sich zwar in ihren Reden radikal mit den Neonazis auseinandersetzen, doch wenn es darauf ankommt, ihnen wirklichen Widerstand entgegenzusetzen, zeigen sie, dass sie aus der Geschichte nichts gelernt haben – oder nichts haben lernen wollen. (vgl. hierzu *Arbeiterstimme* Nr. 132: *„mayday-mayday! Die Gewerkschaften gehen – die Faschisten kommen“*)

# „Leverkusen II“

Im Januar 2004 fand in Leverkusen eine Konferenz der Marx-Engels-Stiftung statt, die maßgeblich von DKP-Kreisen um Robert Steigerwald in Zusammenarbeit mit Menschen aus der SOZ wie Manuel Kellner und Angela Klein initiiert worden war. Der Grund hierfür war u.a., einen Diskussionsprozeß und evtl. eine Annäherung (auch durch persönliches Kennenlernen) von politischen Strömungen der revolutionären Linken zu erreichen, die sich in der Vergangenheit distanziert bis feindlich gegenübergestanden hatten, unter den neuen Gegebenheiten des weltweiten Kapitalismus in unserem Land.

Der Teilnehmerkreis umfaßte die oben geschilderten Gruppierungen sowie Genossen von Arbeiterpolitik, Arbeiterstimme und aus dem Marxistischen Forum der PDS. Unter dem Blickwinkel der geschilderten Zielsetzung war die Konferenz durchaus als Erfolg zu werten. Die angestrebte Fortsetzung des in gang gesetzten Prozesses kam nach div. Koordinationsschwierigkeiten (ausufernder Teilnehmerkreis; ausufernde Thematiken; Stringenz der Planung) schließlich in Form einer erneut in Leverkusen stattfindenden Konferenz zustande; der Einfachheit halber wird sie hier „Leverkusen II“ genannt.

Leverkusen II fand am 12. und 13. März 2005, wie die Konferenz im Vorjahr, in Räumlichkeiten der DKP, nämlich im Karl-Liebknecht-Haus in Leverkusen, statt. Der Kreis der Teilnehmer hatte sich zahlenmäßig, nämlich von 18 im Vorjahr auf heuer 29, aber auch im Umfang des politischen Spektrums erweitert: Den größten Anteil stellte, wie im Vorjahr, die DKP bzw. deren Kreis um Robert Steigerwald. Auffallend war aber, daß bis auf Steigerwald selbst und Hans Peter Brenner dessen Zusammensetzung personell eine völlig andere war als im Vorjahr: Waren damals mehr die „theoretischen Kreise“ anwesend (Polikeit, Kapluck, Judick, Gerns), so waren es diesmal Menschen aus dem Gewerkschaftsbereich (Gobrecht, Knecht, Wunderlich), was natürlich **auch** der anderen Thematik geschuldet war. Auffallend war weiter, daß

im Gegensatz zum Vorjahr in der UZ auf die Konferenz nicht einmal hingewiesen wurde (was von Steigerwald kritisch angemerkt wurde).

Des weiteren waren wieder Teilnehmer aus der „Traditionslinie der KPO“ anwesend, von den Gruppen Arbeiterpolitik und Arbeiterstimme, aber auch vom Marxistischen Forum Sachsen bei der PDS. (Hans-Joachim Krusch ist ja leider kurz nach der letztjährigen Konferenz verstorben und hat eine große Lücke hinterlassen.) Auch hier waren ein paar neue Gesichter zu sehen. Es waren, wie im Vorjahr, eine größere Anzahl Genossinnen und Genossen von der Sozialistischen Zeitung da. (Angela Klein konnte wegen Erkrankung nicht teilnehmen.) Neu im Kreis der Teilnehmer war eine Genossin der feministischen Marxistinnen, ein Genosse der Vereinigten Linken (aus der geringen kritischen Konkursmasse der DDR) sowie Genossinnen und Genossen von Autonomen, die ihren Hintergrund bei der DKP haben. Ferner waren interessierte Einzelgenossen anwesend (und, wie bereits im vergangenen Jahr, zwei Redaktionsmitglieder der „jungen welt“).

Zum Leitmotto hatte man erkorren: *„Zur Zeit scheinen wir vor einem Novum der deutschen Geschichte zu stehen: Es gibt mehr Sozialisten und Kommunisten außerhalb als innerhalb kommunistischer oder sozialistischer Parteien.“*

Die Diskussionspunkte sollten sein: Zustand der Klasse / Stärkung von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln / Politische Parteien und politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse / Gewerkschaftsfragen – Geschichte, Gegenwart und Zukunft / Dialog und Kooperation der marxistischen Linken.

Aus Witterungsgründen (Schneesturm bei der Anreise) habe ich den Anfang der Tagung verpaßt. Ich geriet mitten in die Diskussion über das für und wider einer Mitarbeit bei der WASG, was kontrovers diskutiert wurde. Vor allem von Leuten von der SOZ, aber auch Einzelnen aus der DKP wurde diese als die im jetzigen Zeitpunkt wichtigste Aufgabe für Linke angesehen, da hier ein breiterer Kreis von Menschen an-

sprechbar sei, an die man sonst nicht herankomme, (wobei aber kaum Illusionen über Wesen und Möglichkeiten der WASG vorhanden waren).

Beim Blick auf das vorgesehene Programm war mir der Punkt „*Stärkung von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln – Gegenmachtstrategien*“ ins Auge gestochen. Er unterstellt zumindest unterschwellig, als ließe sich Klassenbewußtsein willentlich und durch (neue, bessere?) Strategien hervorrufen, beeinflussen, stärken. (Im Umkehrschluß folgte daraus, die derzeitige Lage beruhe – auch – auf mangelndem Willen und/oder falschen oder fehlenden Strategien.) In der Absicht, solchen Auffassungen entgegenzutreten und auch, um nochmals auf den desaströsen Zustand des Bewußtseins der Arbeiterklasse und damit der Bedingungen für die revolutionäre Linke hinzuweisen (was immer noch nicht genug in den Hirnen der Handelnden angekommen ist und deshalb immer noch wiederholt werden muß! – wie die jetzige Debatte um und das Verhalten zu und in der WASG leider wieder unter Beweis stellt), gestaltete ich meinen Vor-

Anzeige



Rechte in den Parlamenten  
Vom rechten Rand der CDU bis zur NPD in Sachsen



Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: aib@nadir.org  
web: www.nadir.org/aib

Einzel exemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

trag (der nachfolgend abgedruckt ist). Kritisch wurde dazu z.B. angemerkt, daß die Feststellungen über die früher gegebene Einheitlichkeit, etwa bei den Lebensbedingungen, der Arbeiterklasse nur für die klassische Industriearbeiterschaft zuträfen, nicht aber für andere Gruppen der Arbeiterklasse zur damaligen Zeit, beispielsweise im Bereich des Handwerks.

Anschließend wurde von einem Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik die Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, namentlich seit dem II. Weltkrieg, dargestellt. Die darauf folgende Diskussion lief teilweise sehr emotional ab, z.T. auch, weil auf Punkte reagiert wurde, die so nicht gesagt worden waren. Die Hinweise auf den Zustand der Klasse und die Hintergründe wurden nach meinem Eindruck, auch allgemein auf der Konferenz, zumindest rhetorisch, stärker und ernsthafter als im Vorjahr wahrgenommen.

In der Diskussion zum Zustand der Klasse und ihren Ursachen wurde (aus Reihen der DKP) angeführt, das falsche Bewußtsein (Siegesebweußtsein, Geschichtsautomatismus) mußte der rasch wachsenden Arbeiterklasse eingepfropft werden („*Das steht schon bei den Klassikern.*“) Das „*Uns gehört die Zukunft*“ könne die Kampfbereitschaft wecken, könne sie aber auch (als Folge eines daraus folgenden Fatalismus) stoppen. Mängel in der Aneignung des Marxismus durch die Arbeiterbewegung wurden beklagt. (Heißt das, daß die Arbeiterbewegung per se marxistisch ist?, d. Verf.) Auf dem Feld des Parlamentarismus habe sie große Erfolge erzielt; seit 1914 hätte sich aber eine Niederlage an die andere gereiht. Das Verschwinden des Milieus, die Aufgabe der Presse (wegen des Antifaschismus) wurden benannt. (...) „*Durch den Kalten Krieg (bereits 1944!) war die Position der Kommunisten nur an der Seite der SU.*“ Titoisten und Westemigranten rauszuwerfen, wurde als „*Notwendigkeit*“ begründet. Andererseits wurde die de facto linksradikale Politik dieser Zeit als falsch und eine der Ursachen für die Schwierigkeiten von heute dargestellt. (vom selben Diskutanten!?) Es wurde darauf hingewiesen, die DKP sei die Partei der deutschen Kultur gewesen. (Das einzige „Gegenargument“ der Künstler, die DKP sei keine hiesige Partei, stimme

aber nicht, denn: „*Sie ist immer noch da!*“) Es wurde bedauernd festgestellt, die anwesenden Strömungen stammten aus den gleichen Wurzeln, aus denen aber Getrenntes geworden sei. Andererseits wurde aber auch vorgebracht: „*Unser Hauptproblem ist, wie wir mit den Folgen des Zusammenbruchs des Ostblocks fertig werden!*“

Beim Gespräch über den Niedergang der bundesdeutschen Gewerkschaften wurde auf den Rückgang von 12 auf 7 Millionen Mitglieder hingewiesen. Die Steigerung der Produktivität gehe einher mit der Schwächung der Gewerkschaften. Die Stärke in den 50er Jahren sei nicht erkämpft gewesen, sondern von der Besatzungsmacht installiert (um den deutschen Kapitalismus nicht zu mächtig werden zu lassen und um ihn als potentiellen Konkurrenten in Schach zu halten). Dem wurde entgegengehalten, ob nicht (in der französischen Zone) vielmehr die Gewerkschaften *gegen* die Besatzungsmächte standen. Der unterschiedliche Umgang der damaligen KPD mit den Reparationen in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in den Westzonen wurde kontrovers diskutiert: Dem Argument, die jeweils Betroffenen hätten gleichermaßen unter den Maßnahmen der jeweiligen Besatzer zu leiden gehabt, wurde erwidert, die Maßnahmen hätten gesellschaftlich jeweils einen anderen Charakter gehabt; außerdem sei die Anpassung an die Besatzungsmacht in der SBZ richtig gewesen, „*weil es die historisch fortschrittliche Kraft war.*“ Heute sei die Frage: „*Wie kriegen wir die Gewerkschaften dazu, daß sie wieder kämpfen? Wir müssen marxistische Forderungen in die Kämpfe hineinbringen!*“ – Gebe es einen Radikalisierungsprozeß oder würden die Gewerkschaften zum Dienstleister fürs Kapital? Es wurde für einen gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften in Europa plädiert (mit der Zielrichtung: Können die Sozialstandards gewahrt werden?). Die Zusammenarbeit der ver.di-Linken mit Österreich wurde als positives Beispiel herausgestellt. – Die Globalisierung sei schuld an den Problemen der Gewerkschaft; man müsse die Linke in den Gewerkschaften unterstützen.

Am Abend wurde dann ein Papier „*Marxistischen Dialog um Zukunft der Bewegung weiterführen*“ vorgelegt,

das im Rahmen des vorgesehenen Programmpunktes „*Dialog und Kooperation der marxistischen Linken*“ entstanden war und von einem breiten Personenkreis verfaßt wurde. Leider kam eine am Thema bleibende Diskussion nicht zustande, da ein Teilnehmer einen Punkt aus dem Papier aus dem Zusammenhang riß, der *so* nicht gemeint und formuliert war. Es handelte sich um die Feststellung, daß im Rahmen des Bedenkens der und Nachdenkens über die Lage für die marxistische Linke in der BRD sich auch in der entsprechenden geschichtlichen Situation die Frage nach einer marxistischen Partei mit Masseneinfluß stellt. Dies wurde von dem Teilnehmer allerdings allein als Angriff auf die DPK aufgefaßt und entsprechend angegriffen (was wiederum bei Teilen des Verfasserkreises zu ziemlichen Frustrationen führte).

Am nächsten Tag stand der Punkt „*Politische Parteien und politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse - Marxistische Partei und Räte, ihr Verhältnis zueinander*“ auf dem Programm. Nach einer allgemeinen Einführung zum Thema von Ekkehard Lieberam referierten Hans-Peter Brenner und Manuel Kellner zum Thema „*Marxistisch-leninistische Parteitheorie und die Rolle des Rätensystems*“, abschließend dann Gisela Notz zum Thema „*Kommunale Lebens- und Arbeitsformen*“.

Ekkehard Lieberam untersuchte als Kernfrage die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse. Er kam bei der Betrachtung der Verhältnisse in der BRD zu dem Schluß, die Realität verhalte sich „*diametral zu dem Problem, dem wir uns stellen*“ Die Situation sei wie bei Marx 1850. Es gebe aber zwei wesentliche Unterschiede: es gebe keine kämpfende Arbeiterklasse und es gebe ein funktionierendes System der Absicherung des bestehenden Systems! Er stellte die Entwicklung der kommunistischen Partei im Nachkriegs(west)deutschland dar: zunächst gab es Masseneinfluß, dann Wahlverluste, dann das Verbot. Dann kam die Errichtung der DKP – nicht als Ausfluß des Willens der Arbeiterklasse! Die heutigen Kleinparteien seien wichtig, als Kristallisationskerne bei der Herausbildung einer neuen Arbeiterpartei. Die PDS unterliege der Integrationskraft des bestehenden Par-

teiensystems. Er schilderte die soziale Polarisierung, die tendentiell zur politischen Polarisierung wird. Die Klasse benötige dringend eine Partei als politische Kraft. Diese ist in seinen Augen nicht in Sicht; er hält aber allein die Diskussion darüber für sehr wichtig. Eine Sozialstaatspartei zur Lösung der sozialen Probleme der arbeitenden Bevölkerung hält er als Zwischenlösung für vorstellbar; er sieht Chancen für eine Linkspartei bei Wahlen unter den gegebenen Systemvorsetzungen.

Die folgenden drei Referate wurden dann im Block gehalten, einmal wegen des thematischen Zusammenhangs, aber auch, weil langsam die Zeit knapp wurde: Hans-Peter Brenner behandelte die Partei und das Räteystem unter historischen Gesichtspunkten. Er stellte die theoretische Frage nach der Räte-Macht der praktischen Frage gegenüber: Wie kann die Arbeiterklasse ihrer Rolle bewußt gemacht werden? Die Räte seien keine Theorie der Gründergeneration gewesen, sondern eine praktische Frage angesichts der drei Revolutionen (1905, Oktoberrevolution, 1918). Die Gefahr des Mißbrauchs/der Umfunktionierung stufte er als sehr groß ein; er erwähnte schlechte Erfahrungen der Bolschewiki mit dem Räteystem. Die Partei ist (nach Lenin) die Vorhut; sie organisiert den einheitlichen Willen (des bewußten Teils) der Klasse. Wichtig bei der Betrachtung der Räte seien die jeweiligen historischen Bedingungen. Keine breite Zustimmung in der Zuhörerschaft fand der Referent allerdings, wie er selbst schon erwartet hatte, mit seiner Schlußfeststellung, die DPK stehe in ungebrochener Kontinuität der KPD als „**die**“ kommunistische Partei in Deutschland. Sie sei immer eine Massenpartei gewesen, bei den Massen verankert, auch in Zeiten des Verbots und der Illegalität. (Sie sei z.B. federführend bei der Kampagne gegen die Wiederbewaffnung gewesen, sie habe die Studentenbewegung hervorgerufen und die Friedensbewegung.) Es gebe also bereits **die** kommunistische Partei in der BRD, eine (Neu-) Gründung sei daher nicht notwendig.

Manuel Kellner hatte in seinem Koreferat dann eine etwas andere Sicht in Hinblick auf die Frage der Räte: Er sieht sie, nach Mandel, als

Instrument des Kampfes der Arbeiter gegen das Kapital. Sie verträten alle Schichten z.B. einer Region und stellten eine völlig neue Form der Machtausübung dar. Er sieht die Tendenz, daß entfremdete Formen der Herrschaft von Menschen über Menschen dadurch aufgehoben werden. „*Räte heißt, daß die Arbeiter tatsächlich die Kontrolle über ihren Betrieb übernehmen.*“ Er ist der Auffassung, dies sei heute viel einfacher zu organisieren als in historischen Zeiten. Ferner stellte der Referent die Pluralität von politischen Parteien als unverzichtbar notwendig für sozialistische Demokratie dar. In seinen Augen sind die Beratungen über den Haushalt in (der brasilianischen Stadt) Porto Allegre ein positives Beispiel hierfür, auch er sieht dies aber als Experiment im Rahmen der bürgerlichen Verhältnisse.

Als letzte referierte Gisela Notz dann über „*Kommunen*“ im weitesten Sinne, d.h. über „*kommunitäre Lebens- und Arbeitsformen*“. Sie schilderte kurz die mögliche Bandbreite gemeinschaftlicher Lebensformen, von reinen Zweckgemeinschaften, etwa, um Geld zu sparen, über auch religiöse Ansätze bis zu „Aussteigern“ aus der Gesellschaft. Alternative Lebensformen sieht sie nicht als Ausweg, sondern als Fenster im kapitalistischen System (in eine herrschaftsfreie Welt). „*Wohngemeinschaften von Sozialisten, um sozialistische Gesellschaftsformen zu praktizieren und auch Kampfformen zu lernen*“ Sie seien Widerspiegelungen von Suchbewegungen und Versuche, „*im hier und jetzt mit dem Leben zu beginnen.*“ Alle haben darin gleiche Rechte und Pflichten; sie sind die radikalste Form von selbstverwaltetem Leben und Arbeiten! Nachdem die Referentin die Wurzeln in anarchistischen und sozialistischen Bewegungen darstellte, von Gustav Landauer (Er wandte sich gegen die sozialistische Geduld: „*Mit dem richtigen Leben im Falschen beginnen!*“) bis zum Anarchosyndikalisten Rudolf Rocker nach dem I. Weltkrieg. Den interessanten Aspekt für Sozialisten sieht sie in den kollektiven Besitzstrukturen; kollektive Entscheidungsstrukturen förderten sozialistisches Bewußtsein. Kommunitäre Lebens- und Arbeitsformen beruhen auf dem Konsensprinzip; sie sind gegen jede Form von Herrschaft gerichtet (also auch gegen Räte!). Nach ihrer Mei-

nung müßten Kommunen eigentlich unterstützt werden, auch **innerhalb** des Systems, denn sie befinden sich in keiner Abhängigkeit vom Sozialstaat usw.

In der wenigen noch verbliebenen Zeit bis zur Abreise der Konferenzteilnehmer konnten die vielfältigen Aspekte, die sich aus den Referaten ergeben hatten, und die unterschiedlichen Sichtweisen nur noch kurz angesprochen werden. Das Papier über die Notwendigkeit eines marxistischen Dialogs wurde einer Arbeitsgruppe übergeben, nachdem kurzzeitig einer großzügigen Ausweitung des anzusprechenden Kreises das Wort geredet worden war.

Als Resümee der Veranstaltung ergibt sich für mich, daß auf jeden Fall der im Vorjahr aufgenommene Dialog fortgesetzt werden sollte. Aus dem im Vorjahr (so geplanten?) hintereinander Anhören der verschiedenen Standpunkte ist mehr ein miteinander Reden geworden; persönliche Kontakte erfüllen den Prozeß auch tatsächlich „mit Leben“! Der beteiligte Kreis sollte aber nur sehr behutsam erweitert werden, nicht, um andere auszuschließen, sondern um Zeit zu lassen, „*zusammenwachsen*“ zu lassen, „*was zusammengehört*“. Eine mehr oder weniger wahllose Erweiterung des angesprochenen Spektrums würde mindestens zu einer Verwässerung, wenn nicht zu einer Verunmöglichung des angestoßenen Prozesses führen! In der derzeitigen Niedergangphase der sozialistischen Strömungen in unserem Land (und in den entwickelten kapitalistischen Ländern allgemein) ist ein derartiges Treffen, ein begonnener Diskussionsprozeß zwischen Gruppierungen und Menschen der revolutionären Linken, der in dieser Form vor nicht allzu langer Zeit nicht vorstellbar gewesen wäre, eine der wenigen positiven Erscheinungen, die wir nicht gefährden sollten. Dabei sollte auch nicht übersehen werden, daß bei der Unterschiedlichkeit und Verschiedenheit der beteiligten Gruppen auch die Kapazitäten, vor allem in personeller Hinsicht, aber auch die Ausrichtungen und Gewichtungen, verschieden sind. Wir leben in keiner „Kampfzeit“, wo es auf schnelle Entscheidungen ankommt; wir sollten daher die Chance, die ein solcher Prozeß bietet, nutzen!

# Zum Thema: „Zustand der Klasse und Ursachen“

(Das Referat wurde in Leverkusen vorgetragen unter dem Titel: „Zum Thema: Stärkung von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln“)

Ich muß gleich vorausschicken, daß ich wenig (positives) zum Thema „Stärkung von Klassenbewußtsein“ vortragen werde und mich mehr mit dem ersten Themenblock „Zustand der Klasse“ beschäftigen werde. Das hat aber seine Gründe:

Nicht das Stärken von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln kann das Thema sein – zumindest nicht, solange nicht realisiert wird, auf welchem Punkt das Klassenbewußtsein angekommen ist – nämlich auf einem Tiefpunkt. Es geht zunächst nicht darum, „richtige Rezepte“ zu finden, um das Klassenhandeln voranzutreiben (Stichwort: „Gegenmachtstrategien“), weil nicht „Rezepte“ zu richtigem/besserem Klassenhandeln führen (also: nicht der Mangel an „Rezepten“ oder „Strategien“ oder der mangelnde Wille, sie anzuwenden / der mangelnde Einsatz ist der „Fehler“) vielmehr muß erst eine ehrliche Bestandsaufnahme und Analyse des Zustands der Klasse und des Klassenbewußtseins erfolgen – daran mangelt es häufig!

Genausowenig, wie es richtig ist, vom „Ende der Arbeiterklasse“ zu reden, ist es richtig, so zu tun, als bestünde die „alte“, „klassische“ Arbeiterklasse noch so wie etwa in der Weimarer Zeit oder gar im 19. Jhd.

Man muß/Wir müssen erst den Wandel realisieren, der stattgefunden hat, um dann **daraus** seine Schlüsse ziehen zu können. (Erst dann kann man „auch“ über „Rezepte“ oder „Gegenmachtstrategien“ reden!)

Art und Gründe des Wandels:

Nach meiner Auffassung stellen sich die beiden Hauptursachen wie folgt dar:

1.) Es gibt **keine einheitliche Klasse mehr**

Eine Aufsplitterung in viele „Schichten“ hat stattgefunden. Gründe hierfür sind einmal die Auflösung der früheren gemeinsamen und einheitlichen Lebensverhältnisse (gemeinsame Wohnviertel und Wohnverhältnisse, Kultur, Arbeitersport usw.); auf der anderen Seite die Diversifizierung in den verschiedenen Branchen. (So

verstehen sich als ein Beispiel Beschäftigte in der neu entstandenen Elektronikbranche überwiegend gar nicht mehr als abhängig Beschäftigte.) „Arbeitsplatzbesitzer“ werden gegen „Arbeitslose“ ausgespielt und lassen sich auch ausspielen. (z.T. mit Hilfe der Gewerkschaften).

Der Wandel des Bewußtseins, der sich hierin ausdrückt, ist in den letzten Jahrzehnten erfolgt durch

- a) die (materielle) gesellschaftliche Entwicklung in den Industrieländern seit dem II. Weltkrieg
- b) in Deutschland als Sonderfaktor durch die lange Zeit andauernde stetige Aufwärtsentwicklung, die damals zum Glauben an einen krisenfreien Kapitalismus führte (Man denke an die erste Wirtschaftskrise unter Erhard mit 100.000 Arbeitslosen, die geradezu einen Schock auslöste).

Dies führte unter anderem dazu, daß die Illusion, Teil des Ganzen zu sein (im Sinne von gleichberechtigt Dazugehören), sich so massiv ausbreiten konnte.\*

Es waren genug materielle Mittel da (Systemauseinandersetzung!), um die „Masse“ zu saturieren und den (gewonnenen) Eindruck zu verstärken, im überlegenen System zu leben und diesem anzugehören (dazuzugehören/s.o.).

Dadurch verschwand das reformistische Bewußtsein (das zunächst vorherrschend war) fast völlig. Diese Entwicklung schlägt sich nieder in der Veränderung der SPD (die keine „Sozialdemokratie“ im klassischen Sinne mehr ist); sie versteht sich nicht nur nicht mehr als Vertreter der Arbeiterinteressen, sie will nicht einmal mehr eine „soziale Demokratie“ sein und auch der Gewerkschaften (die diese Veränderung nicht realisieren wollen oder können, sondern zu einer - schlechteren - Versicherungsgesellschaft werden wollen).

- 2.) Es findet ferner ein **Wandel in der Struktur des Kapitalismus** selbst statt (neue Technologien/weg von

der klassischen Produktion in den entwickelten kapitalistischen Ländern; Entwicklung der Produktion [„Industrialisierung“] und neuer Produktivkräfte in bisher nicht oder nur in wenigen Teilbereichen kapitalistisch entwickelten Ländern [Stichwort „Globalisierung“]).

Dieser Wandel aber ist unter dem Gesichtspunkt kapitalistischer Gesetzmäßigkeit „normal“ und hat in ähnlicher Form schon des öfteren stattgefunden (Dampfmaschine/Elektrifizierung/Fließband usw.)\*\*

Diese beiden Hauptfaktoren (die Veränderungen in der Klasse und die Veränderungen im Kapitalismus, die natürlich auch wechselweise aufeinander einwirken – wo bliebe sonst die Dialektik?) müssen wir erst einmal wirklich zur Kenntnis nehmen (und sich setzen lassen), damit wir daraus unsere Schlüsse ziehen können.

Es nützt nichts, so zu tun, als ginge alles „wie gewohnt“ weiter, d.h. die alten Einschätzungen, Klassenverhältnisse usw. gälten unverändert weiter und man müsse sich nur anstrengen und sich bessere Rezepte ausdenken bzw. diese umsetzen, dann komme alles schon wieder ins Laufen. Schönreden nützt nichts, es

\* Das heißt aber auch, daß wir diese Tatsache berücksichtigen müssen: *Wollen wir weiter borniert die Interessen der deutschen „Arbeitsplatzbesitzer“ (oder: der westeuropäischen) verteidigen oder wollen wir den Kapitalismus weltweit sehen, wie er ist - wollen wir also einen internationalistischen Standpunkt einnehmen?*

\*\* Ein Wandel im Auftreten und in der Wirkungsweise des Kapitalismus findet aber nicht nur „in der Fläche“, d.h. in der räumlichen Ausbreitung und Durchdringung, sondern auch „in die Tiefe“ statt, d.h. die Durchdringung des Lebens jedes Einzelnen durch den Kapitalismus bis in letzte Verästelungen des Privatlebens (eine völlig neue Qualität im Auftreten dieses Gesellschaftssystems!) - auch darauf müssen Antworten gefunden werden.

schadet im Endeffekt viel mehr, weil es zur Desillusionierung führen muß (Beispiel WASG)

In anderen Worten: \*\*\*

„Auch wenn wir uns wiederholen, so können wir nicht darauf verzichten, erneut hervorzuheben, daß der Zustand einer marxistischen Organisation (...) nicht allein vom Können und Wollen ihrer Akteure abhängt und von ihren politischen Aussagen und Analysen. Die Lage unserer Gruppe, wie die anderer sozialistischer Organisationen, wird zutiefst bestimmt vom politischen Geschehen im eigenen Land und in der Welt. Gerade das Kräfteverhältnis im Weltklassenkampf war stets für sozialistische Parteien und Gruppen von großer Bedeutung. Nach dem Untergang der Realsozialistischen Länder ist es mit diesem Kräfteverhältnis nicht nur schlecht, sondern miserabel bestellt. Selbst die nichtkommunistische Arbeiterbewegung und die antikommunistischen Gewerkschaften sehen sich nun nahezu ohnmächtig einer Übermacht des Kapitals gegenüber. Der Preis der Ware Arbeitskraft sank dramatisch, angesichts einer Reservearmee von Millionen Arbeitslosen und der Strukturkrisen des Kapitalismus. So können sich die zunehmenden Widersprüche des Kapitalismus und die wachsende soziale Kluft nicht zu der Entstehung einer neuen Klassenbewegung verdichten. Ohne das Aufkommen einer solchen Bewegung und daraus hervorgehender Klassenkämpfe bleibt sozialistischen Kernen der Lebenssaft abgeschnitten. Das läßt sich im Wesentlichen auch nicht durch Willenskraft und Aktivität verhindern. Insofern sind alle sozialistischen Kräfte in unserem Land - und darüber hinaus - auf absehbare Zeit Auszehrungsprozessen unterworfen.“

„Von zwei Seiten her sind deshalb kommunistische Gruppen und Parteien in den Industriestaaten in der Zange: Ohne eine Bewegung an der Basis kann es für sie keinen Zuwachs und keinen Aufschwung geben. Dazu kommt der biologische Abgangsprozeß durch Alterung und Ausscheiden ehemaliger Kader. Die Schrumpfung ist also vorläufig nicht aufzuhalten.“

„Der Niedergang der deutschen Arbeiterbewegung hat seine objektive Ursache in den Veränderungen der letzten fünfzig Jahre. Der Aufstieg des Kapitalis-

mus nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg war phänomenal; er war auf eine fortlaufende und gewaltige Erhöhung der Produktivität zurückzuführen, auf eine technologische Revolution ohnegleichen. Eine tiefgreifende Veränderung des subjektiven Faktors - der Arbeiterklasse - war das Ergebnis. Die rasante Entwicklung der Produktivkräfte wälzte die Sozialstrukturen um, mit der Folge einer Differenzierung und Aufspaltung der Arbeitswelt. Die Zahl der Produktionsarbeiter und -arbeiterinnen sank dramatisch. Der soziale Aufstieg der Lohnarbeiter in dieser Konjunkturperiode führte zu einer erheblichen Verbesserung des Lebensstandards. Damit wurde das Klassenbewußtsein weitgehend vernichtet. An seine Stelle traten kleinbürgerliches Bewußtsein und konservatives Verhalten. Auch der Arbeiter hatte nun etwas zu verlieren. Mit dem Abtritt der noch in Traditionen verwurzelten alten Generationen schwand auch das Geschichtsbewußtsein. Dem Einfluß der im Besitz des (...) Kapitals befindlichen bürgerlichen Medien war somit Tür und Tor geöffnet. Heute stehen die breiten Massen unter dem ungeheuren Druck einer Reservearmee von (...) fünf Millionen Arbeitslosen und unter der Drohung der Unternehmer, ihre Betriebe in ärmere Länder mit Dumpinglöhnen zu verlegen. Die Angst um den Arbeitsplatz überlagert alles andere. Der Wert der Ware Arbeitskraft befindet sich im Sinkflug; dies lähmt den Widerstand. Egoismus, Individualismus und Konsumdenken verdrängen solidarischen Handeln. Das Entstehen sozialer Bewegungen wird so erschwert. Die von der herrschenden Klasse bestimmten Medien sorgen für Konformität und für die Diskreditierung jeglicher Alternativansätze.“

„Die Gewerkschaften“ schließlich sind als Ganzes (...) „immer weniger als politisch bewußte Arbeiterbewegung einzustufen. Außerdem geht es ihnen personell wie den linken Gruppen: Nach dem Abtreten der alten Kader erfolgt kaum Ersatz durch politisch bewußte Jüngere. Der biologische Prozeß wird dadurch zum Schrumpfungsprozeß (...), der irgendwann im Nichts enden kann, es sei denn, große politische Brüche ermöglichten einen neuen Aufstieg der revolutionären Kräfte. Bis dahin durchzuhalten, marxistische Kerne zu bewahren, ist ein, wenn auch bescheidenes, Ziel unserer Gruppe. Dazu gehört“ (als unabdingbare notwendige Voraussetzung), „daß bis zu einem erhofften neuen Aufschwung Widerstand und soziale Bewegung nicht

völlig erlöschen. Wir haben immer den Zusammenhang zwischen dem Wiederaufschwung des Klassenkampfes und dem Wiederaufstieg sozialistischer Kräfte mit dem Anschwellen gesellschaftlicher Bewegungen betont.“

„Nun hat es gerade“ in den letzten Jahren (...) „Bewegungen gegeben, die man so und in diesem Umfang nicht erwartet hätte. Da war die sogenannte «Antiglobalisierungsbewegung», die einen beachtlichen Aufschwung auch unter jungen Menschen verzeichnete. Sie hat inzwischen ihren Massencharakter verloren, konnte sich aber als Gruppennetzwerk unter der Führung von attac halten. Die Mehrzahl ihrer Anhänger waren jedoch Globalisierungskritiker, nicht Globalisierungsfeinde. Insofern war damit im Allgemeinen auch nicht der Schritt vorwärts zum Klassenbewußtsein verbunden.“

„Die Vorbereitung der USA zum Aggressionskrieg gegen den Irak hatte in Deutschland große Empörung ausgelöst. Sie mündete in einer breiten Protestbewegung mit großen Antikriegsdemonstrationen. Besonders die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern war bemerkenswert. Nach dem Beginn des Krieges und bei der Ergebnislosigkeit des Protests ist diese Massenbewegung wieder in sich zusammengefallen. Ihr Charakter war vor allem ein pazifistisch-moralischer, nicht ganz frei von nationalistischen Tendenzen. Klassenspezifische Einsichten entstanden daraus nicht.“

„Das soziale Abbauprogramm und die Umschichtung von Unten nach Oben - und das gerade von einer sozialdemokratisch geführten Regierung - stieß mit der Durchführung der Agenda 2010 auf breiten Widerstand. Großdemonstrationen entstanden, mit und auch ohne Gewerkschaftsunterstützung. Die Schröder-Regierung ließ auch diese großen Kundgebungen ins Leere laufen. Die Gewerkschaftsführer hielten sich wegen ihrer SPD-Bindung zurück und in der Erkenntnis, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder für einen sich ausweitenden Kampf nicht zu mobilisieren war. Aufgrund ihrer Ergebnislosigkeit ist auch diese Bewegung wieder versackt.“

„Das trifft sich auch mit dem Umwandlungsprozeß in der SPD nach rechts, der dort Resignation hervorrief, aber auf überraschend wenig Widerstand stieß. Die sozialen Proteste gehen weiter, auch in den Betrieben, doch enden sie in mehr oder weniger großen Niederlagen, wie z.B. Daimler-Chrysler oder Opel zeigen.“

\*\*\* Ab hier Auszüge aus „Arbeiterstimme“ Winter 2003 und Winter 2004 (Nr. 142 und 146)

(...)

„Auch die Montagsdemonstrationen haben im Allgemeinen nichts systemkritisches, antikapitalistisches und weiterführendes enthalten, was“ genauso „auf die anderen sog. Einpunktbewegungen zutrifft, die bereits benannt wurden. In Einzelfällen mag es neue Anknüpfungspunkte gegeben haben. So richtig es einerseits ist, daß es ohne Bewegung keine Veränderungen geben kann, so hat es

sich andererseits aber auch erwiesen, daß **nur Klassenbewegungen, die zu neuen Klassenkämpfen führen, die Linken aus ihrer Isolation befreien könn(t)en.**“

„Insofern konnten für die revolutionären Gruppen aus den vorgenannten Bewegungen kaum neue Möglichkeiten entstehen.“ Ein „Zuwachs bleibt so weiter abgeschnitten. Das ist die Misere: Stagnation bedeutet naturgemäß weite-

ren Niedergang, personell und politisch. In dieser Situation sind wir weiterhin; das kennzeichnet auch die Mängel und Schwierigkeiten der“ revolutionären Linken.

In dieser Situation „drängt sich wie von selbst die Notwendigkeit zur besseren Zusammenarbeit unter linken Gruppen auf. Das gilt allgemein, aber gerade auch dort, wo sich kommunistische Gruppen nahestehen.“

## CDU-Geissler: Unser Wirtschaftssystem ist pervers, Christentum mit Kapitalismus absolut unvereinbar! - Wo bleibt der Aufschrei?

Würdigung von Er- und Bekenntnissen des Ex-CDU-Generalsekretärs Heiner Geissler in seinem Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 12. März 2005. Gegeben anlässlich des Jahrestreffens der Katholiken in Stuttgart, wo er für seine offenen Worte gefeiert wurde.

Vor knapp vier Monaten erfuhr die Öffentlichkeit von einem Wutanfall des Ex-CDU-Generalsekretärs. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlichte ihn in ihrer Nummer 47/2004 unter der Überschrift „Wo bleibt Euer Aufschrei?“ Untertitel: „In der globalen Wirtschaft herrscht die pure Anarchie. Die Gier zerfrisst den Herrschern ihre Gehirne“. Seither geisselt er als heftiger Kritiker des „modernen Kapitalismus“ und des massiven Sozialabbaus durch die Medien. In seinem Wutanfall paarten sich als späte Erkenntnisse berechnete Anklagen mit Halbwahrheiten und irreführenden Alternativvorschlägen.

Über den neuesten Stand seiner Wut informierte er in dem Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 12. März 2005. Dass ihn auch darin auf seine alten Tage wieder die Erinnerung an die bei ihm offenbar lange verschüttete katholische Soziallehre bewegt, ist unverkennbar. Ob sie für ihn nur ein seinem schlechten Gewissen angemessenes politisch-ideologisches Halteseil bei versuchter tätiger Reue ist, muss hier offenbleiben.

### Wieso sind Christentum und Kapitalismus jetzt absolut unvereinbar?

Wir erfahren des Heiner Geissler Erkenntnisse über den heutigen Kapitalismus. Zum Beispiel antwortet er auf die Frage: „Sind denn Christentum und Kapitalismus in einer globalisierten Wirtschaftswelt unvereinbar?“ wörtlich: „Sie sind absolut unver-

einbar. Denn der moderne Kapitalismus maßt sich an, über die Menschen zu herrschen. Der Börsenwert eines Unternehmens steigt um so höher, je mehr Leute entlassen und in ihrer wirtschaftlichen Existenz vernichtet werden. Ein solches Wirtschaftssystem ist pervers.“

Wie wahr! Geissler fügt noch hinzu: „Das Kapital hat den Menschen zu dienen – und nicht umgekehrt.“ Hinter diesem Satz verbirgt sich allerdings ein Gesellschaftsbild, an das er selber glauben mag, auf jeden Fall aber anderen einreden möchte. Er gibt dem Wort Kapital einen neuen begrifflichen Inhalt. Er trennt es einfach von der Realität. Es ist für ihn kein gesellschaftliches Verhältnis. Er trennt es von den Menschen und erklärt es damit zu einem Gegenstand, z. B. Maschinen, Geld etc. Er trennt es von seinen Eigentümern, denen es in jedem Fall dient. Sie lassen die Nichteigentümer an ihrem Kapital für sich arbeiten, indem sie deren Arbeitskraft kaufen, die dadurch – nur die Arbeitskraft nicht die Arbeiter! – Teil des Kapitals wird. Ohne diese Arbeitskraft wirft Kapital keinen Profit ab, auch den nicht, der zum Beispiel als Spekulationsgewinn in Erscheinung tritt. Das Kapital dient eben nur seinen Eigentümern, insbesondere der Teil des Kapitals, der als Arbeitskraft den Mehrwert und damit den Profit für den Kapitaleigentümer schafft.

Diesen wesentlichen Zusammenhang verschleiert Geissler, indem er alle Menschen gleichermaßen dem Kapital gegenüberstellt, als Kapitalismus nur gelten lässt, wenn angeblich „die Menschen“, also alle Menschen,

dem Kapital dienen. Wobei er natürlich weiß, dass Kapitalismus dort ist, wo die wichtigsten Produktionsmittel hauptsächlich privaten Eigentümern gehört und die große Mehrzahl der Menschen, um zu leben, ihre Arbeitskraft an sie verkaufen muss. Er hat doch in der zum 100. Jahrestag der Enzyklika „Rerum novarum“ Leos des XIII., dem Grundsatzprogramm der katholischen Soziallehre, 1991 erlassenen Enzyklika „Centesimus annos“ von Johannes Paul II. erneut lesen können, dass die „neue Form des Eigentums, das Kapital“, neues soziales Unrecht geschaffen hat durch die Verwandlung „der Arbeit zu einer Ware, die frei auf dem Markt gekauft und verkauft werden“ kann, „einzig und allein bestimmt von der Leistung im Blick auf die Steigerung des Profits“.

### Im Sonderangebot: Geisslers Dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus

Mit Hilfe seines Tricks allerdings gibt es für Geissler erst bei der jetzigen Globalisierung Kapitalismus, jenen eben, der mit dem Christentum unvereinbar sei. All die vergangenen Jahrhunderte waren nach seiner Logik Nicht-Kapitalismus. Erst recht nicht die „soziale Marktwirtschaft“. Geissler propagiert sie daher als Alternative zur heutigen neoliberalen Globalisierung. Sie sei genau das Richtige. Der Kommunismus sei nichts und der Kapitalismus ebenfalls. Er präsentiert sie – wie schon viel gescheiterte Erfinder vor ihm – als Variante

eines segensreichen Dritten Weges zwischen den beiden konträren Gesellschaftssystemen.

Dementsprechend ein Dialog. Die Stuttgarter Zeitung fragt, anknüpfend an seine These, dass jetzt die Menschen dem Kapital dienen müssten - und nicht umgekehrt: „*Seit wann läuft diese Entwicklung auseinander? Nach 1945 wurden unser Wirtschaftswunder und Wohlfahrtsstaat in einem kapitalistischen System aufgebaut.*“ Geisslers Antwort: „*Nein, nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Wirtschaftswunder auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft aufgebaut worden. Und die ist nicht identisch mit dem Kapitalismus.*“

Um die Aussage zu vermeiden, dass die Nachkriegsentwicklung samt der „sozialen Marktwirtschaft“ von der kapitalistischen und der geschichtlichen Realität des Kriegsergebnisses bestimmt war, verlegt Geissler ihre Entstehung auf die Ebene einer Theorie und Ideologie, die über den Realitäten schwebt. Er sagt das so: Die soziale Marktwirtschaft „*war ein Bündnis des Ordoliberalismus (der Verfechter eines geordneten Wettbewerbs, F.P.) der Freiburger Schule, der katholischen Soziallehre und der evangelischen Soziallehre und hatte ein ethisches Fundament. Sie kannte vor allem den geordneten Wettbewerb (...) Die Ökonomie und auch die globalisierten Unternehmen entziehen sich diesem Ordnungsrahmen.*“

### Ohne „kalten Krieg“ keine „soziale Marktwirtschaft“

Zunächst: Die Realität wird also ausgeklammert. Das betrifft sowohl die Anklagen gegen das kapitalistische System, dessen Wirtschaftsführer im Zweiten Weltkrieg eine herausragende kriminelle Rolle als Komplizen des deutschen, des Nazi-Faschismus spielten, als auch das Wetteifern der bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie um einen sozialistischen oder zumindest sehr sozialen Anstrich. Es sei nur an das Ahlener Programm der CDU oder an des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumachers „*Sozialismus als Tagesaufgabe*“ erinnert. Es galt doch zu verhindern, dass sozialistische und kommunistische Ideen auf Westdeutschland übergreifen. So wurde vor allem das kapitalistische Eigentum der Konzerne und Banken

erfolgreich gegen Enteignungstendenzen und -beschlüsse erfolgreich verteidigt. Dem schlossen sich aus gleichem Grund von der Arbeiterbewegung leichter erkämpfte soziale Zugeständnisse sowie Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen bis hin zur 35-Stunden-Woche an.

So entstand ein als „soziale Marktwirtschaft“ getarnter – im Vergleich zu heute – „Kapitalismus light“, ein Kapitalismus mit sozialen Zugeständnissen, der aber gar nichts am privaten Eigentum des Großkapitals an den meisten und entscheidenden Produktionsmitteln änderte. Dies nur zur Klarstellung von Geisslers zweckorientierter Märchenversion über sein Zustandekommen. Das von ihm genannte Bündnis war nur ein Teil der politisch-ideologischen Abteilung der Kampffront gegen den Kommunismus. Das tatsächlich zugrunde liegende Bündnis war das des deutschen Großkapitals und seiner Regierungen mit den westlichen Besatzungsmächten, Westdeutschland zu einem Schaufenster, einem Bollwerk und einem Rammbock gegen den Osten zu entwickeln. Marshallplan und Roll-back-Strategie zeugen davon.

### Wer ist nun schuld am jetzigen „perversen Wirtschaftssystem“? Nur die Transnationalen Konzerne?

Es geht um die Antwort auf die noch offen gebliebene Frage, seit wann denn „*diese Entwicklung auseinanderläuft*“, also die „soziale Marktwirtschaft“ demontiert wurde? Dazu Geissler: „*Der Shareholder-Value (sinngemäß: die Kapitaleigner-Profitgier, F.P.) hat die soziale Marktwirtschaft verdrängt. Dieser schleichende Prozess vollzog sich in den vergangenen 20 bis 25 Jahren.*“ In dieser Zeit also wurde ihr „*Ordnungsrahmen*“ durchlöchert und „*verdrängt*“. Doch wer tat dies? Geissler kennt und verrät die Schuldigen: „*Weltweit spielen über 40.000 transnationale Unternehmen aller Größenordnungen ihre Beschäftigten und die Staaten gegeneinander aus. Sie drohen mit Kapitalflucht und erpressen Steuersenkungen und Subventionen oder fordern Lohndumping und verlagern die Arbeitsplätze ins Ausland. Die globalisierte Ökonomie ist eine Welt der Anarchie, an der normale Unternehmen genauso partizipieren wie Drogendealer und Terroristen.*“

Gewiss. Die Transnationalen Konzerne erpressen die Regierungen schwächerer Länder, wenn sich die nicht kaufen lassen, oder liquidieren sie mit Hilfe völkerrechtswidriger Angriffskriege wie denen gegen Jugoslawien, Afghanistan oder den Irak. Aber sie müssen nur höchst selten ihre eigenen Regierungen erpressen. Es sind ja solche, deren Parteien sie stets sponsern und deren Führungsmannschaften sie kaufen, wie bei uns zu Lande von CDU/CSU und FDP bis hin zu SPD und Grünen. Mit Hilfe solcher Regierungen haben sie Schritt für Schritt durch internationale Verträge, vom ursprünglichen GATT bis schließlich zur Welthandelsorganisation (WTO), die am 1. 1. 1995 in Kraft trat, und zu Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), das heutige, von Geissler als „*pervers*“ und „*Welt der Anarchie*“ bezeichnete Wirtschaftssystem geschaffen.

Geissler möchte mit all dem nichts zu tun haben, was nach seinen Worten vor 20 bis 25 Jahren eingeleitet wurde. Vor 20 bis 25 Jahren? Das war doch in den Jahren 1980 bis 1985. Wer hat denn damals in der BRD regiert. Das war vor allem die Regierung Kohl-Genscher, die, natürlich anknüpfend an die von den Vorgängerregierungen Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt und Genscher geschaffenen Grundlagen, das perverse Wirtschaftssystem des Neoliberalismus zur Blüte und Entfaltung brachte. Es war doch die von der CDU geführte Bundesregierung zu deren Generalsekretären Heiner Geissler zählte. Für die CDU war er fast vier Jahrzehnte in Bundestag und zwischen durch auch Bundesminister. Sie amtierte in den von Geissler genannten entscheidenden Jahren „*des Verdrängens der sozialen Marktwirtschaft durch den Kapitalismus*“, nämlich von 1982 bis 1998. Die Regierung Schröder-Fischer ist diesen neoliberalen Weg Hand in Hand mit den Transnationalen Konzernen und den anderen hoch entwickelten Industrieländern wie Frankreich, England und den USA, rücksichtslos gegenüber der davon immer massiver betroffenen Bevölkerungsmehrheit, weitergegangen.

Jetzt aber versucht er seine Hände, und die der ganzen CDU, in Unschuld zu waschen. Er und sie ist also nach seiner Version nicht gekauft, sondern bloß „*von den Transnationalen*“

Konzernen erpresst worden“. Immerhin räumt er, für den jetzt Christentum und Kapitalismus unvereinbar sind, damit ein, dass diese Entwicklung weder ein Naturgesetz noch gottgewollt ist. Die Normen dieses Wirtschaftssystem zu ändern sei jetzt Aufgabe der Politik. „Die Politik“ müsse „wieder den Führungsanspruch anmelden“. Dieser späten Erkenntnis fügt Geissler in dem Interview einen, wie von Attac oder anderen Gegnern des Neoliberalismus abbeschriebenen Wunschkatalog dessen an, was alles nötig wäre. Von einer „Fusionskontrolle und Kartellgesetzgebung“ bis zu einer „internationalen Banken- und Börsenaufsicht“ und einer „internationalen Spekulationssteuer“. Und dass „internationale Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation“ demokratisiert werden müssten. Und „wir bräuchten“ in Zukunft „einen Weltstaat, eine Weltregierung, die es eines Tages geben“ werde. Aber noch würden „die Exzesse der Globalisierung als gottgegeben hingenommen“. Dabei hantiert er mit Keynes, bezeichnet die nicht gottgewollte Globalisierung schließlich als „unvermeidlich“ aber behauptet irreführend, man könne sie unter kapitalistischen Bedingungen doch „human gestalten“.

### Kein Wort, welche Kräfte das „perverse Wirtschaftssystem“ ändern sollen

Wer jedoch, abgesehen von zahlreichen abwegigen, die zum Teil durchaus richtigen Vorstellungen und Forderungen verwirklichen soll, dazu natürlich kein Wort. Also auch nicht darüber, welche gesellschaftlichen Kräfte dies bewerkstelligen könnten, und wie und auf welchen Ebenen das Ablaufen sollte, zum Beispiel überwiegend im nationalstaatlichen Rahmen bei solidarischer Vernetzung der agierenden fortschrittlichen, demokratischen und antimonopolistischen Kräfte. Von seiner eigenen CDU, die „das christliche Menschenbild als Grundlage der Politik“ habe, erwartet er kaum etwas: „Man muss ganz klar sagen, dass die CDU sich zurzeit sehr schwer tut, diesen Anspruch zu erfüllen. Auch sie ist in dem Mainstream“ (der Haupt- oder Moderichtung, F.P.), dessen falsche aber „gängige Formel lautet: An der gan-

zen Wirtschaftsmisere ist der überbordenden Sozialstaat schuld“.

An einen gemeinsamen Kampf für soziale Gerechtigkeit, für die Umverteilung von Einkommen und Vermögen endlich von oben nach unten, und dies an der Seite der Gewerkschaften, der sozialen außerparlamentarischen Bewegungen oder gar von sozialistischen oder kommunistischen Parteien, wagt er wohl nicht einmal zu denken, geschweige es zu sagen. Schon gar nicht, dass die Macht der nach seiner richtigen Einsicht am pervertierten Kapitalismus Hauptschuldigen, die der Transnationalen Konzerne gebrochen und eine antimonopolistische Regierung erkämpft werden muss. Da begnügt er sich lieber mit harscher Kritik an den Zuständen und vertröstet auf die „Wiederauferstehung“ eines, unter den heutigen Bedingungen der USA-dominierten unipolaren Welt nicht wieder schaffbaren, als „soziale Marktwirtschaft“ idealisierten Kapitalismus. Trotzdem wäre es vorstellbar, entweder getrennt oder mit ihm zusammen jenes aktuelle Teilstück des Weges zu gehen, auf dem der Volksmehrheit die Notwendigkeit des Widerstands gegen die Transnationalen Konzerne, deren Herrschern – nach Geisslers Worten – „die Gier ihre Gehirne zerfrisst“, vermittelt und bewusst wird.

Vielleicht hilft ihm da ein Blick auf Johannes XXIII., der in seiner Amtszeit 1958-63 wiederholt die Zusammenarbeit von Christen und Athe-

isten bei der Durchsetzung des sozialen Fortschritts empfohlen hat. Und ein Blick in die Enzyklika von Johannes Paul II. „*Laborem exercens*“ von 1981. Darin billigt er den Klassenkampf, „wenn dieser als Kampf für die soziale Gerechtigkeit verstanden wird“ und sich „der Aktionen der Gewalt und des gegenseitigen Hasses enthält“, womit wohl nicht Streiks und Protestdemonstrationen gemeint waren. Zumindest solche Aktionen sind heute längst fällig und verdienen massenhafte Unterstützung.

Friedrich Pospiech

### Anmerkung der Redaktion:

Der Autor Friedrich Pospiech zeigt am Ende seines Artikels die Aufgaben auf, gegen die herrschende neoliberale Politik zu kämpfen und sich grundsätzlich gegen das kapitalistische System zu wenden. Jedoch seiner Forderung nach einer „antimonopolistischen Regierung“ können wir nicht folgen. Eine solche Politik – abgesehen davon, dass sie überhaupt nicht in Sicht ist – schliesse ein Bündnis mit der Bourgeoisie ein. Wir halten das für eine Illusion, da über alle Interessengegensätzen hinweg für alle Teile der Bourgeoisie das Weiterbestehen des kapitalistischen Systems entscheidend sein wird und demnach ihr politisches Handeln bestimmt; zumal das internationale Groß- und Finanzkapital eine immer größer Rolle spielt

Anzeige

## WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

„Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbote erhalten, vor Gericht gestellt oder zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe e.V. den von der Reaktion Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (§2 der Satzung der Roten Hilfe e.V.)

### ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Tel.: 0551 - 770 80 08  
(Di. & Do. 15<sup>00</sup> - 20<sup>00</sup> Uhr)  
Fax: 0551 - 770 80 09  
bundesvorstand@rote-hilfe.de  
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Kontonummer: 19 11 00 - 462  
BLZ: 440 100 46  
Postbank Dortmund

**SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!**

# Aus für traditionsreichen Verpackungsmittelhersteller in Göttingen

**Am Mittwoch dem 11.05.05 war es so weit. Gerüchte und Hinweise auf die Schließung des traditionsreichen Verpackungsmittelherstellers in Göttingen, mit immerhin noch 500 Beschäftigten, fanden ihre Bestätigung.**

**Nachdem bereits Ende April drei Manager des finnischen Konzerns Huhtamaki in Göttingen tagten schien die Schließung des Werkes beschlossen. Die im Hof wartenden Beschäftigten aus Früh-, Spät- und Nachtschicht, welche spontan die Arbeit niedergelegt hatten, ließ man jedoch im Unklaren.**

Huhtamaki Göttingen ist eines von insgesamt vier Werken der Huhtamaki Deutschland GmbH & Co. KG., mit insgesamt ca. 2700 Beschäftigten. Zwar gilt Huhtamaki Deutschland GmbH als der weltweit größte Profitbringer des Konzerns, aber da „das Ergebnis in Göttingen seit mehreren Jahren negativ ist“ so Frank Dlubis, Interims-Leiter in Göttingen „können wir mit unseren Kosten, so wie heute nicht überleben“. Göttingen habe ein Struktur- und Logistikproblem.

Laut dem Betriebsratsvorsitzenden von Huhtamaki Göttingen Walter Stelzel resultierten diese negativen Zahlen allerdings aus Managementfehlern und fehlenden Investitionen im Göttinger Werk. Die unterlassenen Investitionen in neue Technologien und Rationalisierung wurden lange Zeit durch einige Entlassungen ergänzt.

Durch Arbeitszeitverlängerung von 38 auf 40 Stunden pro Woche und den Abbau übertariflicher Leistungen wollte der vorletzte Geschäftsführer Thomas Wahlmeyer 5,1 Millionen Euro einsparen. Zu diesem Zweck wurde eine Gruppe Beschäftigter zur Sammlung von Unterschriften durch die Werkshallen geschickt, welche diese Verschlechterungen gegen den Willen des Betriebsrates unterstützen sollten. Als dies nicht gelang, verließ Herr Wahlmeyer das sinkende Schiff.

Trotz der Bereitwilligkeit der Arbeitnehmer bei Huhtamaki zu flexibleren Arbeitszeiten, selbst an Wochenenden und ihrer hohen Qualifikation, schrieb das Göttinger Werk rote Zahlen. Auch eine Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in Höhe von 2 Millionen Euro wurde von der Konzernspitze dankend entgegengenommen, konnte jedoch letztlich die Schließung des Werkes nicht abwenden.

So stellt sich die Frage, ob nicht getätigte Investitionen und somit der Untergang des Göttinger Werkes möglicherweise bilanzpolitische Gründe des finnischen Konzerns zum Hintergrund hatte.

Nach der Bekanntgabe der Schließung verließen 500 aufgebrachte Beschäftigte das Werk und schlossen sich mit bereits wartenden Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe und der Gewerkschaften zu einem Demonstrationzug in die Göttinger Innenstadt zusammen. Auf der Abschlusskundgebung beklagt Stelzel, dass vom Management begangene Fehler zu Lasten der Beschäftigten gingen. Auch der BCE-Gewerkschaftssekretär Peter Winkelmann sprach von einer Misswirtschaft des Managements, auf welche man dieses schon in der Vergangenheit hingewiesen habe. Die Art der finnischen Konzernleitung, mit dem Göttinger Werk umzugehen, schlug dem Fass den Boden aus, kalt und erbarmungslos würden die Beschäftigten zum bloßen Kostenfaktor degradiert.

Auch der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, Jürgen Danielowski (CDU) fühlte sich bemüßigt seine Solidarität mit den Betroffenen zu bekunden, ob dieses daran lag, dass ihm der Betriebsratsvorsitzende von Huhtamaki Göttingen, Walter Stelzel in seiner Rede zum 1. Mai mangelndes Engagement in dieser Angelegenheit vorwarf, sei dahin gestellt. Danielowski warf der finnischen Werksleitung Stillosigkeit vor, da diese auf ein Schreiben seinerseits im April 2005 nicht reagiert habe. Er

sicherte den Betroffenen die Unterstützung und Solidarität der ganzen Stadt zu. Ebenso reichlich spät wie der Oberbürgermeister, legte der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Oppermann sein politisches Gewicht in die Waagschale. Er appellierte an das Verantwortungsbewusstsein des Managements zu sozialem Handeln und berief sich dabei auf Artikel 14 Absatz zwei des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“. Zwischenrufe wurden laut, dass die SPD das Recht die rote Fahne vor sich herzutragen doch längst verwirkt habe.

Solidaritätsbekundungen kamen auch von Delegierten des Göttinger Klinikums, der Göttinger Firma Sartorius und dem Unternehmen „Haendler und Natermann“ aus Hann. Münden.

Der Betriebsratsvorsitzende der Firma Sartorius sagte, dass die Väter des Grundgesetzes sich die Anwendung durch die aktuelle Politik sicher anders vorgestellt hätten, eine Errungenschaft der Nachkriegszeit würde so in Frage gestellt und selbst die schwer erkämpfte Mitbestimmung würde durch neoliberales Geschwätz untergraben.

Ein aktiver verdi-Kollege wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass Göttingen kein Einzelfall sei, Entlassungen seien bundesweit an der Tagesordnung. (siehe Kasten)

Um ein kurzes Statement gebeten, sagte der Betriebsratsvorsitzende von Huhtamaki Göttingen Walter Stelzel, dass die Belegschaft durch die deutschen Kultur geprägt und daher weder besonders streikerfahren noch kampferprobt sei, sie aber heute eindrucksvoll bewiesen habe, dass sie trotzdem kämpfen könne und Zitat „(...) ich hoffe, dass das so weiter geht!“

Stelzel's Hoffnung erfüllte sich nicht. Der DGB-Regionsvorsitzende Martin Gertenbach initiierte eine Soli-Veranstaltung, dazu gedacht Vorschläge für eine weitere Unterstützung der Huhtamaki-Belegschaft zu machen. Von den ca. 30 anwesenden Personen, vorwiegend Gewerkschaft-

ter, kamen Vorschläge zu weiteren Protestaktionen, mit der Belegschaft selbst sei allerdings nicht mehr zu rechnen, so Walter Stelzel. Nachdem es zweimal gelungen war die Belegschaft zu motivieren, beschränkte sich deren Anliegen nun darauf die Entlassung mit einer möglichst hohen Abfindung hinter sich zu bringen.

Dies zeigt einmal mehr wie ohnmächtig die Beschäftigten sich gegenüber den Konzernen fühlen. Laut Stelzel ginge es nun darum einen vernünftigen Sozialplan auszuarbeiten und durchzusetzen, viele Kollegen freuen sich schon darauf, ihre Abfindung in beispielsweise einen „A4“ umzusetzen. Hier zeigt sich, wie wenig die

noch in Lohn und Brot stehenden über Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld 1 und 2 und die Folgen wissen.

Trotz einiger Vorschläge und viele Solidaritätsbekundungen bleibt es dabei, kein Streik, kein Kampf, sondern Hinnehmen der Schließung und Hoffen auf einen sogenannten vernünftigen Sozialplan.

Gö., am 11.05.05

## Rede eines verdi-Kollegen während der Demonstration der Belegschaft am Göttinger historischen Rathaus:

Was aktuell hier in Göttingen bei einem traditionsreichen Betrieb für Verpackungen abläuft, geschieht auch anderswo. So oder ähnlich. Ich habe nochmals den Wirtschaftsteil einer überregionalen Zeitung, der „Frankfurter Rundschau“ durchgeblättert. Nur die letzten zehn Tage. Das muss man sich notieren, das lässt sich nicht einfach so merken.

Also FR vom 30. April: Linde-Kältetechnik, 2600 Beschäftigte in Deutschland. 1300 von denen werden nicht mehr gebraucht, allein 880 (im Namen liegt Bedeutung) in Mainz-Kostheim. FR vom 03. Mai: Firma DBV-Winterthur, Versicherungswesen. Bei 3700 Beschäftigten in Deutschland, meint man bis 2007 mit 550 weniger auszukommen. Lohn- und sonstige Kostenersparnis 60 Millionen Euro.

Ebenso am 03. Mai: Die Norddeutsche Landesbank unterhält jetzt 9050 Beschäftigungsverhältnisse. Nachdem es 2004 bereits 500 weniger wurden. Angesagt ist weitere „Verschlankung“, erst mal bis 2008. Bis dahin weitere 1200 Jobs weniger. Sogenannte Ersparnis dadurch in 2005: 60 Millionen Euro. Der Gewinn stieg an seit 2004 von 14 auf etwa 50 Millionen Euro.

FR vom 06. Mai: IBM Europa, unterhält 100 000 Stellen. 8000 davon sollen wegfallen, in Deutschland davon etwa 2500. Drei Spalten weiter: Bosch-Siemens-Haushaltsgeräte. Seit 50 Jahren Waschmaschinenfertigung in Berlin-Spandau. Einstellen der Fertigung. 600 Arbeitsplätze weg. Wohin mit den Leuten?

Und was geschieht nun mit den Beschäftigten aus dem Göttinger Betrieb für Verpackungsmaterial? Ehemals sogar an die tausend Beschäftigte, inzwischen auf 500 ausgedünnt. Was bedeutet das nicht nur für den Einzelnen, ihre Familien, ihre Lebensführung? Vom unmittelbaren Nachfrageausfall in der Region will ich gar nicht reden. Diese 500 Beschäftigten erhalten aus ihrer monatlichen Wertschöpfung eine Lohnsumme zurück von mehr als einer Million Euro. Was bedeutet das allein für die Zuflüsse in die Sozialkassen, auf die wir alle angewiesen sind? Nur bei diesem Betrieb sind das an die 400 000 Euro monatlich für Rentenversicherung, AOK Niedersachsen, Erwerbslosenunterstützung, die da überwiesen werden. Und mindestens 100 000 Euro Lohnsteuer, der Bundeskanzler und seine Minister brauchen ja auch Gehälter.

Wo soll das hinführen, hier und woanders? Immer mehr Beschäftigte, die ja arbeitsfähig sind und arbeiten wollen, werden hier schachmatt gesetzt. Damit aber auch eine noch funktionierende Gesellschaft. Doch wer genauer hinschaut – wie das niedergeht sieht man in den Seitenstraßen, an den blinden Glasfassaden leerstehender Geschäfte.

Was hat das mit Demokratie zu tun, wenn von irgendwelchen Finanzfonds eingesetzte Vorstandsfürsten, unsere modernen absoluten Herrscher, ganze Belegschaften zu Tausenden, ja Hunderttausenden sozial degradieren, nur um die Firmenbilanz zu pushen? Hauptsächlich,

möglichst hohe Rendite für die Anteilseigner! Die dann noch mehr Firmen brauchen, um sie finanziell auszusaugen! Wenn wir hier im Arbeits- und Wirtschaftsleben keinen tatsächlichen Einfluss der Belegschaften auf die Geschäftspolitik bekommen, eine wirksame demokratische Kontrolle der Betriebe durch die Belegschaften, was blüht uns dann? Sollen diejenigen, die schließlich die Arbeit machen, dem tatenlos zusehen? Stellt euch nur vor, wie das hier in fünf Jahren aussieht, wenn das so weitergeht. Deindustrialisierung heißt Verelendung immer weiterer Teile der Gesellschaft mit allen Folgen. Angst, Aggression. Jeder irgendwie gegen jeden. Das neoliberale Paradies. Dabei gibt es genug zu tun. Aber dann muss das, was eine Gesellschaft zum guten Leben braucht, einmal in Rechnung gestellt werden zum gesamten Arbeitsaufwand, den das erfordert. Das zu berechnen und die notwendige Arbeit bei hoher Produktivität entsprechend auf alle Beschäftigten nach Können und Wollen aufzuteilen, das soll nicht funktionieren? Man kann das auch Planwirtschaft nennen. Ein schlimmes Wort, ein Schreckenswort für Geldhaie und Absahner. Aber für die, die vom Einbringen ihrer Arbeitsleistung in die arbeitsteilige Gesellschaft leben und eine Zukunft haben wollen – nüchtern betrachtet – ein sehr moderner Gedanke.

# Leserbrief

In der letzten „**Arbeiterstimme**“ Nr. 147, S. 13 ff.) berichtet Manfred Behrend von der Kölner Montagsdemo am 24. 1. 2005, wo ein Redner angesichts der „*Selbstliquidierung*“ der Gewerkschaften eine Neugründung „*in sehr kurzer Zeit planen und angehen*“ will.

Manfred Behrend stimmt zu:

„*Der Verbleib in einer Organisation mit Schröder-Sommer-Kurs ist sinnlos geworden, da sie nur Kapitalbelange vertritt. Der in Köln gewiesene Weg könnte sich als gangbar erweisen.*“

Ich denke, dass die Redaktion der „**Arbeiterstimme**“ ihren Lesern zu dieser These eine Erklärung schuldig ist.

Drei Fragen habe ich:

1. Entspricht diese These auch dem begründeten oder wenigstens begründbaren Urteil der Redaktion oder gibt sie nur eine Stimmung wider, die angesichts der gewerkschaftlichen Niederlagen wohl jeden Linken ab und zu beschleicht?
2. Gibt es in Deutschland eine nennenswerte Anzahl von Gewerkschaftern und Funktionären, die gegenüber Michael Sommers Kapitulationskurs nicht nur resignieren, sondern auch revoltieren und ernsthaft an eine Neugründung denken? Lässt sich diese Minderheit von Gewerkschaftern in Prozent- oder wenigstens in Promille-Zahlen schätzen? Oder ist die Rede von der Neugründung nur hohle Propaganda, geboren aus Ohnmacht und Zorn?
3. Sollen Marxisten überhaupt die Neugründung von kampfbereiten Gewerkschaften und damit die Abspaltung vom DGB erwägen, selbst wenn sehr starke Kräfte unter den Arbeitnehmern dazu drängen? Oder sollen sie ihren Traditionen entsprechend Fraktionsarbeit *in* den bestehenden Gewerkschaften unterstützen, damit sie *dort* das Co-Management von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären mit dem

Kapital kritisieren und bekämpfen können?

In diesem Zusammenhang möchte ich an die KPO-Plattform vom Dezember 1930 erinnern. Auch wenn es verdammt lang her ist, muss es deswegen nicht falsch sein (und umgekehrt auch nicht richtig sein, nur weil es die KPO geschrieben hat):

„*FRAGE: Haben die Kommunisten jederzeit für die Einheit der Gewerkschaften zu wirken und warum?*“

*ANTWORT: Ja, und zwar deshalb, weil jede Spaltung der Gewerkschaften den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter und letzten Endes auch ihren politischen Kampf schwächt. Falls den Reformisten die Spaltung einer Gewerkschaft oder der Gewerkschaften eines ganzen Landes gelungen ist, sind die Kommunisten erst recht verpflichtet, für die Einheit der Gewerkschaften einzutreten.*“

*Mit solidarischem Gruß*

### **Anmerkungen der Redaktion:**

Unser ständiger Autor Manfred Behrend hat in der letzten **Arbeiterstimme** (Nr. 147) in seinem Artikel „*Neoliberaler Kurs und neofaschistische Gefahr*“ auf den Seite 13/14 über eine Kölner Montagsdemonstration berichtet. Ein zurecht aufgebrachter Teilnehmer forderte die Gewerkschaftsführung auf, anstelle eines Kurses der „*Selbstliquidierung*“ kämpferisch gegen den Sozialabbau vorzugehen. Vorangegangen war ein Interview des DGB-Vorsitzenden Sommer im „*Spiegel*“, in dem eine SPD-Hörigkeit zum Ausdruck kam, die bisher ohnegleichen war. Die Aussagen kamen einer Unterwerfungserklärung gegenüber Schröders neoliberaler Politik gleich.

Manfred Behrend hat, trotz eigener Bedenken dann den rebellierenden Kolleginnen und Kollegen recht gegeben, die im Falle einer Beibehaltung der bisherigen Kapitulationspolitik gedroht hatten, dann „*müsse man in sehr kurzer Zeit planen und angehen, wie neue Gewerkschaften ge-*

*schaffen werden können*“. Obwohl der Autor dann feststellt, dass es sich dabei um eine Minderheit handelt, kommt er zu dem Schluß: „*Der Verbleib in einer Organisation mit Schröder-Sommer-Kurs ist sinnlos geworden, da sie nur Kapitalbelange vertritt. Der in Köln gewiesene Weg könnte sich als gangbar erweisen.*“

Die Redaktion und die Gruppe teilen diese Ansicht nicht und wir geben dem Leser recht, der sich im voranstehenden Leserbrief sofort dagegen gewandt hat. Es war der Redaktion aus Zeitgründen nicht mehr möglich sofort zu widersprechen. Eine solche Seinstellung, wie zitiert, stünde auch im Gegensatz zu allen unseren bisherigen gewerkschaftspolitischen Ausführungen und Handlungen.

Der miserable Zustand der Gewerkschaften ist nicht nur auf die Abhängigkeit des Apparates und der Vorstände von der SPD zurückzuführen, sondern widerspiegelt auch den Verlust des Klassenbewußtseins der Mitglieder und Nichtmitglieder in den Betrieben. Es gibt in den Gewerkschaften immer noch zehntausende von Aktiven, Vertrauensleuten und auch Betriebsräten, die in der täglichen Auseinandersetzung gegen die „*Kapitalbelange*“ wirken, obwohl man aus den Ausführungen des Autors herauslesen könnte, die Organisation als solche vertrete schlechthin nur noch „*Kapitalbelange*“.

Die Gewerkschaften sind nicht antikapitalistisch und ihre Mitglieder in der großen Mehrheit auch nicht. Wir haben keine anderen Gewerkschaften, deshalb gilt es weiterhin, so schwer das auch geworden ist, *in* ihnen für einen kämpferischen Kurs zu arbeiten und die Herausbildung von Klassenbewusstsein zu fördern und dort, wo es notwendig und möglich ist eine andere Führung zu wählen.

Es gibt keine zahlenmäßig relevante Bewegung von unten und keinen gesellschaftlichen Ansatzpunkt für eine Neugründung klassenbewusster Gewerkschaftsorganisationen. Das zu glauben sind reine Illusionen. Wir sind in keiner Klassenoffensive, sondern können kaum noch die Verteidigungslinien halten. „*Der in Köln gewiesene Weg kann sich*“ also nicht, wie der Autor meint „*als gangbar erweisen*“.

**Genosse Joseph Bergmann – Pep – ist am 18. Februar im Alter von 91 Jahren in Hamburg verstorben. Wir drucken die Rede von seinem Bruder Theodor Bergmann auf der Trauerfeier gehalten hat ab.**

Lieber Jan,  
liebe Genossinnen und Genossen,  
Freundinnen und Freunde meines Bruders Josef.

Es gab und gibt in der Arbeiterbewegung viele, die über ihren Beitrag nicht viele Worte machen. Eine von diesen war Berta Thalheimer. Obwohl ich sie gut kannte und oft in einem ihrer zwei Mansardenzimmer übernachtete, sprach sie nie über ihre aktive Vergangenheit. Erst nach 1989 – 30 Jahre nach ihrem Tode – als viele Berliner Archive zugänglich wurden, erfuhr ich, dass sie im Ersten Weltkrieg Leo Jogiches, dem Organisator des Spartakusbundes in Berlin geholfen hatte; dass sie deswegen fast zweieinhalb Jahre im Zuchthaus Delitzsch verbracht hatte, und manches andere, worüber ich dann in dem Buch über die Thalheimer-Familie berichtet habe.

Ähnlich ist es mit meinem Bruder, dem letzten meiner sieben Geschwister, der sehr, sehr wenig über seine Arbeit erzählen mochte. Da aber diese unbekannt bleibende, stille Aktivität ein wichtiges Merkmal der frühen kommunistischen Bewegung war, muss das der Geschichte mitgegeben, der Vergessenheit entrissen werden. Daher möchte ich kurz einiges aus seinem aktiven politischen Leben berichten.

Ende 1928 wurde die KPD-Op-  
position gegründet, der sich unser Bruder Alfred sehr früh anschloss. Er zog Pepp und mich in die technische Hilfsarbeit hinein, die uns mit den erfahrenen Genossinnen und Genossen in Kontakt brachte. Im März 1929 wurden wir beide wegen unserer Aktivitäten aus dem konservativen Mommsen-Gymnasium relegiert und wurden im Köllnischen Gymnasium aufgenommen, einer Aufbauschule für Arbeiterkinder, geleitet von dem sozialdemokratischen Historiker Siegfried Kawerau.

Als die Tageszeitung »Arbeiterpolitik« Anfang 1930 von Leipzig nach Berlin verlegt wurde, nahm Pepp nach der Schule sein Fahrrad und war Zeitungsfahrer im Stadtbezirk Charlottenburg.

1931 begann er sein Medizinstudium, das er 1933 aufgeben musste – wie alle jüdischen Studenten. Ende 1932/Anfang 1933 kam es zu Versuchen der Nazi-Studenten, die anderen Studenten – Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten – aus der Humboldt-Universität zu vertreiben. Bei den heftigen Schlägereien – Vorboten des späteren staatlich organisierten Terrors – bildete sich eine gemeinsame Abwehrfront aller linken Studenten, an der Pepp beteiligt war.

Nach einer Weile zog er ins Saar-  
gebiet, wo er bis zur Angliederung des Saarlandes an Hitler-Deutschland im Jahre 1935 Grenzarbeit machte, da dort eine der etwas durchlässigen Grenzen war. Danach kehrte er nach Berlin zurück und fand Aufnahme bei unserem Onkel Dr. med. Willy Rosenzweig und Arbeit in der Buchdruckerei von Lichtwitz und Scholem, wo er diesen Beruf erlernen konnte.

An der zweiten illegalen Auslandskonferenz der KPDO in den Schweizer Bergen im Winter 1936/37 nahm er teil, berichtete dort über die Berliner Arbeit und informierte sich aus August Thalheimers Referaten über die neuen politischen Entwicklungen und die Stellungnahmen des Auslandskomitees, insbesondere über den 7. Weltkongress der Komintern und die Rechtswendung zur Volksfrontpolitik in Frankreich.

In Berlin war er verantwortlich für die fotografische Vervielfältigung der politischen Publikationen der KPD-O – eine Arbeit, die für ihn und seinen sozialdemokratischen Onkel nicht ganz ohne Risiko war. Aber er hatte Hilfe u.a. von Hertha Krampe, später Hertha Forst, Helma Klietsch, Luise Mohr, drei sozialistischen Krankenschwestern, anfangs auch von Maria und Richard Becker bis zu dessen Verhaftung 1937.

Im Herbst 1938 verschärfte sich erneut die Verfolgung der Juden. Unser Onkel verließ Deutschland, und auch Pepp musste Berlin verlassen.

Über Paris, wo er Heinrich Brandler und zum letzten Mal August Thalheimer zu langen Gesprächen traf, kam er Januar 1939 nach Stockholm. Nach anfänglicher Arbeitslosigkeit fand er Arbeit als Buchdrucker bei der großen Druckerei Bonniers, als im Spätsommer 1939 viele Buchdrucker zum Militär eingezogen wurden.

Bis zur Internierung unserer Genossen in Frankreich nach Kriegsbeginn hielten wir den Kontakt aufrecht und unterstützten sie. Später knüpften wir wieder die Verbindung nach Cuba zu Brandler und Thalheimer, die wegen der Atlantik-Blockade zeitweise unterbrochen war. Unter den wenigen KPD-O-Emigranten in Schweden sammelten wir und transferierten das Geld nach Cuba. Um die Kontakte unter den KPD-O-Genossen aufrecht zu erhalten, gaben wir nach 1939 einigermaßen regelmäßig die »Politischen Briefe« heraus, hektografiert, vielleicht in 60 Exemplaren. In dieser Publikation versuchten wir, unsere politischen Positionen zu diskutieren und die sich verändernden weltpolitischen Kräfteverhältnisse zu analysieren.

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus, nach dem Mai 1945 wollten wir beide sofort nach Restdeutschland – und zwar in die Westzonen zurückkehren, um mit unseren politischen Freunden Kontakt aufzunehmen und wieder politisch zusammen zu arbeiten. Es bedurfte jedoch langer Verhandlungen der schwedischen Ausländerbehörde – Socialstyrelsen – mit der Alliierten gemeinsamen Reisebehörde, bis diese die Einreise genehmigte – offenbar nach politischer Überprüfung.

Auf der Rückkehr auf dem Schiff von Schweden nach Deutschland begegneten sich zwei konträre Deutschland, nämlich 30 sozialistische freiwillige Rückkehrer und 30 von der schwedischen Regierung ausgewiesene NS-Funktionäre, u.a. der Korrespondent des „Völkischen Beobachter“, die noch vor Stalingrad im Siegesrausch die Schweden beschimpft und eingeschüchert hatten. Nach dem ersten Kontakt, in dem wir uns politisch zu erkennen gegeben hatten, gab es keinen weiteren Gesprächsbedarf. Sie

wären nur liebend gern im Lande der »Aasgeier« und »Rentner« geblieben, wie sie Schweden vor 1944 genannt hatten.

Am 1. April 1946 landeten wir in Lübeck und wurden zur weiteren Kontrolle in ein Durchgangslager des Roten Kreuzes verbracht. In unserem wenigen Gepäck hatten wir gut verpackt die ersten grundlegenden Analysen von Thalheimer und Brandler (»Die Potsdamer Beschlüsse« und die »Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg«), die wir unseren alten Freunden übergeben wollten. Nach wenigen Tagen war meine Überprüfung abgeschlossen; ich hätte weiterziehen können. Mein Bruder jedoch sollte „nur noch wenige Tage“ – so wurde uns gesagt – zwecks Klärung dort bleiben. So blieb ich im Lager, während Pepp mit mir unbekanntem Ziel weggebracht wurde. Nach einigen Tagen fand ich heraus, dass er im Lübecker Gefängnis einsaß, wo ich dann von der Straße aus Sichtkontakt mit ihm herstellen konnte. Bei einem Besuch am 30. April, dem Vorabend des 1. Mai, zeigte mir ein englischer Soldat der Gefängniswache eine Notiz: Es wurde vermutet, dass Josef Bergmann ein Kominternagent sei – eine politisch absurde Denunziation aus unbekannter Quelle, aber auch Symptom des schon begonnenen Kalten Krieges: Die Kriegsallianz der kapitalistischen Westmächte mit der sozialistischen Sowjetunion war zerbrochen – wie Thalheimer sehr früh analysierte.

Pepp kam nach Neuengamme, wo er mit nationalsozialistischen Funktionären zusammengesperrt und von der Außenwelt isoliert wurde. Seine Haft dort wurde von den alliierten Lagerbehörden gezeugnet, als unser Genosse Mogens Boserup ihn besuchen wollte: Einen sozialistischen Häftling kann es bei uns nicht geben, war die Auskunft. Nach einer Weile gelang es, mit Hilfe eines kommunistischen Zivilarbeiters der britischen Armee, einen Kontakt herzustellen und ihn dann mit Lebensmitteln, Kaffee und Zigaretten zu versorgen, die ich aus Schweden bekam.

Ich begann nach Wegen zu suchen, wie man Pepp aus dem Lager

herausholen könnte. Nach der Mai-kundgebung in Planten un Blumen ging ich zu dem Hauptredner Fenner Brockway, Mitglied und Führer der Independent Labour Party, ein alter Freund von Thalheimer und Brandler und mit Sympathien für die KPD-O. Nach unserem Gespräch am Nachmittag des 1. Mai begann Fenner sofort Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen, dabei unterstützt von seinem Dolmetscher, unserem ehemaligen Berliner Genossen Wolf Nelki. Mein Versuch am 9. Mai, den Parteivorstand der SPD um Hilfe zu bitten, wurde glattweg abgelehnt: »Kommunisten helfen wir nicht«, war die Antwort des Sekretärs Fritz Heine.

Fenner Brockway mobilisierte nun alle seine Beziehungen. Aber das Militär Großbritanniens ließ sich viel Zeit, bis alle meine Angaben überprüft und verifiziert waren und unsere Brüder in Palästina vom dortigen britischen Militär verhört waren. Nach fünf Monaten in Neuengamme kam Pepp endlich frei.

Früh begann auch die KPD, die damals noch einen Senator in Hamburg stellen durfte und für die Zusammenarbeit auch mit den kapitalistischen Besatzungsmächten eintrat, mit einer öffentlichen Kampagne gegen die Gebrüder Bergmann, die manche Seite der Parteizeitungen füllte. Pepp absolvierte ein einjähriges Kurzstudium und wurde für fünf Jahre Volksschullehrer. Pepp war bei seinen Schülerinnen und Schülern beliebt, wurde aber nach einiger Zeit aus dem Schuldienst entlassen – seine dritte Relegation. Er nahm eine Arbeit in der Druckerei der GEG auf, wurde von der Belegschaft als Betriebsrat und dann in den Aufsichtsrat gewählt.

Nach den Rundreisen von Mogens Boserup und meinen Reisen hatten die alten Genossen der KPD-O und einige jüngere SAP- und SJV-Genossen die wichtigen Analysen unserer Freunde in Cuba gelesen und hatten den Wunsch, die politische Lage zu diskutieren und zu überlegen, ob wir wieder gemeinsam aktiv werden wollten. So kam es zur Konferenz im Käthe-Kollwitz-Heim in Rieseberg bei Königslutter am 16. und 17. August 1947, an der Pepp und

Herma teilnahmen. Das war der Beginn der Organisation der Gruppe Arbeiterpolitik. Sie gab sich diesen Namen allerdings erst 1948.

Nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 konnte man endlich Papier frei kaufen – ohne Schwarzmarktpreise zahlen zu müssen und ohne eine Lizenz der Besatzungsmacht. Im November 1948 begannen wir mit der Herausgabe der Zeitschrift »Arbeiterpolitik«, zuerst von Robert Meyer in Uetze im Handsatz gesetzt und auf einem Tiegel gedruckt. Ab Mitte 1950 erschien die »Arbeiterpolitik« in Stuttgart, gedruckt in einer damals modernen Druckerei, gesetzt auf einer Linotype – zweimal im Monat. Pepp trug viel zum Auf- und Ausbau und zur Verbreitung der Zeitschrift bei, und bald konnte der Zeitschrift eine regionale Beilage angefügt werden – die »Norddeutsche Arbeiterstimme“.

So haben wir bis zu meinem Rückzug in die Produktion im Mai 1952 vieles gemeinsam gemacht.

Pepp war ein überzeugter Kommunist, der vor und nach 1933 aktiv gegen den Faschismus kämpfte, wie die meisten aus unserer großen Familie – sie kämpften an vielen Fronten: in der Illegalität, in der französischen Resistance, im spanischen Bürgerkrieg in der tschechoslowakischen Svoboda-Armee, in der ägyptischen Wüste, in Palästina, in der britischen Royal Air Force. Er hat viele persönliche Rückschläge erlitten – vier Relegationen, aber seine politische Arbeit hat er immer weitergeführt – unverdrossen, unermüdlich, unbeugsam, bis die Kräfte versagten.

Ein solches Leben in der Arbeiterbewegung und für die Bewegung darf nicht vergessen werden. Ich denke, er bleibt Vorbild für seine Genossen und Genossen.

*Theodor Bergmann*

## **Arbeiterpolitik**

Abdruck aus der Beilage zur **Arbeiterpolitik** zum Tod des Genossen Jupp Bergmann.

Bezugsadresse der **Arbeiterpolitik**: GFSA e.V. – Postbox 106426 – D-20043 Hamburg

# Kontroversen auf dem DKP-Parteitag

Aus: *Arbeiterpolitik* Nr. 3, April 2005

**I**m Vorfeld des Parteitages als auch in den Diskussionen danach wurde klar, dass in der DKP über Fragen der weiteren politischen Arbeit keine Einheit hergestellt werden konnte. Diese Fragen berühren Grundsätze über die unmittelbare Tagespolitik hinaus, sie haben Bedeutung für die gesamte sozialistische/kommunistische Bewegung.

**Wir von der Gruppe Arbeiterpolitik gehören nicht zu denjenigen, die beswerwischer gegenüber anderen kommunistischen Organisationen auftreten – so auch nicht gegenüber den Genossen der DKP. Aber wir fühlen uns ebenfalls verpflichtet, einen Beitrag zur Lösung der strittigen Fragen zu leisten. Unser Herangehen dabei beruht auf dem Grundsatz der Solidarität, aber ohne Aussprechen der Differenzen, ohne gegenseitige Kritik können sich Linke nicht solidarisch zueinander verhalten. So möchten wir verstanden werden, wenn wir zu den beiden Fragen Stellung nehmen, an denen die politischen Differenzen besonders deutlich werden: erstens bei der Einschätzung der Gewerkschaften und zweitens bei der Beurteilung der Politik der Kommunistischen Partei des Irak.**

## Eigenständige Kraft oder radikales Anhängsel der Gewerkschaftsvorstände?

Zum Parteitag legte der Parteivorstand eine politische Erklärung vor, die an Stelle eines erarbeiteten Programm-entwurfes verabschiedet werden sollte. Die Erklärung enthielt auch die Behauptung, die Gewerkschaften seien die größte und fortschrittlichste Organisation der Arbeiterklasse. Diese Formulierung führte zu heftiger Kritik und der Frage, wozu dann die DKP überhaupt noch gebraucht würde. In der vom Parteitag dann verabschiedeten Fassung wurde den innerparteilichen Kritikern in der Formulierung, nicht aber im Inhalt entgegengekommen. „Die Gewerkschaften können die größte fortschrittliche Kraft der Arbeiterklasse sein und die Offensive des Kapitals stoppen, wenn sie konsequent die Beschäftigten wie die Arbeitslosen zum Widerstand mobilisieren und organisieren.“ (aus der politischen Erklärung, UZ, 25.2.05) Der Zusammenhang

von Kapitalismus und Gewerkschaften lässt eine solche Charakteristik nicht zu. Die Gewerkschaften sind die wichtigsten Massenorganisationen der Arbeiterklasse, aber zur fortschrittlichsten Organisation können sie nicht werden.

Bei der Charakterisierung der unübersehbaren Krise der Gewerkschaften verblieb der Parteivorstand auf der Ebene allgemeiner Zustandsbeschreibungen. „Tatsache ist, den Gewerkschaften fehlt heute eine gemeinsame Linie zur Gegenwehr.“ (aus der Grundsatzrede des Parteivorsitzenden Stehr) „Nach wie vor ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einer tiefen Krise. Sie gerät immer weiter gegenüber dem Kapital in die Defensive.“ (aus: Entwurf zur Diskussion von Wolfgang Teuber) Die vielen, auch richtigen Aussagen zum Zustand der deutschen Gewerkschaften sind nachzulesen in der UZ vom 18.2.2005. Es fehlte aber ebenso eine Darstellung der innergewerkschaftlichen Widersprüche wie eine Charakterisierung der sozialdemokratischen Politik ihrer Vorstände. Folgerichtig mussten auch die Schlussfolgerungen in Allgemeinplätzen enden. Wolfgang Teuber schreibt u.a.: „Ohne einen Politikwechsel für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit, ohne Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen wird es den Gewerkschaften nicht gelingen, die Defensive zu überwinden.“ (...) „Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung muss es sein, fortschrittliche Politik in der Gesellschaft hegemoniefähig und damit durchsetzbar zu machen.“ Bemerkenswert auch Heinz Stehr in seiner Parteitagrede: „Wir fordern einen neuartigen Solidarpakt zwischen Reich und Arm.“ „Die Gewerkschaften müssen wieder zur Gegenmacht werden.“ Wann waren denn die Gewerkschaftsinstanzen zuletzt Gegenmacht und nicht Sozialpartner?

So schwankten die Stellungnahmen gegenüber den Gewerkschaften in der Formulierung politischer Ansprüche und dem Nachplappern allgemeiner Floskeln über soziale Gerechtigkeit. Ausgeklammert blieb die entscheidende Frage: Wie kann die sozialpartnerschaftliche, d.h. auf Klassenzusammenarbeit ausgerichtete Gewerkschaftspolitik überwunden werden? Diese hat ihre Basis nicht nur in den Vorständen, sondern auch unter der breiten Mitgliedschaft. Jahrzehnte sozialpartnerschaftlicher Politik und Erfahrungen lassen sich nicht ad hoc überwinden und ohne praktische Erfahrungen in Klassenauseinandersetzungen. Sie lassen sich aber

auch nicht überwinden ohne politische Auseinandersetzung mit den Reformisten in den Vorständen und Apparaten. Gewerkschaftliche Betätigung ist nicht allein der Kampf um Lohn und Brot, sie ist immer zugleich politische Auseinandersetzung um die Köpfe der KollegInnen. Es wird keine Änderung der Gewerkschaftspolitik in Richtung Klassenkampf geben können, ohne dass die inneren Widersprüche der Gewerkschaften benannt und ausgetragen werden. Denn wo Belegschaften eigenständig denken und handeln, d.h. Klassenkampf praktizieren, wie beispielsweise beim Opel-Werk in Bochum, werden sie von den Vorständen nicht nur allein gelassen, sondern auch politisch bekämpft.

Aus den Fehlern der linkssektiererischen Politik der KPD vor 1933 (RGO-Politik, Sozialfaschismustheorie) hat die KPD bzw. DKP nach 1945 die Konsequenz gezogen, die gewerkschaftliche Einheit auf keinen Fall in Frage zu stellen. Sie hat deshalb versucht der politischen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften möglichst aus dem Wege zu gehen. Vom „linken in den rechten Straßengraben“, so könnte man diese Wendung charakterisieren. Aus dem Kampf für die Einheit bei der Verteidigung der sozialen und politischen Interessen der Lohnabhängigen kann so schnell eine Einheit der Passivität werden angesichts der gewerkschaftlichen Unterordnung unter die Interessen und Notwendigkeiten des Kapitals. Wir wissen, dass es engagierte und kritische Gewerkschafter in den Reihen der DKP gibt, aber diese Unterordnung ist der Inhalt der offiziellen Politik, wie sie die sozialpartnerschaftlich beherrschten Vorstände und Apparate bisher praktizierten. Sie werden diesen Kurs auch um den Preis des Verzichts auf soziale Errungenschaften weiter verfolgen. Nur: Als aktiveres, gelegentlich auch aufmüpfiges Anhängsel sozialdemokratischer Vorstände machen sich Kommunisten in den Gewerkschaften überflüssig.

## Pro und Kontra Regierungsbeteiligung der KP des Irak

Bereits einige Wochen vor dem Parteitag hatte ein Interview von Heinz Stehr die Stimmung aufgeheizt und zu heftigen, Kontroversen auf dem DKP-

Parteitag Arbeiterpolitik Nr. 3 · April 2005 15 auch öffentlich ausgetragenen Kontroversen (z.B. in der „jungen Welt“) geführt. In einem Interview hatte der DKPVorsitzende die Regierungsbeteiligung der irakischen KP verteidigt. Er traf damit auf Unverständnis und Kritik, auch bei Parteiaktivisten in der Friedensbewegung, traditionell ein zentrales Betätigungsfeld der DKP. Begründet hat Heinz Stehr seine Position mit dem reaktionären Charakter des irakischen Widerstandes, der vom islamischen Fundamentalismus und alten Saddam-Anhängern beherrscht würde. Seinen Kritikern warf der Parteivorsitzende vor, die Verhältnisse im Irak nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen. Von Ignoranz, Besserwisserei und fehlender Solidarität gegenüber den irakischen Genossen (die näher dran wären und die Verhältnisse besser kennen würden) war die Rede. Im Übrigen würde sich die irakische KP in Programm und Aussagen immer zum Antiimperialismus und zum Sozialismus als Endziel bekennen.

Auch ohne die Verhältnisse im Irak im Einzelnen zu erörtern, die Frage, ob die Regierungsbeteiligung mit einem marxistischen Standpunkt vereinbar ist, lässt sich mit dem Wissen um die allgemein bekannten Tatsachen beantworten. Eine Regierung, die von einer fremden Besatzungsmacht eingesetzt wird, ist in allen Belangen von ihr abhängig, sie kann nicht souverän sein. Die irakische Regierung würde ohne den militärischen Schutz der USA keine Woche überleben können. Damit ist auch gewährleistet, dass sie Instrument der Besatzung ist und bleibt. Das gilt in gleicher Weise für die irakischen Polizei- und Sicherheitskräfte, die von den US-Truppen aufgebaut und ausgebildet werden; sie sollen nur die Opfer in den eigenen Reihen geringer halten. Die Regierungsbeteiligung der irakischen KP gleichgültig was die Partei sich davon erwartet oder erhofft – kann nur der Besatzungsmacht als Legitimation dienen. Schritte in Richtung Souveränität, Demokratie oder gar Sozialismus wird es nur im Kampf gegen die Besatzungsmacht geben und nicht in einem Bündnis mit ihr.

Auch die Argumente über den Einfluss reaktionärer Kräfte im Widerstand lassen sich kaum zur Rechtfertigung einer Regierungsbeteiligung heranziehen. Der imperialistische Einfluss im Nahen Osten, die militärische Okkupation des Irak, die Mittel und Methoden der Besatzungstruppen werden zwangsläufig zu weiterem Widerstand in der Bevölkerung führen. Sich raus zu

halten und den Widerstand allein religiösen und nationalistischen Kräften zu überlassen, wird diese nicht schwächen, sondern stärken.

Auch der Hinweis darauf, dass die KP des Iraks sich in ihren Aussagen zum Antiimperialismus und Kommunismus bekennt, macht die Sache nicht vernünftiger oder richtiger. Im Gegenteil, die Beteiligung an einer von der Besatzungsmacht initiierten und kontrollierten Regierung kann das Anliegen von Kommunisten nur diskreditieren. Und Papier ist bekanntlich geduldig. Auch die sozialdemokratischen Parteien vor 1914 beteuerten noch wenige Monate vor dem Beginn des I. Weltkrieges ihre internationalistischen und antimilitaristischen Standpunkte, um sich in entscheidender Stunde auf die Seite der herrschenden Klasse in ihren Ländern zu schlagen.

Ein Rechtfertigungsargument von Heinz Stehr muss noch erwähnt werden. Auch die KPD habe sich ja nach 1945 an Landesregierungen in den Westzonen beteiligt. Die Regierungsbeteiligung konnte weder die Lage der arbeitenden Menschen verbessern noch den Einfluss

der KPD erweitern. Im Gegenteil, die westlichen Siegermächte konnten ihre imperialistische Politik verschleiern und den Kalten Krieg gegen das sozialistische Lager vorbereiten. Als sich die kapitalistische Ordnung nach den Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit stabilisiert hatte, wurden die kommunistischen Minister wieder entlassen. Eine Erfahrung, die beispielsweise kommunistische Parteien auch in Frankreich und Italien machen mussten. Ihre Regierungsbeteiligung sollte den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen (der bürgerlichen Ordnung) eine Legitimation verschaffen, denn in vielen Ländern Europas hatten sich die herrschenden Klassen und ihre politischen Vertreter durch eine Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern diskreditiert. Den kommunistischen Parteien wurden zwar vorübergehend Ministeressel überlassen aber kein wirklicher Einfluss, keine Macht eingeräumt. Kommunistische Minister lähmten die Aktivität der Massen, die nun glaubten, ihre Minister würden ihre Probleme lösen.

März 2005, A. Berlin

### Argumente werden nicht als Diskussionsbeitrag aufgenommen, sondern als Opposition bekämpft

*„Wir streiten uns. Das ist gut; denn in einer Epoche tief greifender weltpolitischer Veränderungen, erfüllt von widerspruchsvollen Prozessen, sind unterschiedliche Einschätzungen auf Grund der unterschiedlichen Erfahrungen der Einzelnen selbstverständlich. (...) Gerade im Aushalten und Austragen von Widersprüchen erweist sich die Partei als lebendig, als attraktiv (...) – und erweist sich die materialistische Dialektik als fruchtbar.“*

*Was geschieht stattdessen? Argumente werden nicht als Ratschlag und Diskussionsbeitrag aufgenommen, sondern als Opposition bekämpft. Was der Perspektive, die gerade die einiger Sekretariatsmitglieder ist, nicht entspricht, wird verketzert, an den Rand gedrängt, ausgegrenzt. Der Parteivorsitzende stellt jene, die abweichender Meinung sind, mit den »Neuerer« von 1988, mit der Gruppe Rosenberg/Kröll auf eine Stufe, als hätten sie eine Spaltung der Partei im Sinn. Er verlangt von den Kritikern, sie »sollten offen darlegen, für welches Konzept sie politisch und personell stehen« und behauptet wahrheitswidrig:*

*»dies fehlt bislang in allen Debatten« (...) Ich habe in meinem Aufsatz über die Richtungskämpfe in den europäischen kommunistischen Parteien – in dem übrigens die DKP überhaupt nicht angesprochen ist – von einem notwendigen Klärungs- und Reinigungsprozess in ideologischen und weltanschaulichen Fragen gesprochen. Nina Hager (stellv. Parteivorsitzende) macht im UZ-Interview daraus »Säuberungen«, denen jemand »zum Opfer fallen soll«, das ist nackte Demagogie, kein solidarischer Diskussionsstiel (...).*

*Was für eine Partei sind wir, deren Organ, die UZ unserem früheren Parteivorsitzenden Herbert Mies den Abdruck eines Briefes verweigert, der eine milde Kritik am Sekretariat enthielt?“*

Dem Diskussionsbeitrag von Hans Heinz Holz auf dem Parteitag der DKP ist kaum etwas hinzuzufügen – nur die Frage, wie schwach es um die Inhalte derer bestellt sein muss, die zu solchen Methoden der „Diskussion“ und Auseinandersetzung greifen?

Aus: junge Welt vom 05.02.2005, Wochenendbeilage

# „Unsere Bewegung kommt von der Straße“

Gespräch mit Pjotr Ikonowicz\* über die soziale Katastrophe in Polen, Postkommunisten und linke Alternativen

*F: Ist die polnische Neue Linke aus dem Fundus des früheren realsozialistischen Systems hervorgegangen?*

Die Neue Linke gibt es seit ungefähr zwei Jahren und hat mit den Systemkräften von früher absolut nichts zu tun. Wir bilden eine sehr aktivistische Bewegung, weshalb wir vor allem für Leute, die selbst zu aktivem Handeln bereit sind, ein attraktives Angebot darstellen. Unsere Mitglieder kommen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, einige davon auch von der regierenden Demokratischen Linken (SLD). Oft sind die Gründe, sich der Neuen Linken anzuschließen, sehr praktischer Natur. Ein Beispiel: eine Krankenschwester verließ die SLD und kam zu uns, weil ihre Krankenhaus zugesperrt wurde. Nun führt sie die Arbeitslosenbewegung. Wenn SLD-Leute zu uns stoßen, dann sind sie meistens sehr kämpferisch und keineswegs vom Typus der alten Apparatschiks.

Der Großteil unserer Parteigänger aber kommt von der früheren Polnischen Sozialistischen Partei, von den Gewerkschaften und von der Straße. Denn dort sind wir besonders präsent. Zum Beispiel im Rahmen von Aktionen für einen gesetzlich garantierten Mindestlohn oder für ein Minimum an sozialer Absicherung. In Polen gibt es drei Millionen Arbeitslose ohne Anspruch auf Sozialhilfe. Die würde man einfach sterben lassen. Sie sterben aber nicht, weil sie schwarz arbeiten. Wir fordern 500 Zloty (ungefähr 110 Euro) für jeden Arbeitslosen als minimale Überlebenshilfe.

*F: Die soziale Lage stellt sich somit in einem Land, das von neoliberalen Postkommunisten regiert wird, äußerst schlecht dar?*

Polen hat ein ziemlich hohes Wirtschaftswachstum – so zwischen fünf und sechs Prozent. Doch das kommt der Bevölkerung nicht zugute. Die Beschäftigungsrate steigt nicht an, die Löhne stagnieren. Das Sozialsystem wurde völlig ruiniert. Die Menschen werden ärmer, während das Land reicher wird. In Warschau gibt es 200 streng bewachte private Areale, wo die Superreichen, abgeschirmt von der Bevölkerung, leben. In Berlin gibt es meines Wissens davon nur drei. Die sozia-

le Polarisierung in Polen hat Dritte-Welt-Niveau. Wußten Sie, daß bei uns viele Schulkinder an Hunger leiden?

*F: Wie wirkt sich das auf das politische Bewußtsein aus?*

Es herrscht eine völlige Desillusionierung gegenüber der Demokratie. Die Wahlbeteiligung wird immer niedriger. Es liegt an der Linken, wieder ein Bewußtsein für die Veränderbarkeit der Verhältnisse zu schaffen. Nur 15 Prozent der Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaften sind meistens korrupt. Das macht die Menschen dann auch noch anfällig für rechte Demagogen mit ihren »law and order«-Parolen. 80 Prozent der Polen sind für die Todesstrafe. In Polen gibt es mehr private Polizei als sonst in Europa. Natürlich wäre das Geld dafür in sozialen Programmen besser aufgehoben. Dann bräuchten die Reichen auch nicht so viele Polizisten.

*F: Welche Alternative hat die Neue Linke anzubieten?*

In Polen wie anderswo gilt die Frage: Ist man für oder gegen den Kapitalismus, für oder gegen diese Reformen? Die Neue Linke geht davon aus, daß der Kapitalismus nicht reformierbar ist, sondern überwunden werden muß. Doch bis dahin müssen die Menschen etwas zu essen haben, müssen sie zum Denken gebracht werden. Deshalb treten wir natürlich für Reformen ein, die die Lage der einfachen Menschen verbessern. Denn wer 16 Stunden am Tag für wenig Geld schuftet muß, hat keine Energie zum kämpfen. Der Grundsatz je schlechter, desto besser darf für uns nicht gelten. Denn sonst kommt es zu einer sozialen Implosion, statt zu einer sozialen Explosion.

*F: Agiert die Neue Linke in einem größeren politischen Zusammenhang?*

Die ganze radikale Linke pflegt einen solidarischen Umgang untereinander, weil sie schwach ist. Natürlich sind das mehrheitlich sektiererische Gruppen, was uns aber nicht daran hindert, Aktionsbündnisse mit ihnen einzugehen. Zum Beispiel gegen den Irak-Krieg.

*F: Gibt es auch noch genuine Kommunisten aus dem Bestand der früheren Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei?*

Es gibt sie, aber das sind alte Männer, Fundamentalisten. Sie nicht aktiv, nicht besonders kämpferisch. Der Rest

ihrer Energie verbraucht sich in der Freundschaftsgesellschaft mit Nordkorea. Natürlich sind wir auf ihrer Seite, wenn sie zum Gegenstand antikommunistischer Angriffe werden. Wie Sie vielleicht wissen, wird in der polnischen Verfassung die kommunistische Ideologie mit dem Faschismus gleichgesetzt und damit illegalisiert.

*F: Haben sich linke Koalitionen herausgebildet?*

Es gibt zwei Koalitionen in der polnischen Linken. Die eine nennen wir die »Anti-Gipfeltreffen-Koalition«, die anlässlich der Proteste gegen das G8-Treffen in Genua im Juli 2000 entstanden ist. In ihr sind alle radikalen linken Kräfte, einschließlich der Anarchisten, vereinigt. Gemeinsam führten wir Aktionen vor der israelischen Botschaft durch oder auch zum Schutz der Gay-Parade. Diese Aktionseinheit hat sich gut bewährt. Da gibt es aber auch noch die Sphäre der offiziellen Politik, aus der sich die Linke nicht einfach verabschieden kann. Zum Beispiel bei Wahlen. In dem Maße, wie das polnische politische System als Ganzes in eine Krise geraten ist, finden auch tiefe Veränderungsprozesse innerhalb des linken Spektrums statt. Unlängst wurde eine Koalition aus sieben Parteien, einigen Vereinigungen und einer wichtigen Gewerkschaft, die sich »August 80« nennt und – wie der Name sagt – aus der früheren Solidarnosc-Bewegung kommt und vor allem unter den Bergarbeitern aktiv ist. Sie zählt 100000 Mitglieder und hat eine Wende vom klerikalen Nationalismus zum Linksradikalismus und Antiglobalismus vollzogen. Zu dieser Koalition gehört auch die Union der Arbeit, die ebenfalls aus der Solidarnosc kommt und gegenwärtig dem Regierungslager angehört.

*F: Wie ist es möglich, gleichzeitig der Regierung und einer linksoppositionellen Parteienallianz anzugehören?*

Die Union der Arbeit ist eine kleine Minderheit in der Regierung. Zudem ist die Regierung nicht mehr sonderlich eng mit der SLD verknüpft, da der gegenwärtige Premierminister seine eigene Regierung gebildet hat. Die von der Union der Arbeit gestellte Vizepremierministerin Izabela Jaroga-Nowacka, verantwortlich für Sozialpolitik, ist eine linkssozialdemokratische

Politikern mit wirklich sozialem Engagement.

*F: Doch diese Regierung, die als Linksregierung firmiert, hat Polen in die Kriegssallianz gegen den Irak geführt.*

Die Jugendorganisation der Union der Arbeit hat sich besonders stark in der Bewegung gegen den Krieg engagiert. Die Union selbst ist in der Regierung geblieben, obwohl sie die polnische Beteiligung am Krieg nicht verhindern konnte, weil sie weiter an die Möglichkeit glaubte, linke Akzente in anderen Bereichen der Regierungspolitik, zum Beispiel in der Frage der Rentenreform, zu setzen. Der Vizepremierministerin ist es gelungen, die von der Regierung geplante Privatisierung des Gesundheitssystems zu stoppen. So trägt sie einerseits Mitverantwortung für die Besetzung des Irak, andererseits aber bekämpft sie an zentraler Stelle den Sozialabbau und ist zudem führend in einer Wahlkoalition vertreten, die entschieden gegen die Okkupation eintritt. Als Frau Jaroga-Nowacka uns gefragt hatte, ob sie in die Regierung eintreten solle, haben wir ihr zugeredet, es zu tun. Warum sollten wir etwas dagegen haben, daß eine Frau in der Regierung sitzt, die unter dem Einfluß der radikalen Linken steht und sich für die sozial Benachteiligten engagiert?

*F: Regierungssozialisten haben entweder keinen wirklichen Einfluß auf die Regierungspolitik oder sie hören auf, Sozialisten zu sein.*

Natürlich wäre es etwas anderes, wenn es eine starke soziale Bewegung gegen die neoliberalen Zumutungen gäbe. Aber dem ist nicht so. Wir können nur vereinzelte Verteidigungskämpfe in einigen Fabriken und Branchen führen. Da ist es dann durchaus ein Fortschritt, eine Allianz zu haben, in der sowohl wütende Bergarbeiter aus Schlesien als auch eine Vizeregierungschefin vertreten sind.

*F: Wie stehen die Wahlchancen für dieses Bündnis?*

Ich glaube, sie stehen gut. Es ist das erste Mal, daß die Linke in Polen bei Wahlen antritt. Bisher wurden die Postkommunisten als »Linke« wahrgenommen. Das ist jetzt nicht mehr so. Bisher konnte die SLD mit der Angstparole hausieren gehen: Wählt uns, wenn ihr verhindern wollt, daß die Rechten gewinnen. Deshalb wählten viele die zu Neoliberalen gewordenen früheren Kommunisten. Jetzt gibt es ein echtes linkes Angebot.

*F: Wie kann man eine Partei, die sich auf die Seite der Bush-Leute gestellt hat, überhaupt noch dem linken Spektrum zu rechnen?*

Wenn wir irgendwann einmal die Chance haben sollten, eine Regierung zu bilden, die unabhängig vom State Department in Washington ist, dann muß die Linke beginnen, Stärke zu entwickeln. Dann muß sie als Alternative zu den Postkommunisten sichtbar werden. Nun haben die Menschen in Polen erstmals eine linke Wahlmöglichkeit. Und die radikale Linke hat die Möglichkeit, nach außen in Erscheinung zu treten, sich den Menschen vorzustellen, die arbeitslos sind oder auf dem Schwarzmarkt ausgebeutet werden, oder denen, die ihren Lohn nicht rechtzeitig ausbezahlt bekommen – das sind zwei Drittel der Beschäftigten in Polen. Wir sind nicht bloß eine Wahlkoalition, sondern eine soziale Koalition. Die Aufgabe linker Aktivisten ist es auch, den Leuten unmittelbar zu helfen, dort zum Beispiel anwesend zu sein, wo Mieter aus ihren Wohnungen geworfen werden, um sie zu verteidigen. Es geht um die Entwicklung einer Politik im engsten Zusammenwirken mit den Betroffenen. Deshalb ist es aber auch wichtig, sich an Wahlkampagnen zu beteiligen, um mediale Aufmerksamkeit zu erregen, weil andererseits all unsere Aktivitäten mangels öffentlicher Wahrnehmung verpuffen würden.

*F: Es wird damit gerechnet, daß die SLD bei den kommenden Wahlen katastrophal einbrechen wird. Kann die radikale Linke davon profitieren?*

Da bin ich mir ganz sicher. Die Stimmung hat sich radikalisiert, und das müßte eigentlich der radikalen Linken zugute kommen. Wir sind keine Machtkoalition, sondern eine Koalition der sozialen Widerstand leistenden Kräfte. Viele unserer Kandidaten – ich auch – haben Gerichtsprozesse anhängen, meistens wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Und gleichzeitig kandidiert die stellvertretende Premierministerin auf unserer Liste.

*F: In Polen machen sich der Reihe nach populistische Strömungen bemerkbar. Darunter die linkspopulistische, auf die Verteidigung bäuerlicher Interessen orientierte und gegen die EU gerichtete Bewegung »Samoobrona« (Selbstverteidigung). Wie stehen Sie zu dieser Strömung, die sich mitunter auch radikaler Kampfmittel, wie der Errichtung von Straßenblockaden, bedient?*

Die polnische Politik wird sehr stark vom Geld beeinflußt. Ein Beispiel: In Kielce erkaufte sich die reichste Frau der Stadt den Spitzenplatz auf der Samoobrona-Liste für die Europawahlen. Gleich am nächsten Tag schlossen sich die Samoobrona-Aktivisten aus Kielce der Neuen Linken an. Das war ein typi-

scher Klassenkonflikt innerhalb dieser Bewegung. Als eine Art Bauerngewerkschaft war Samoobrona eine sozial progressive Kraft, doch als politische Partei wird sie immer konservativer. Andrzej Lepa, ihr charismatischer Führer, ist nicht grundsätzlich gegen die Privatisierungen. Achtzig Prozent der Bevölkerung in Polen ist gegen die Privatisierung. Die Lepa-Leute sind es nicht, weil sie eine kleinbürgerliche Strömung darstellen, deren Anhänger nicht fähig sind, zwischen Privatisierung und Privateigentum zu unterscheiden. Wir haben früher mit ihnen auf der Straße zusammengearbeitet, aber jetzt sieht man sie nicht mehr auf der Straße, sondern nur noch im Parlament. Auch dort verhalten sie sich sehr unauffällig.

*F: In den 1980er Jahren standen sich die sozialistische Staatsmacht und die Solidarnosc als antikommunistische Umsturzbewegung scheinbar unversöhnlich gegenüber. Heute steht die aus der damaligen Staatsmacht hervorgegangene Partei an der Spitze der neoliberalen Konterrevolution. Hatte es sich damals um ein Mißverständnis gehandelt? Wie sehen Sie das als ehemaliger Solidarnosc-Aktivist?*

Während der Zeit des Kriegsrechtes saß ich zwei Jahre im Gefängnis. Heute schäme ich mich, als Solidarnosc-Mitglied nicht verstanden zu haben, zu welchem Zweck die Solidarnosc-Führung die Massen in Bewegung gesetzt hat. Zur Macht gekommen, hat sie hinter dem Rücken der Gesellschaft das Gesellschaftseigentum privatisiert. Die Betriebe, in der die Solidarnosc ihre Macht entfaltet hatte, existieren nicht mehr. Die stolzen Arbeiter von damals verdingen sich heute als Straßenhändler. Wir wollten den Sozialismus mit Demokratie und mehr ökonomischer Vernunft verbinden. An Jaruzelskis Staatsstreich zerbrach die Bewegung in ihrem Innersten und wurde zu einem Instrument der kapitalistischen Reaktion. Nicht die Bewegung, sondern die Sanktionen von US-Präsident Ronald Reagan haben den Krieg gegen die Kommunisten gewonnen. Wir dachten, daß bei Nichtvorhandensein einer Besitzerklasse der Sturz der Nomenklatura zu einer voll entfalteten Demokratie sozialistischen Charakters führen müßte. Doch wir vergaßen den IWF und die Schulden, die Polen den internationalen Finanzorganisationen auslieferte.

*F: In der polnischen Bevölkerung ist eine Ablehnung der Teilnahme Polens an der Koalition der Willigen im Irak vorherrschend. Wie äußert sich die?*

Wenn mir jemand vor fünf Jahren erzählt hätte, daß einmal Tausende Leu-

te auf den Straßen von Warschau »Yankees go home!« rufen würden, hätte ich ihm das nicht geglaubt. Aber die Stimmung hat sich geändert. Obwohl die Medien zur Gänze gegen die Antikriegsbewegung sind. Die stärkste Waffe aber, die das System gegen die Antikriegsbewegung zur Anwendung bringen kann, ist es, politisch unliebsame Leute aus ihren Beschäftigungsverhältnissen zu

werfen. Denn alle Jobs, vor allem die guten, werden politisch vergeben.

F: *Das Sozialforum in Porto Alegre hat uns wieder mit der Aussicht beglückt, daß eine andere Welt möglich sei. Was halten Sie davon?*

Das ist viel zu vage. Wie soll die andere Welt aussehen? Primär muß die Einsicht wachsen – und wir sind auf dem Weg dazu – daß Demokratie und

Kapitalismus unvereinbar sind. Wenn die Welt verändert, sie demokratisiert und sozialisiert werden soll, müssen die transnationalen Konzerne zerschlagen werden.

*Interview: Werner Pirker*

\* Pjotr Ikonowicz, ein ehemaliger Solidarnosc-Aktivist, ist Sprecher der polnischen Organisation „Neue Linke“

## „Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns“

Als ich im Sommer 2004 auf den Gedanken kam, zu Manfred Behrends bevorstehenden 75. Geburtstag eine kleine Festschrift herauszugeben, war mir noch nicht klar, welch umfangreiches Gesamtwerk ich da sichten müsste: Neun Leitzordner mit Zeitungs- und Zeitschriftenausschnitten, Dutzende Zeitschriften und Bücher. Und da die Geschichte und speziell die Zeitgeschichte für ihn nie nur Broterwerb war, sondern eine Leidenschaft ist, hat er im Laufe eines langen, politisch engagierten und sehr fleißigen Lebens über sehr viele sehr wesentliche Themen geschrieben. Ich habe aus der Fülle 78 Texte ausgesucht und das Buch „Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns“ genannt. Die ersten Beiträge entstanden 1948, als ein Kuchenbrötchen in der kurz zuvor in der sowjetischen Besatzungszone bzw. im Sowjetsektor Berlins gegründeten Handelsorganisation HO für stolze 5,- Mark erhältlich war. Der letzte, bereits in den Zeiten des Zorns geschriebene Text von 2004 behandelt die Montagsdemos gegen die Agenda 2010.

In den ersten Beiträgen spiegeln sich die „Zeiten der Hoffnung“ wider, als sich im Osten keine geringe Zahl junger Leute von der Idee einer antifaschistisch-demokratischen und später sozialistischen Gesellschaft angezogen fühlte und trotz der bestehenden Misere voller Zukunftszuversicht war. Sie hatten die militärische Niederlage des NS-Regimes und mit ihr den Zusammenbruch des Dritten Reichs überlebt und waren entschlossen, niemals wieder ein System zu unterstützen, das Krieg und damit Verderben über das Volk bringen würde. Für diese jungen Menschen war das, was sich damals im Westen abspielte, eine Fortsetzung dessen, was zur Katastrophe geführt hatte. Das machte sie bereit, das so Andere, das im Osten vor sich ging, für das Zukunftsträchtige zu halten. Dass die Umwandlung der Einheitspartei SED in eine „Partei neuen

Typus“ munter voranschritt, in der der „demokratische Zentralismus“ das Mitbestimmungsrecht der Parteimitglieder zur Farce machte, dass es Erscheinungen im Osten gab, die mit einer antifaschistisch-demokratischen, geschweige denn einer sozialistischen Gesellschaft unvereinbar waren, focht damals nur wenige an.

Das Vertrauen vieler junger FDJler und SED-Genossen in die Politik, die in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin von der Partei verfolgt wurde, spiegelt sich auch in den ersten Beiträgen MBs wider. Aber bereits in seinem Beitrag zur FDJ-Verfassung findet er es „nicht ganz in der Ordnung ... ,in offener Abstimmung‘ erfolgen soll“ (28). Andererseits war da doch so vieles, mit dem er vollständig einverstanden war, sodass er sich auch damit abfand

So charakteristisch Manfreds Werdegang für einen Teil der DDR-Intelligenz war – Delegation zur Arbeiter- und Bauernfakultät durch die FDJ – Studium – ungebrochene Erwerbstätigkeit im erlernten Beruf –, so charakteristisch war auch die Entwicklung der Konflikte, die bei ihm zwischen politischer Kritik und Loyalität entstanden. In dem Maße, in dem er und mit ihm viele andere junge Menschen, viele von ihnen Studenten, das Aufklaffen der Schere zwischen Ideal und Wirklichkeit wahrnahmen, wurde ihre Loyalität dem Arbeiter- und Bauernstaat und der führenden Partei gegenüber auf eine harte Probe gestellt. Sie hatten ihnen Bildungs- und Entwicklungschancen gewährt, die sie sonst nicht gehabt hätten, ihnen mit dem Zugang zu den marxistischen Klassikern ein theoretisches Gebäude erschlossen, das Antworten auf all ihre Fragen zu bieten schien. Die geistig Regsamsten und politisch Interessierten merkten nur allzu bald, wie stark sich der Marxismus-Leninismus von dem unterschied, was die Gründerväter ge-

schrieben hatten. So erhellt MBs Beitrag in der Studentenzeitschrift „Forum“ (36 f.), dass sich das dogmatische Verständnis des Typischen in der Kunst, das lediglich das „Revolutionäre“ gelten lassen wollte, einfach nicht mit den Auffassungen von Friedrich Engels und anderen späteren marxistischen Literaturwissenschaftlern vereinbaren ließ.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU schrieb unser Jubilar in einem verständlicherweise ungezeichnetem Beitrag für die „Arbeiterpolitik“ Stuttgart vom 23. November 1956: „Unruhe herrscht an den Universitäten der DDR, Unruhe herrscht vor allen in den gesellschaftswissenschaftlichen Instituten und Fakultäten unter der studierenden Arbeiterjugend, die nicht den Marxismus, wohl aber den Stalinismus satt hat.“

Nicht wenige der jungen linken DDR-Intellektuellen gingen damals in dem Westen. Wer das nicht als eine Alternative ansah, musste sich anpassen und tat es auch. Man redete sich ein, dass selbst der schlechteste Sozialismus besser sei, als der beste Kapitalismus – das aber sollte sich als ein Irrtum erweisen, denn der schlechte Sozialismus wurde zum Steigbügelhalter des schlechtesten möglichen Kapitalismus.

So begann auch MB seine Laufbahn als Diplomhistoriker 1957, als seine ersten antistalinistischen Reformhoffnungen im Keim erstickt worden waren. Aus seiner Zeit beim Berliner Rundfunk, als er auch noch das Journalistendiplom erwarb, habe ich seinen, die Entwicklung in Kuba mit Zuversicht begrüßenden Beitrag aus dem Jahre 1961 mit dem Titel: „1961 ist nicht 1898“ ausgewählt.

In seiner nächsten Arbeitsstelle als Lektor im Geschichtslektorat des Verlags Rütten & Loening hatte MB wenig Zeit zu eigenem Publizieren, 1962 erschien aber doch, gewissermaßen als ein Abschiedsgeschenk an den Verlag, sein geistreicher Beitrag zum Frieden von

Tilsit 1807 im letzten Band der Reihe Taschenbuch Geschichte, „Friedensverträge aus vier Jahrhunderten“. Mit MBs Wechsel zum Deutschen Institut für Zeitgeschichte (DIZ) 1962, das 1971 mit anderen Einrichtungen zum Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW) fusionierte, begann seine Arbeit über Franz Josef Strauß und die CDU/CSU. Weil so „sensible“ Themen wie die bundesrepublikanische Parteienlandschaft und die politische Prominenz, als Herrschaftswissen galten, die nur mit Zustimmung der Zuständigen veröffentlicht werden durften, konnte MB seine Strauß-Biographie erst nach der Wende herausbringen. Zwei Kapitel seiner Diss. hatte er unter Pseudonym in den Kölner „Blättern für deutsche und internationale Politik“ publiziert, wofür er zeitweise im Betrieb strafversetzt wurde. Im Rahmen der von Prof. Ludwig Elm geleiteten Arbeitsgruppe Konservatismus, der er seit Mitte 1975 angehörte, brachte er in den Jenaer Heften zur Konservatismus-Forschung einen Beitrag über Franz Josef Strauß heraus. Ein längerer Beitrag zur Gesellschaftspolitik der CSU erschien 1974 im Jahrbuch für Geschichte. M.B. war auch an den jährlichen von Prof. Weißbecker geleiteten Faschismus-Kolloquien beteiligt. Dieser Arbeit ist es mit zu verdanken, dass er sich zu einem Kenner der neonazistischen Szene entwickelte und darüber noch vor wie nach der Wende an verschiedenen Orten Vorträge hielt. Sein warnender Beitrag in der „Weltbühne“ vom Dezember 1989 über die „Gefahr von Rechts“ auch in der DDR endet mit den prophetischen Worten: „Die DDR wird entweder ein Staat mit einer springlebendigen antifaschistischen Demokratie sein, oder sie wird nicht sein.“

Aus den dreißig Jahren Arbeit am IPW stammen auch populärwissenschaftliche Beiträge, die er für die „Bereitschaft“, eine Zeitschrift des DDR-Innenministeriums, verfasste, darunter der Artikel über das Kidnapping des israelischen Atomtechnikers Vanunu durch den Geheimdienst Mossad.

Und last but not least stammt aus dieser Zeit der weisungswidrig veröffentlichte Beitrag im „Widerstandskämpfer“ von 1986/7, der die Rolle der Deutschen Bank auch in deren Prozess gegen den DDR-Historiker Eberhard Czichon und sein Buch „Der Bankier und die Macht“ anprangerte. Glücklicherweise unterstand diese Zeitschrift einer anderen Abteilung des Parteiapparats. Diese wusste nichts von der früheren Anweisung der ZK-Abteilung 70, keine nicht von ihr genehmigten Bei-

träge zum Stuttgarter Abs-Prozess zu veröffentlichen. Da die Abteilung 70 den „Antifaschistischen Widerstandskämpfer“ als nicht in ihr Ressort gehörig ignorierte, entging ihr, dass hier jemand ihre Bemühungen unterließ, mit der Deutschen Bank möglichst defensiv und entgegenkommend zu verfahren. Solche Beiträge konnten ebenfalls nur unter Pseudonym erscheinen. Sie sind zusammen mit einer Darstellung der kapitulantenhaften Strategie der Abteilung 70 des SED-Parteiapparats aus dem Jahre 1990 in das Buch aufgenommen worden. Sie zeigen die sehr begrenzten Möglichkeiten, sich in der DDR auch zu Tabu-Themen öffentlich zu äußern. Der nicht als exklusives Herrschaftswissen angesehene Kreis historischer Themen war jedoch, wie das Buch verdeutlicht, recht erheblich.

Von den 78 Texten des Buches sind allerdings mehr als die Hälfte nach der Wende und in den Jahren nach MBs Eintritt in den Vorruhe- und später Ruhestand verfasst worden. Die neue Unabhängigkeit gestattete ihm, sich publizistisch auszuleben und sich neue Themen zu erschließen. Zu denen gehören der Rechtsextremismus in der DDR bzw. in Ostdeutschland, dem das Buch ein Kapitel widmet. Darin befindet sich auch ein Auszug aus dem 1990 von MB mit Monika Prenzel verfassten Buch über „Die Republikaner“: Weitere neue Themen waren: die Geschichte der Parteien, Bürgerbewegungen und linken Gruppierungen in der DDR, die Abwicklung und ideologische Demontage dieses Staates und die Zerstörung seiner sozialen Errungenschaften, die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Bewegung, u. a. des Trotzismus und des Lebens Trotzkis, sowie zur Geschichte des spanischen Bürgerkriegs. In dieser Zeit entstanden so wichtige Beiträge wie Das Volkswagenwerk in Frieden und Krieg und seine 1998 überarbeitete Diplomarbeit von 1957 über die erste deutsche Sozialisierungskommission, die ein Musterbeispiel für die Selbstdemontage der deutschen Arbeiterbewegung demonstriert.

Die Buchkapitel „Geschichte der Parteien, Bürgerbewegungen und linken Gruppierungen“ sowie „die Abwicklung und ideologische Demontage der DDR und die Zerstörung ihrer sozialen Errungenschaften“ sind wichtige Beiträge zur Entmythologisierung des ersten gescheiterten, aber legitimen Versuchs, auf deutschem Boden eine menschenwürdigere Gesellschaft aufzubauen. Einige Leser des Buchs haben

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3,- / Abo € 13,-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 147 Frühjahr 2005, 40 S.

- Vorherrschaft heißt nicht Allmacht
- Neoliberaler Kurs und neofaschistische Gefahr
- Dorfen: NPD-Wegschauen oder widerstehen
- Öffentlicher Dienst: Anstatt einer Tarifrunde
- Diskussion zur WASG
- Venezuela, ein Land im Aufbruch

### Nr. 146 Winter 2004, 44 S.

- Der große Raubzug
- Wetzels Innovation der Tarifpolitik
- Unsere Jahreskonferenz 2004
- Generalangriff des Kapitals
- Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag

- Der Ruf nach dem archaischen Kämpfer

### Nr. 145 Herbst 2004, 40 S.

- Angriff auf die Tarifverträge
- Kuba in Gefahr
- Kuba und die Linke
- Zur Diskussion über die neue Partei
- Die angestrebte Abwahl des Berliner Senats

- Rote Hilfe (Rezension)

### Nr. 144 Sommer 2004, 40 S.

- Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?
- Zur Perspektiven sozialistischer Revolutionen
- Sozialistische Revolution/subjektiver Faktor
- Bildung (noch) für alle?
- Die Thalheimers (Rezension)
- 1923 Die abgesagte Revolution (Rezension)

### Nr. 143 Frühjahr 2004, 40 S.

- Panik bei der SPD Nomenklatura zeigt Wirkung
- Tarifabschluß Metall
- Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus
- Streiks im Wintersemester
- PDS im politischen Wechselbad
- Einkommensverteilung in der BRD

### Nr. 142 Winter 2003, 44 S.

- Gerster: Der neoliberaler Sonnenkönig
- Zur Gründung einer neuen Linkspartei
- Gewerkschaften am Scheideweg
- Die Klassenoffensive des Sozialabbaus
- Oktober 1923: Eine Legende wird 80

### Nr. 141 Herbst 2003, 44 S.

- Die Niederlage (zum Streik im Osten)
- PDS - Triumph der „Reformlinken“
- GATS - Weltrecht des Kapitals
- Der Putsch in Chile vor 30 Jahren
- China - gestern und heute

**Bestellungen bitte an:**

**Gruppe Arbeiterstimme**

**T. Gradl, Postfach 910307**

**90261 Nürnberg**

**Probehefte versenden wir gratis!**

geäußert, sie wünschten, die dort niedergelegten Erkenntnisse fänden ihren Weg in unsere Geschichtslehrbücher. Im letzten Kapitel „Gegen den Neoliberalismus aller politischen Parteien“ wird der derzeitige Mangel an Widerstand gegen den neoliberalen Kurs der führenden Politiker im Fahrwasser der Konzernbosse thematisiert.

Das hier vorliegende Buch demonstriert nicht nur, dass mit der Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft eine wichtige und wertvolle Facette der Historiographie aus dem Mainstream verschwand; es zeigt auch, dass die Zweite Wissenschaftskultur lebt und expandiert und sich der Themen annimmt, die in Akademia unter den Tep-

pich gefegt oder in politische Korrektheit umgedichtet werden. Es bietet wahrheitsgetreue Angaben über das positive Erbe der DDR und enthüllt, warum und wie das Bewahrenswerte dieses Erbes bewusst zerstört und delegitimiert wurde. Damit trägt es dazu bei, dass aus den Zeiten des Zorns wieder Zeiten der Hoffnung werden können

Hanna Behrend

„Antideutsche Linke“:

## Pseudolinke Hilfstruppe des Kapitals

Die Achillesferse „linker“ Mode-Ideologen ist der Mangel an marxistischer oder sonstwie rationaler Theorie, die das jeweilige Ganze in seiner Widersprüchlichkeit erfasst und Einseitigkeiten vermeidet. Im vorliegenden Sammelband wird belegt, dass nach dem israelischen Sechstagekrieg von 1967 und dem Aufschwung eines extrem araberfeindlichen Nationalchauvinismus in Israel BRD-Linke den bisher gehegten Philosemitismus über Bord warfen. Das war richtig, diente dieser von den USA und Springer geförderte Ismus doch als Mittel, Expansion und Unterdrückung von Palästinensern zu rechtfertigen, denen gegenüber z.T. Methoden angewandt wurden, die faschistischen ähnlich sahen. Der u. a. von der Roten Armee Fraktion gepflegte „internationalistische“ Antizionismus als Reaktion darauf führte aber seinerseits dazu, terroristische Palästinensergruppen zu idealisieren und gemeinsam mit ihnen zu agieren. Ulrike Meinhof und der später zu den Neonazis abwandernde Anwalt Mahler begrüßten 1972 das Niedermetzeln der israelischen Olympiamannschaft in München durch den „Schwarzen September“. (S. 185) Der neue Antizionismus breitete sich in den ML- und K-Gruppen aus. Sie ignorierten die Judenverfolgung in Polen 1967/68 und trieben, teilweise in Maos oder Stalins Namen, primitiven Antiamerikanismus. Tendenzen hierzu und zum Nationalismus gab es auch in Teilen der Friedensbewegung. Im Kampf gegen amerikanische Mittelstreckenraketen auf BRD-Boden pflegten sie die Legende vom unschuldigen, durch die Supermacht unterjochten und am Leben bedrohten Deutschen. Nach Abbau der Raketen 1987 schrumpfte die Bewegung auf ihr früheres Maß, indes ihr grüner Partner sich zur angepassten bürgerlichen Opposition und späteren Regierungspartei zu mausern begann. Die 1989 entstandene Radikale Linke (RL), der die Ökosozialisten Ebermann und Dittfurth, der zum Gruppe internationaler Marxisten (GIM) zählende Winfried Wolf und DKP-Mitglied Georg Fülberth angehörten, leisteten dem Trend

Widerstand. Anschließend an die Grenzöffnung der DDR im November setzte der Run auf die deutsche Einheit per Anschluss an die Bundesrepublik ein, zugleich der Zusammenbruch des Ostblocks. Eine neue nationalistische Welle überflutete Deutschland. Sie erzeugte bei der Parlamentsopposition „rosa-grüne Bessoffenheit“, gegen die sich Anschlussgegner beider deutscher Staaten genau wie gegen die Regierungspolitik vergebens zur Wehr setzten.

Aus den Abwehrdemos wider die DDR-Einverleibung heraus und an deren Rand erwuchs als weitere Westgruppe, welche Einseitigkeit im Beurteilen zum Prinzip erhob, die „antideutsche Linke“. Sie ist in Arbeiten von Bernhard Schmid, Wolf Wetzel, Gerhard Hanloser, Markus Mohr/Sebastian Haunss und Michael Koltan der Gegenstand. Die Gruppe deutete das Faktum, dass unverhofft und unverdient der einheimische Imperialismus die Siegespalme errungen hatte, als Vorstufe zum unmittelbar drohenden „Vierten Reich“ und machte die Nation dafür verantwortlich, die deshalb erbittert bekämpft werden müsse. Ihre Parole „Nie wieder Deutschland!“ verfocht sie besonders lautstark bei einer Demonstration am 12. 5. 1990 in Frankfurt/Main. Anfang Februar war im Monatsblatt „AK“ (vorher „Arbeiterkampf“) ein Artikel von Jürgen Stuttgart, hinter welchem Pseudonym sich der Berufsschullehrer Jürgen Elsässer verbarg, mit dem Titel „Weshalb die Linke antideutsch sein muss“ erschienen. Darin stand die Frage: Wenn die Nachbarstaaten die deutsche Vereinigung hinnähmen, „wer wollte ihnen (den Deutschen) dann noch die Atombombe, die Streichung des Asylrechts aus der Verfassung, die Beteiligung an Militärinterventionen untersagen?“ Elsässer verlangte hierauf aber eine einseitig antinationalistische und zudem „anti-deutsche Sicht, um die aktuellen Vorgänge begreifen und Gegenstrategien entwickeln zu können“; Ziel sei „die Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft“. (S. 16) Nach mei-

ner Meinung war das in mehrfacher Hinsicht ein Fehlschluss. Erstens kann keiner, der sich von der eigenen Nation trennen oder gar „das Volk auflösen“ will, in beiden politische Erfolge erringen. Zweitens und vor allem bedeutete der Irrweg ins „Antinationale“ die Abwendung vom Kampf der Klassen und Schichten, gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Dass der begabte Analytiker Elsässer sich inzwischen wieder gefangen hat, ist von den Buchautoren registriert worden, nicht aber seine weitere Tätigkeit Anfang der 90er Jahre, als er in der damaligen „Jungen Welt“ fleißig am „antideutschen“ Feindbild bosselte. Gleichzeitig wurde es von der Zeitschrift „Bahamas“, der „Initiative für ein sozialistisches Forum“ (ISF) in Freiburg, in „Konkret“ und der aus einer Spaltung der JW-Redaktion hervorgegangenen „Jungle World“ gestaltet. Hinsichtlich der Vergangenheit sah das Gemälde so aus, dass alles gut war, was im zweiten Weltkrieg von alliierter Seite aus geschah, beispielsweise die militärisch sinnlose, barbarische Bombardierung Dresdens im Februar 1945. Den 50. Jahrestag des Ereignisses begingen Leute dieses Schlages mit der Parole: „Keine Tränen für die Krauts“, womit die damaligen Bombenopfer gemeint waren.

Den durch Bush senior vom Zaun gebrochenen, mit ähnlich verbrecherischen Methoden geführten ersten Irak-Krieg im Januar/Februar 1991 nahm die „antideutsche Linke“ zum Anlass, in die Vollen zu gehen, wobei sie an die Seite der USA überwechselte und sich als Vertreter reaktionärer Ideologie enttarnte. Gleich Hans Magnus Enzensberger, der den irakischen Staatschef Saddam Hussein zum „Wiedergänger Hitlers“ deklarierte, und dem Grünen Mischa Brumlik, der die „Pax americana“ als neue Friedensordnung anpries (S. 109), erkannte sie den Feind im Irak, bald auch im Islamismus und lenkte vom friedensbrecherischen USA-Imperialismus ab. Dieser hatte über die US-Botschafterin in Bagdad Saddam zur Annexion Kuweits animiert. Als Irak tatsächlich

dort einrückte, wurde das zum Motiv für den „Gegenschlag“ der USA. Die „Antideutschen“ nutzten einen anderen Umstand zum Einschwenken ins imperialistische Lager aus: die schwachsinnige Entscheidung Saddams, Raketen auf das nicht am Krieg beteiligte Israel abzufeuern und ihm mit einem Giftgasangriff zu drohen, den zu führen der Diktator technisch außerstande war. In „Konkret“ empfahl hierauf Wolfgang Pohrt einen „atomaren Gegenangriff“ auf Irak. (S. 191) Die „Antideutschen“, ihnen folgend die Grünen legten den Grund für einen proisraelisch, proamerikanisch und antiislamistisch firmierenden Bellizismus, der nach dem Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center am 11. 9. 2001 tolle Blüten trieb. „Bahamas“ und „Jungle World“ befürworteten und begrüßten nun den ungerechtfertigten US-Krieg gegen Afghanistan. Sie stellten Friedensbewegung, DKP und Günter Grass, die den Krieg ablehnten, auf eine Stufe mit der NPD. Tjark Kunstreich denunzierte Gegner des ungleichen Waffengangs als tatsächliche oder potentielle Antisemiten. Er wettete gegen den „alljährlichen Totentanz an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin, wo Leute mit proisraelischen Transparenten beschimpft bzw. von den Veranstaltern ausgeschlossen wurden“. (S. 116 f.)

Der von Bush junior inszenierte zweite Irak-Krieg 2003 führte zu neuen Attacken der „Antideutschen“. Sie richteten sich nun auch gegen Kanzler Schröder, der diesmal der „Koalition der Willigen“ ferngeblieben war, statt wenigstens wie beim ersten Krieg den USA Subsidien zu zahlen. Vor allem wurde von „antideutscher“ Seite eine angebliche neue Bedrohung Israels durch Irak zum Anlass genommen, einesteils eine „antideutsche kommunistische Konferenz – gegen die antisemitische Internationale“ zu veranstalten und andernteils ernstlich zu behaupten: „Ariel Sharon führt antifaschistischen Kampf als eine Art israelische Ausgabe des Buenaventura Durruti“, jenes spanischen Anarchisten, der gleichermaßen Gegner Francos wie des Kapitalismus und Stalins war. „In dieser Perspektive ist Israel der bewaffnete Versuch der Juden, den Kommunismus noch lebend zu erreichen.“ (S. 203) Das ist zu blöd, um kommentierwürdig zu sein.

In der Einleitung wirft Hanloser die Frage auf, ob es sich lohne, auf eine Gruppe einst linker Autoren einzugehen, die ihre Herrschafts- und Kapitalismuskritik aufgegeben habe und nun die bestehenden globalen Verhältnisse verteidige. Er merkte an, dass diese Art Friedensgegner nicht allein steht. „Immerhin stellen die Antideutschen zusammen mit der Regie-

gringlinken von Rot-Grün die erste Generation nach 1945 dar, die den Krieg wieder unter der politisch korrekten Fahne des Antifaschismus hoffähig machen wollte – Joschka Fischer und Co. 1999 in Jugoslawien, die Antideutschen 1991 und 2003 in Irak, 2001 in Afghanistan.“ Ihrem ehemaligen Vordenker und heutigen Kritiker Pohrt sei „durchaus Recht zu geben, wenn er auf die Frage ‚Wer sind die überhaupt, diese Antideutschen?‘ die Antwort gibt: ‚Vielleicht alle und die Regierung vorne dran.‘“ (S. 11) Tatsächlich trägt die Gruppe durch Rechtfertigen imperialistischer Kriege mit pseudolinken Phrasen einesteils zur Volksverdummung, andernteils zum weiteren Auseinanderdividieren der Linken bei.

Arbeiten weiterer Buchautoren gelten der „modernen“ imperialistischen Ideologie, deren Arsenal bisweilen auch von „Antideutschen“ genutzt werden. Detlef Hartmann präsentiert Bush nahestehende Theoretiker wie Michael Ledeen, Thomas Donnelly und Michael Gerson, die unter Berufung auf den bürgerlichen Nationalökonom Josef Schumpeter, auf Niccolò Machiavelli, den US-Präsidenten im ersten Weltkrieg und Verfolger der proletarischen IWW Woodrow Wilson sowie dessen expansionistische Amtsvorgänger einer USA-Mission zur „schöpferischen Zerstörung“ zwecks internationaler Vorherrschaft und Umwandlung der gesamten Welt nach amerikanischem Muster das Wort reden. Bekanntester bundesdeutscher Propagandist neoliberaler Zerstörungs-Praktiken ist Horst Köhler (S. 136), der 1990 den Umtausch von DDR-Mark in DM im Verhältnis 1:1 bzw. 2:1 mit vorbereitete, später zum Internationalen Währungsfonds und danach ins Bundespräsidentenamt wechselte. Gazi Caglar wertet Neoliberalismus und Neokonservatismus als „Notbehelfe einer tonangebenden globalen Praxis“ und konstatiert: „Noch nie sind im Namen neuer Scheinanalysen so viele Begriffe entehrt worden... Eine beliebte Strategie der Entwürdigung emanzipatorischer Begriffe ist ihre Trennung von ihrem konkreten Gehalt, so dass entleerte Begriffshüllen von herrschenden Ideologien enteignet und mit allem möglichen Unsinn gefüllt werden.“ (S. 164) Speziell beschäftigt sich Caglar mit dem Institutsdirektor für Strategische Studien bei Harvard, Samuel Huntington, der den Gegensatz von Kapital und Arbeit für überholt erklärte und stattdessen einen „Kampf der Kulturen“ propagiert. Caglar polemisiert dagegen, Islamismus als in sich geschlossene totalitäre Ideologie hinzustellen, charakterisiert ihn vielmehr als „die spezifische ideologische Form, die die Konflikte der einen kapitalistischen Zivilisation, die

zugleich... eine Zivilisation der Barbarei ist, unter den Bedingungen des Mittleren und Nahen Ostens angenommen haben“. Wirksam zu begegnen sei dem Islamismus durch Entzug seiner Basis, die nicht durch Krieg, vielmehr durch soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie möglich ist. (S. 168 f.) Moshe Zuckermann vom Institut für Deutsche Geschichte in Tel Aviv, wendet sich gegen die auch von den „Antideutschen“ erheischte blinde Solidarität mit Israel. Dieses sei in erster Linie durch Selbstverschulden „zu dem für Juden als Kollektiv bedrohlichsten Ort der Welt“ geworden. „Israel ist es nun mal, das in den von ihm im 1967er Krieg besetzten Gebieten ein im Wesen repressives, menschenverachtendes, oft mörderisches, immer größere Gewaltzirkel zeitigendes Okkupationsregime betreibt...“ (S. 214) Angesichts der heutigen Fülle von Propagandalügen, Verdrehungen und Tabus wirkt es erfrischend, derart wahre Sätze lesen zu können, auch wenn uns das in der Sache nicht direkt weiterhilft.

Andere der von insgesamt 16 Autoren verfassten Beiträge gelten der neoliberalen „Renaissance des kämpfenden Ego-manen“ (Ich-Menschen), der nichts anderes sei als ein Wiedergänger des Antibürgers bei Nietzsche & Co. (S. 227), und der Marx-Verfälschung durch die „antideutsche“ Avantgarde. Die Artikel sind von unterschiedlicher Qualität. Alles in allem aber ist das vorwiegend von Soziologen, Philosophen und Politologen geschriebene Buch von großem Wert. Es birgt eine Fülle sonst verstreut verzeichneter Fakten, Vorgänge und Zusammenhänge. Bei einem Preis von 16 Euro ist es wohlfeil zu haben.

Die Aktualität aufklärerischer Artikel vom Format der hier vorliegenden wird durch einen Vorfall an der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung unterstrichen. Im November 2004 feuerte deren einst ultralinker Vorstand Ralf Fücks einen ägyptischen Promotionsstipendiaten, obwohl das für den die Gefahr der Abschiebung und politischen Verfolgung heraufbeschwor. Er tat dies deshalb, weil der Stipendiat geäußert hatte, es müsse auch das Leiden der Palästinenser in Israel bedacht werden. Fücks verdächtigte ihn deshalb des Antisemitismus. (junge Welt, Berlin, 18./19. 12. 2004)

Manfred Behrend

**Gerhard Hanloser: „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik.**  
UNRAST-Verlag, Münster 2004, 292  
Seiten

## „Bildungs-Schulz“ – ein sozialdemokratischer Parteisoldat

Der Autor, ein Pädagoge, behandelt in diesem Buch zwei wichtige Themenkomplexe. Erstens die Biographie von Heinrich Schulz (1872-1932), dem Sohn eines Schmiedegesellen und späteren Werkmeisters beim Bremer Norddeutschen Lloyd, der sich vom Hilfslehrer über den Parteijournalisten, Partei- und Kulturfunktionär zum führenden Bildungspolitiker der SPD emporarbeitete und weithin als „Bildungs-Schulz“ bekannt war. Zweitens das besonders in Preußen zurückgebliebene Schulwesen des 19. Jahrhunderts, welches mit überfüllten Volksschulklassen und miserabler Ausbildung wie ein Vorbote dessen erscheint, das beim Fortgang momentanen Sozial- und Bildungsabbaus demnächst wieder erreicht werden kann; ferner bürgerliche und proletarische Reformkonzeptionen, mit denen seinerzeit die deutsche Pädagogik die erforderliche Modernisierung erlangen sollte, und die von Junkern und Kirche errichteten Hindernisse auf diesem Weg; schließlich das Agieren der entstehenden deutschen Jugendbewegung. All das kann hier nicht detailliert gewürdigt werden. Es bringt aber Gewinn, auch mit dem Blick auf heute, die Exkurse des Verfassers aufmerksam zu lesen.

Gleich manch anderem damaligen Sozialdemokraten wies Schulz frühzeitig Züge einer politisch gespaltenen Persönlichkeit auf. Frohgemut diente er 1893/94 als Einjährig-Freiwilliger in einem sächsischen Infanterieregiment und war danach zeit lebens stolz, Vizefeldwebel zu sein. Er verurteilte aus moralischen Gründen die Rekrutenschinderei, nicht aber aus politisch-gesellschaftskritischen den ganzen Militarismus. In der SPD als eher linksstehend geltend, lief er 1914 unverzüglich zu den Anhängern des inneren Burg- und äußeren Siegfriedens über. Andererseits agitierte und polemisierte Schulz zuvor als Redakteur sozialdemokratischer Presseorgane in Erfurt, Magdeburg und Bremen, im Theorieorgan „Neue Zeit“ und in zahlreichen Vorträgen im Sinne Bebels, Kautskys, Mehrings und Rosa Luxemburgs gegen Unterdrückung und Ausbeutung im deutschen Kaiserreich, vor allem wider die Missstände im Bildungswesen, und für den Sozialismus. Er forderte Reformen in Richtung auf die Einheitsschule, d. h. auf ein nicht mehr nach Klassenzugehörigkeit gespaltenes Bildungssystem. Beim ersten SPD-Parteitag, der sich mit Bildungsfragen befasste, trat er in Mannheim 1906 gemeinsam mit Clara Zetkin als Referent hervor. 1911 veröffentlichte Schulz sein Buch „Die Schulreform der Sozialdemokratie“ und begründete da-

mit die Parteilinie auf diesem Gebiet. Ein weiterer Strang seines Wirkens hatte begonnen, als Wilhelm Liebknecht ihm 1895 eine Stelle an der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbildungsschule Berlin verschaffte. 1906 stieg Schulz zum Geschäftsführenden Leiter des Zentralbildungsausschusses der SPD und Leiter des Dozentenkollegiums der Parteischule auf. Seit 1907 war er für die Tätigkeit der Wanderredner, seit 1908 innerhalb der Friedrich Ebert unterstehenden Zentralstelle für die arbeitende Jugend im Interesse der Weiterbildung junger Sozialisten zuständig. Für uns ist die Parteischule in Fichtenau bei Berlin besonders wichtig. Hier lehrten politisch sowohl rechts, als auch links und in der Mitte stehende Genossen, unter ihnen Heimann und Cunow, Mehring und Luxemburg. Zu den insgesamt 200 Schülern bis 1914 zählten u. a. Otto Wels, Fritz Tarnow und Hermann Müller, aber auch der Linke Wilhelm Pieck.

Zu Beginn des ersten Weltkriegs schloss sich Schulz, wie erwähnt, den Befürwortern eines Gemetzels der Proletarier zugunsten der Herrschenden als des jeweiligen „Vaterlandes“ an. In Vorträgen und Broschüren trat er für deutschen Siegfrieden ein. Er war auch als Besatzungssoldat in Belgien aktiv. Allerdings beschwor er gleichzeitig die Pädagogen, Kindern gegenüber nur „im Tone tiefsten menschlichen Bedauerns“ vom Krieg zu reden. (S. 144) Schulz hatte als Redakteur mehrfach wegen politischer Delikte im Gefängnis gesessen. Möglicherweise deshalb war er kein Hurratriot. Im pädagogischen Denken hielt er weiter an Ideen des von ihm verehrten, sozial gesinnten Schulreformers Pestalozzi fest und hoffte für die Nachkriegszeit auf entsprechende Veränderungen im deutschen Bildungswesen.

Nach wiederholtem Anlauf gelangte Schulz 1912 in den Deutschen Reichstag. 1919 wurde er in die Nationalversammlung, danach in den nunmehr republikanischen Reichstag gewählt. Von Ebert protegiert, gehörte er seit 1919 dem SPD-Vorstand an. Treuer Anhänger des neuen, rechtssozialdemokratischen Staatsoberhauptes, unterzeichnete er als Vizepräsident der Nationalversammlung den Versailler Friedensvertrag mit und redigierte die Artikel der Weimarer Verfassung zum Bildungswesen. Mit auf ihn geht jener Schulkompromiss zurück, in dem sich die SPD, um die Zentrumsparterie als Koalitionspartner zu behalten, mit weiterem innerschulischen Religionsunterricht (außer in bekenntnisfreien Schulen) abfand sowie auf die Abschaffung der Privatschulen und

jede Form von Einheitsschule oberhalb des neuen Volksschulsystems verzichtete. Während später in der DDR der verbleibende Rückstand gegenüber dem einst vor allem von Schulz verfochtenen Ziel aufgeholt wurde, besteht er in der BRD mit ihrem dreigliedrigen Schulsystem – nach dem DDR-Anschluss 1990 auch wieder in ganz Deutschland – grundsätzlich weiter.

Vor seiner Amtsentlassung 1927 hat Schulz, schließlich als letzter Sozialdemokrat in der Reichsregierung, weiter im Staatssekretärsrang beim Innenministerium gedient und z. B. der Reichsschulkonferenz von 1920 vorgestanden. Wesentliches bewirken konnte er nicht. Er blieb Mitglied des SPD-Vorstands, leitete die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und den sozialistischen Kulturbund und war Geschäftsführer der Deutschen Kunstgemeinschaft, spielte aber auch in der Sozialdemokratie keine nennenswerte Rolle mehr. Sein Lebenslauf und Wirken verdienen auch deshalb Beachtung, weil sie ähnlich für viele SPD-Parteisoldaten typisch sind. Schulzens mehrjähriger Mitarbeiter beim Zentralbildungsausschuss Wilhelm Pieck hat 1915 in einem nie abgeschickten Brief festgehalten, „dass Ihr ganzes Wesen sich gewandelt hat, seitdem Sie dem Reichstage angehören. Ich verstehe warum. Sie sind sehr empfänglich für äußere Reputationen und dekoratives Gepränge. Im Reichstage fanden sie das Milieu und gleichzeitig auch materielle Mittel zur Durchführung einer komfortablen Aufmachung. So hat sich – entsprechend der materialistischen Geschichtsauffassung – auch Ihr Wesen geändert, ohne dass Sie es merkten, aber die ändern merkten es.“ (S. 210) Gegen Wandlungen nach rechts wie damals die von Schulz ist bis heute kein Kraut gewachsen – der Kurswechsel von Grünen- und PDS-Funktionsträgern, der jeweils mit einem Wesenswandel einherging, beweist das. Zudem zeigt die hier vorgestellte Biographie, dass ein unter korrumpierender Einwirkung des bürgerlichen Parlamentarismus verübter Verrat an eigenen früheren Ideen und Überzeugungen zwar Karriere sprünge mit sich bringen, einem aber auch Verluste am eigenen Lebenswerk eintragen kann.

*Manfred Behrend*

*Peter Braune: Die gescheiterte Einheitsschule. Heinrich Schulz – Parteisoldat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert.*

Karl Dietz Verlag Berlin 2004, 224 Seiten, 14,90 €

## Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 6,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 2,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 2,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 2,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 2,00 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU (z. Zt. vergriffen) 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,50 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 10,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,  
 € 12,-  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben  
 von der Gruppe Arbeiterstimme

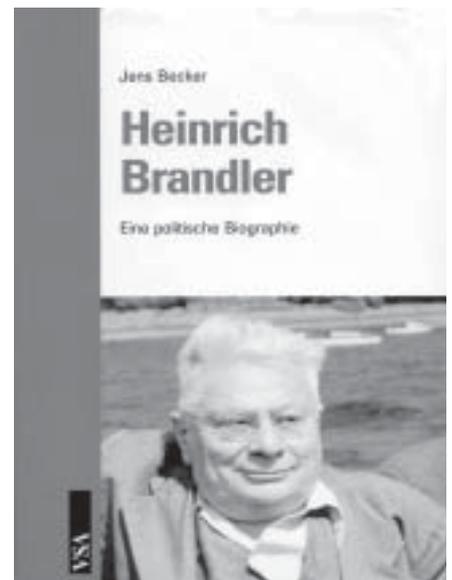
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema unzähliger Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

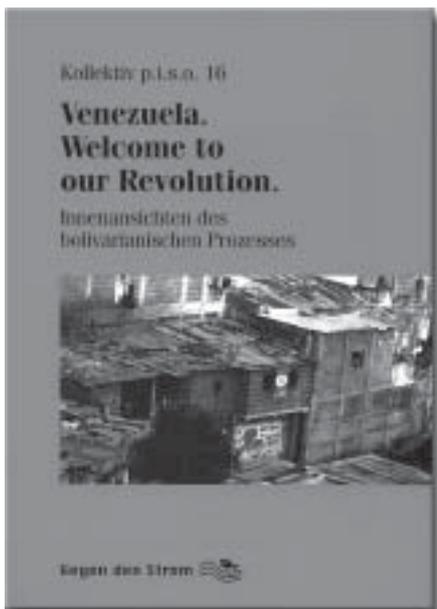
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,  
 Paperback,  
 € 20,-  
 ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,  
 € 10,-  
 ISBN 3-9809970-1-4  
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:  
**Gegen den Strom**  
 Schwanthalerstraße 139  
 80339 München  
 gds-verlag@gmx.de

oder:  
 T. Gradl  
 Postfach 910307  
 90261 Nürnberg



624 Seiten,  
 Paperback,  
 € 20,-  
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:  
 T. Gradl  
 Postfach 910307  
 90261 Nürnberg